

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 27/2024

4. Juli 2024

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Grundsätze der kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsführung und die rechtsaufsichtliche Beurteilung der kommunalen Haushalte zur dauerhaften Sicherung der kommunalen Aufgabenerledigung (VwV Kommunale Haushaltswirtschaft – VwV KomHWi) vom 14. Juni 2024 698

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Begründung und Beendigung eines Beamtenverhältnisses (VwV Beamtenverhältnis) vom 18. Juni 2024 725

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb zur wissenschaftlichen Begleitung regionaler Grundbildungszentren vom 19. Juni 2024 755

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb zur Unterstützung von Vorhaben zur Erhöhung der Abschlussquote von Schülerinnen und Schülern durch eine „Koordinierungsstelle für Alternative Lernangebote“ und eine wissenschaftliche Begleitung vom 19. Juni 2024 759

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Achte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Richtlinie Landes-Technologieförderung vom 19. Juni 2024 763

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung Städtebauförderung im Freistaat Sachsen Programmaufruf 2025 vom 14. Juni 2024 766

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen Gemarkungen Collmen, Canitz, Klitzschen und Audenhain vom 15. Mai 2024 772

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Veröffentlichung der Antragsunterlagen des Sonderbetriebsplans zum Vorhaben „Abraumhalde Glockenpöhl zum Metabasalttagebau Bösenbrunn“ auf den Gemarkungen Bösenbrunn und Schönbrunn, des Landkreises Vogtlandkreis vom 17. Juni 2024 773

Satzung der Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM) über die Erhebung von Gebühren und Auslagen (Gebührensatzung) vom 7. Mai 2024 775

Bekanntmachung der Stadt Leipzig zur Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstsiegels vom 14. Juni 2024 778

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Grundsätze der kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsführung und die rechtsaufsichtliche Beurteilung der kommunalen Haushalte zur dauerhaften Sicherung der kommunalen Aufgabenerledigung (VwV Kommunale Haushaltswirtschaft – VwV KomHWi)

Vom 14. Juni 2024

Auf Grund von

- § 128 Satz 1 und § 129 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 127 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62),
- § 69 Satz 1 und § 70 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 68 Absatz 2 der Sächsischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 99) und
- § 5 Absatz 3 Satz 1 und § 47 Absatz 2 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) in Verbindung mit § 128 Satz 1 und § 129 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung

erlässt das Staatsministerium des Innern im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen folgende Verwaltungsvorschrift:

Inhaltsübersicht

A. Erläuterungen zu den Vorschriften für die gemeindliche Haushaltswirtschaft

I. Zu § 72 der Sächsischen Gemeindeordnung: Allgemeine Haushaltsgrundsätze

1. Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit (§ 72 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung)
 - a) Begriff
 - b) Beurteilungskriterien
 - c) Verschuldung
 - aa) Verschuldung der Gemeinde
 - bb) Gesamtverschuldung
 - cc) Konsequenzen bei Überschreiten der Richtwerte
 - d) Zins- und Schuldenmanagement
 - aa) Dokumentationspflichten
 - bb) Anzeigepflicht
2. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 72 Absatz 2 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung)
 - a) Begriff
 - b) Anwendungsbereich
 - c) Personalausstattung
 - aa) Personalstandsrichtwerte für den Kernhaushalt
 - bb) Beratende Äußerung des Sächsischen Rechnungshofs
 - cc) Personalstandsrichtwerte für Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbände

d) Erwerb von Liegenschaften

3. Spekulative Finanzgeschäfte (§ 72 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung)
 - a) Begriff
 - b) Außerhalb ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegende spekulative Finanzgeschäfte kommunaler Unternehmen
4. Ausgleich des Ergebnishaushalts (§ 72 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung)
 - a) Allgemein
 - b) Ermittlung des verrechnungsfähigen Fehlbetrages
 - c) Verrechnung des Fehlbetrages
 - d) Abgrenzung zwischen „Alt-Investitionen“ und „Neu-Investitionen“
 - e) Veranschlagung von Fehlbeträgen
5. Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushalts (§ 72 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung)
 - a) Gesetzmäßigkeitsvoraussetzungen und Anforderungen an die ordentliche Tilgung
 - b) Ersatzdeckungsmittel
 - c) Ausnahmeregelung
 - d) Nettoinvestitionsmittel
6. Überschuldungsverbot (§ 72 Absatz 5 der Sächsischen Gemeindeordnung)
7. Haushaltsstrukturkonzept (§ 72 Absatz 6 und 7 der Sächsischen Gemeindeordnung)
 - a) Allgemein
 - b) Inhalt
 - c) Genehmigungsverfahren
 - d) Anzeigepflicht

II. Zu § 73 der Sächsischen Gemeindeordnung: Grundsätze der Einnahmebeschaffung

1. Rangfolge der Einnahmebeschaffung
2. Abweichung vom Grundsatz der vollen Kostendeckung
3. Straßenbaubeiträge

III. Zu § 76 der Sächsischen Gemeindeordnung: Erlass der Haushaltssatzung

1. Formelle Anforderungen
2. Pflichten der Aufsichtsbehörde
3. Veranschlagungsgrundsätze
4. Plausibilität und Bewertung der Haushaltsansätze
5. Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde

IV. Zu § 77 der Sächsischen Gemeindeordnung: Nachtragssatzung

V. Zu § 78 der Sächsischen Gemeindeordnung: Vorläufige Haushaltsführung

1. Grundsatz
2. Umfang der Aufgabenweiterführung
3. Kredite
4. Kassenkredite

VI. Zu § 80 der Sächsischen Gemeindeordnung: Finanzplanung**VII. Zu § 81 der Sächsischen Gemeindeordnung: Verpflichtungsermächtigungen****VIII. Zu § 82 der Sächsischen Gemeindeordnung: Kreditaufnahmen**

1. Begriff
2. Genehmigungsvoraussetzungen
3. Investitionsbegriff
4. Zinsverbilligte Darlehen
5. Umschuldung
6. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

IX. Zu § 83 der Sächsischen Gemeindeordnung: Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte

1. Grundsatz
2. Ausnahmen
3. Übernahme von Bürgschaften und Gewährverträgen
4. Übernahme von Verpflichtungen aus Gewährverträgen
5. Übernahme von sonstigen Rechtsgeschäften

X. Zu § 84 der Sächsischen Gemeindeordnung: Kassenkredite

1. Begriff
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen

XI. Zu § 85 der Sächsischen Gemeindeordnung: Rücklagen

1. Allgemein
2. Sonderfälle

XII. Zu § 85a der Sächsischen Gemeindeordnung: Rückstellungen

1. Bedeutung
2. Rechtspflicht
3. Berechnung

XIII. Zu § 88a der Sächsischen Gemeindeordnung: Eröffnungsbilanz**XIV. Zu § 88b der Sächsischen Gemeindeordnung: Gesamtabschluss**

1. Bedeutung
2. Befreiungen
3. Verfahren

XV. Zu § 88c der Sächsischen Gemeindeordnung: Aufstellung und ortsübliche Bekanntgabe des Abschlusses**XVI. Zu § 89 der Sächsischen Gemeindeordnung: Erwerb und Verwaltung von Vermögen, Wertansätze**

1. Allgemein
2. Grundsätzliche Hinweise
3. Zulässigkeit interkommunaler Darlehen

XVII. Zu § 92 der Sächsischen Gemeindeordnung: Treuhandvermögen**B. Hinweise zur Erteilung gemeindewirtschaftlicher Stellungnahmen bei Zuwendungsanträgen****I. Grundsatz****II. Verfahren****III. Beurteilungskriterien****C. Berichtswesen****I. Frühwarnsystem****II. Dienstbesprechungen zu rechtsaufsichtlichen Problemfällen****D. Geltungsbereich****E. Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Anlage 1 (zu Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 1 Buchstabe c Doppelbuchstabe cc, Ziffer V Nummer 2 und Ziffer VIII Nummer 2 Buchstabe b)

Anlage 2 (zu Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb)

Anlage 3 (zu Großbuchstabe B Ziffer II Nummer 1)

A.**Erläuterungen zu den Vorschriften für die gemeindliche Haushaltswirtschaft****I.****Zu § 72 der Sächsischen Gemeindeordnung: Allgemeine Haushaltsgrundsätze**

1. Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit (§ 72 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung)

a) Begriff

Die dauernde Leistungsfähigkeit ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der sowohl der Gemeinde als auch der Rechtsaufsichtsbehörde einen weiten Beurteilungsspielraum einräumt und gerichtlich in vollem Umfang überprüfbar ist. Seine wesentliche Bedeutung liegt darin, dass die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft in eigener Verantwortung und unter Berücksichtigung des kommunalen Haushaltsrechts sowie der lokalen Gegebenheiten wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen hat, damit die stetige Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben sowie eines angemessenen Bestandes an freiwilligen Aufgaben gesichert bleiben. Sie darf insbesondere freiwillige und weisungsfreie Pflichtaufgaben nur in einem solchen Umfang übernehmen, wie sie auch in der Lage ist, die sich hieraus ergebenden finanziellen Folgen dauerhaft zu bewältigen. Das bedeutet, die Gemeinde muss die notwendigen Aufwendungen und Auszahlungen für Investitionsmaßnahmen sowie die Auszahlungen für fällige Kredittilgungen bei Fälligkeit gewährleisten können, damit die stetige Aufgabenerfüllung nicht gefährdet ist.

b) Beurteilungskriterien

Die Bewertung der finanziellen Leistungsfähigkeit beruht auf einer prognostischen Betrachtung des Haushaltsplans sowie des Finanzplans. Dabei verlangt der Grundsatz der Generationengerechtigkeit, dass die Gemeinden bei ihrer Prognose, ob die künftige Aufgabenerfüllung unter Beachtung der verfügbaren Ressourcen noch sichergestellt werden kann, einen weitaus längeren Zeitraum in den Blick nehmen müssen. Die Prüfung der für die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit relevanten Kriterien darf sich nicht auf die schematische

Einhaltung bestimmter Richtwerte oder Warngrenzen beschränken, sondern erfordert eine ganzheitliche Bewertung der Haushaltssituation, wie sie sich aus den tatsächlich vorhandenen und verfügbaren Unterlagen und Informationen objektiv darstellt. Zu den relevanten Kriterien gehören insbesondere die bestehenden Schuldendienstbelastungen des Kernhaushalts einschließlich der finanziellen Verpflichtungen, die sich aus Eigengesellschaften, Beteiligungen sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden ergeben können, ferner die Einhaltung des Überschuldungsverbots, die Sicherstellung der Liquidität sowie die Fähigkeit zur Finanzierung künftiger Investitionen. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde kann im Regelfall dann als gesichert angesehen werden, wenn die im Ergebnishaushalt veranschlagten Aufwendungen auch mittelfristig durch Erträge gedeckt werden und sie darüber hinaus in der Lage ist, einen Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften, der der ordentlichen Tilgung und dem Tilgungsanteil der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften entspricht. Dabei muss dieser Betrag so bemessen sein, dass die durchschnittliche rechnerische Tilgungsdauer nicht höher ausfällt als die durchschnittliche Abschreibungsdauer des gesamten abnutzbaren Anlagevermögens. Eine Gemeinde ist ferner dann finanziell leistungsfähig, wenn sie in der Lage ist, im Finanzhaushalt Mittel zur Deckung des Auszahlungsbedarfs künftiger Jahre zu kumulieren. Soweit eine Gemeinde ihren Finanzhaushalt nur über Ersatzdeckungsmittel ausgleicht, können bereits Anhaltspunkte für eine eingeschränkte Leistungsfähigkeit vorliegen. Eine Aussetzung der Tilgung oder eine Streckung des Tilgungszeitraumes können bereits erste Warnindikatoren für eine unzureichende finanzielle Leistungsfähigkeit sein. Das gilt in gleicher Weise für das Vorliegen eines negativen Zahlungsmittelsaldos aus laufender Verwaltungstätigkeit. Die dauerhafte Inanspruchnahme von Kassenkrediten ist im Regelfall als Ausdruck einer kritischen Haushaltslage zu werten. Dient der Kassenkredit allein der Vor- oder Zwischenfinanzierung sicher erwarteter Fördermittel, ist auch eine andere Betrachtung vertretbar.

c) Verschuldung

Das Erreichen oder Überschreiten der Richtwerte für die Verschuldung der Gebietskörperschaft oder für die Gesamtverschuldung ist Anlass, die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde eingehend zu überprüfen.

aa) Verschuldung der Gemeinde

Bei der Ermittlung der Verschuldung der Gemeinde sind die Kassenkredite, die Wertpapierschulden, die Schulden aus Krediten und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte (hier nur Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder und Finanzierungsleasing) der Gemeinde zu berücksichtigen.

Die Verschuldung der Gemeinde hat eine kritische Grenze erreicht, wenn folgender Richtwert erreicht oder überschritten ist:

Körperschaft	Richtwert
Kreisfreie Städte	1 100 Euro je Einwohner
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	850 Euro je Einwohner
Landkreise	250 Euro je Einwohner

bb) Gesamtverschuldung

Die Gesamtverschuldung setzt sich zusammen aus der Verschuldung der Gemeinde sowie ihrer

rechtlich unselbstständigen und selbstständigen Einrichtungen und Unternehmen (Eigenbetriebe, unmittelbare und mittelbare Eigengesellschaften). Schulden der Eigenbetriebe und der Eigengesellschaften, die bei der Gemeinde bestehen, sind nicht zu berücksichtigen.

Die Gesamtverschuldung hat eine kritische Grenze erreicht, wenn folgender Richtwert erreicht oder überschritten ist:

Körperschaft	Richtwert
Kreisfreie Städte	3 100 Euro je Einwohner
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	
– mit über 50 000 Einwohnern	2 700 Euro je Einwohner
– mit über 10 000 bis 50 000 Einwohnern	2 650 Euro je Einwohner
– mit über 5 000 bis 10 000 Einwohnern	1 200 Euro je Einwohner
– mit über 3 000 bis 5 000 Einwohnern	1 000 Euro je Einwohner
– mit über 1 000 bis 3 000 Einwohnern	850 Euro je Einwohner
Landkreise	310 Euro je Einwohner

Bei Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern gelten aufgrund der besonderen Gegebenheiten keine bestimmten Verschuldungswerte.

cc) Konsequenzen bei Überschreiten der Richtwerte

Werden die Richtwerte für die Verschuldung erreicht oder überschritten, beurteilt sich die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht schematisch, sondern unter summarischer Bewertung insbesondere folgender Gesichtspunkte:

- der Finanz- und Liquiditätssituation,
- dem Stand der Aufgabenerfüllung,
- dem Umfang des geschaffenen Anlagevermögens unter Berücksichtigung der Vermögensbestände, die nicht für kommunale Aufgaben genutzt werden und gegebenenfalls veräußert werden können,
- der Höhe der liquiden Mittel und Forderungen,
- dem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit nach § 3 Absatz 1 Nummer 17 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung vom 10. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 910), die zuletzt mit Verordnung vom 18. März 2022 (SächsGVBl. S. 259) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
- der Situation der Zweckverbände, an denen die Gemeinde beteiligt ist, insbesondere der Umfang des Anlagevermögens,
- der Situation der Beteiligungsgesellschaften, an denen die Gemeinde beteiligt ist, entsprechend ihrer Bedeutung für die kommunale Daseinsvorsorge und der Höhe der Beteiligung,
- der Wirtschaftlichkeit der Investitionen,
- dem Refinanzierungsmodell,
- dem Risiko der Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Gewährverträgen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften sowie aus gesellschaftsvertraglich begründeten Nachschusspflichten,
- den Verpflichtungen aus ÖPP-Projekten,
- den sonstigen latenten Risiken im Sinne des Frühwarnsystems,
- dem Umfang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,

- der Dauer und dem Umfang der Inanspruchnahme von Kassenkrediten.

Die Bewertung der Haushaltslage kann im Einzelnen zu folgenden Ergebnissen führen:

Im Interesse einer generationengerechten Haushaltswirtschaft ist eine weitere Nettoneuverschuldung bei Gemeinden, die bereits eine hohe Verschuldung der Gebietskörperschaft aufweisen und bei denen zu befürchten ist, dass der künftige Kapitaldienst nicht oder nur mit Inanspruchnahme von Kassenkrediten finanziert werden kann, grundsätzlich zu versagen. Etwas anderes kann allenfalls für Investitionen der infrastrukturellen Grundversorgung gemäß Anlage 1 gelten. Hier ist unter Berücksichtigung der gesamten Haushaltssituation sowie des Zustands der örtlichen Infrastruktur jeweils zu prüfen, ob die Finanzierung einer solchen Investition im Wege einer Kreditaufnahme ausnahmsweise genehmigt werden kann. Unverzichtbare Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes hierdurch nicht gefährdet wird. Die Gemeinde muss also künftig in der Lage sein, die erforderlichen Abschreibungsbeträge zu erwirtschaften und bei Fälligkeit ihre Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Dies ist durch die Vorlage eines maßnahmekonkreten Gemeinderatsbeschlusses glaubhaft zu machen, sofern sich die erforderlichen Angaben nicht schon aus dem aktuellen Finanzplan ergeben.

In den Fällen, in denen die Gemeinde aufgrund bestellter Sicherheiten für Verbindlichkeiten der kommunalen Gesellschaften oder aufgrund satzungsrechtlicher Verpflichtungen für Verbindlichkeiten der Zweckverbände haftet, hat sie, sobald und soweit Anhaltspunkte für eine bevorstehende Inanspruchnahme gegeben sind, eine angemessene bilanzielle Risikovorsorge durch die Bildung von Rückstellungen zu treffen. Den Rückstellungsbeträgen müssen im Zeitpunkt der Auszahlung entsprechende liquide Mittel gegenüberstehen.

Die Gemeinden sind überdies gehalten, ein geeignetes Beteiligungsmanagement zu führen (siehe auch Leitfaden Beteiligungsmanagement im kommunalen Bereich vom November 2014; Hrsg.: Sächsischer Städte- und Gemeindetag, Sächsischer Landkreistag und Sächsisches Staatsministerium des Innern, verfügbar unter <https://www.kommunale-verwaltung.sachsen.de/kommunale-wirtschaft-3975.html>).

d) Zins- und Schuldenmanagement

Die Aufwendungen aus Schulden sollen – unter Beachtung der durch das gesetzliche Spekulationsverbot gesetzten Grenzen – mithilfe eines geeigneten Schulden- und Zinsmanagements begrenzt werden. Basis des Schulden- und Zinsmanagements sind die in Haushaltsplan und mittelfristiger Finanzplanung vorgesehenen Zins- und Tilgungszahlungen. Oberstes Ziel ist es, die Zinsaufwandsplanung einzuhalten. Dazu sind sicherzustellen: eine hinreichende und angemessene Finanzverwaltungsstruktur, insbesondere geordnete Haushaltsführung, fachliche Kenntnis im Umgang mit den eingesetzten und geplanten Instrumenten einschließlich regelmäßiger Fortbildung der Beschäftigten des mit dem Abschluss und der Verwaltung derartiger Geschäfte befassten Organisationsbereichs der Gemeinde, ferner eine Information des Gemeinderates über laufende Zinssicherungsgeschäfte im Rahmen der Berichtspflicht gemäß § 75 Absatz 5 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die

zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. November 2023 (SächsGVBl. S. 870) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Die Übertragung einzelner Aufgaben des Finanzmanagements ist keine zulässige Aufgabenübertragung im Sinne von § 71 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Auf die Erlaubnispflicht gemäß § 32 des Kreditwesengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 411) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, wird hingewiesen.

Unzulässig sind weiterhin Finanzgeschäfte, bei denen die Bank ein einseitiges kostenloses Kündigungsrecht hat, während die Gemeinde nur gegen Leistung einer Ausgleichszahlung kündigen kann.

aa) Dokumentationspflichten

Bei Entscheidungen im Zins- und Schuldenmanagement ist Folgendes zu dokumentieren: das aktuelle Marktumfeld einschließlich einer aktuellen Analyse der Geld- und Kapitalmärkte (Marktrückblick) sowie einer Prognose der Entwicklung dieser Märkte (Marktausblick); ferner die Zinsmeinung, die Einholung und Auswertung der Vergleichsangebote einschließlich der Erstellung von Chancen- und Risikoprofilen der Angebote, der Zinssatz und der sich hieraus ergebende Zinsaufwand im Finanzplanungszeitraum unter Berücksichtigung der geplanten Auszahlungen für die Tilgung sowie gegebenenfalls zu leistende Einmal- oder Prämienzahlungen und dergleichen, die sich aus dem Abschluss des geplanten Geschäftes ergeben, Eckpunkte der Beratung durch beteiligte Kreditinstitute, die Auswirkung der beabsichtigten Abschlüsse auf das Gesamtrisiko und auf die zu erwartenden Zinsaufwendungen. Die Gemeinde hat ihren Vertragspartner vor Abschluss eines zulässigen derivativen Zinsgeschäfts über Nummer 3 in Kenntnis zu setzen. Dies ist in geeigneter Weise zu dokumentieren.

bb) Anzeigepflicht

Soweit durch die vorgesehenen Zinsaufwendungen die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes gefährdet erscheint, ist dies der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

2. Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 72 Absatz 2 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung)

a) Begriff

Die Haushaltswirtschaft entspricht dem Grundsatz der Sparsamkeit, wenn unnötige Ausgaben vermieden werden. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit wird beachtet, wenn entweder das angestrebte Ergebnis mit einem möglichst geringen Ressourceneinsatz (Minimalprinzip), mit einem bestimmten Einsatz an Ressourcen das bestmögliche Ergebnis (Maximalprinzip) oder mit einem möglichst geringen Ressourceneinsatz das bestmögliche Ergebnis (Optimumprinzip) erreicht werden kann. Den Gemeinden steht bei der Auslegung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs ein weitreichender Beurteilungsspielraum im Rahmen ihrer Selbstverwaltung zu, der von den Rechtsaufsichtsbehörden und den Verwaltungsgerichten in vollem Umfang überprüft werden kann. Die gesetzliche Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit wird im Regelfall dann verletzt, wenn der Aufwand oder die Auszahlung unter keinem denkbaren Gesichtspunkt zu rechtfertigen sind. Bei einer solchen Konstellation hätte die Gemeinde den ihr

zustehenden Entscheidungsspielraum in nicht mehr zu vertretender Weise überschritten.

b) Anwendungsbereich

Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bedeutet nicht, dass das niedrigste Angebot anzunehmen und umzusetzen ist. In einer Gesamtbetrachtung soll die Gemeinde unter Berücksichtigung der gemeindlichen Aufgabenerfüllung jeweils prüfen und beurteilen, welche Maßnahmen wirtschaftlich und angemessen sind. Dazu gehört, bei investiven Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit anhand des gesamten Lebenszyklus des Objekts zu betrachten und die voraussichtlichen Kosten in diesem Zeitraum in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen, also auch die Folgekosten (siehe auch Großbuchstabe C Ziffer III der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur kommunal- und haushaltsrechtlichen Beurteilung von Investorenvorhaben im kommunalen Bereich vom 4. Juli 2005 [SächsABl. S. 725], zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 [SächsABl. SDr. S. S 253], in der jeweils geltenden Fassung).

Der Sparsamkeitsgrundsatz soll die Gemeinde dazu anhalten, sämtliche Ertrags- und Einzahlungsmöglichkeiten zu nutzen und auch bestehende Ansprüche rechtzeitig und vollständig geltend zu machen und einzuziehen, soweit dies zumutbar ist. Die Anwendung dieses Grundsatzes darf nicht dazu führen, dass die erforderliche Aufgabenerledigung beeinträchtigt wird.

c) Personalausstattung

Die Einhaltung der nachstehend aufgeführten Personalstandsrichtwerte ist als Ausdruck einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung zu bewerten. Diese Richtwerte dienen auch weiterhin zur Orientierung bei der Bestimmung des örtlichen Personalbedarfs. Sie eignen sich allerdings nicht für eine schematische Betrachtung. Es muss vielmehr in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die Richtwerte die inzwischen eingetretenen Veränderungen in der Aufgabenentwicklung und die sich hieraus ergebenden Personalbedarfe noch angemessen abbilden. Bei der Beurteilung der Personalausstattung einer Gemeinde sind zum Beispiel auch Art und Umfang der Aufgabenerfüllung zu berücksichtigen. Andererseits stellen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das gegenwärtige und künftige Angebot von Fachkräften die Gemeinden schon jetzt vor große Herausforderungen. Sie sind daher umso mehr gehalten, die im Sächsischen Gesetz über kommunale Zusammenarbeit vorgesehenen Formen der interkommunalen Zusammenarbeit (zum Beispiel gemeinsame Dienststellen, Mandatierung von Aufgaben, Einrichtung kommunaler Arbeitsgemeinschaften) zu nutzen, damit die eigene Verwaltungskraft und bestehende Qualitätsstandards erhalten bleiben und das vorhandene Fachpersonal noch effizienter eingesetzt werden kann.

aa) Personalstandsrichtwerte

Für den Personalbestand können die folgenden Richtwerte, bezogen auf die Summe der Beschäftigten im Kernhaushalt (vergleiche § 59 Nummer 27 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung), so genannter Beschäftigungsbereich 21, und in den mit Sonderrechnung geführten rechtlich unselbstständigen Einrichtungen und Unternehmen mit Ausnahme der Krankenhäuser, so genannter Beschäftigungsbereich 22, auch weiterhin zur Orientierung bei der Personalbemessung herangezogen werden:

Körperschaft	Richtwert
Kreisfreie Städte	14,3 VZÄ/1 000 Einwohner
Ehemalige Kreisfreie Städte ²	9,6 VZÄ/1 000 Einwohner
Kreisangehörige Städte und Gemeinden, die keiner Verwaltungsgemeinschaft und keinem Verwaltungsverband angehören	
– mit 20 000 und mehr Einwohnern	6,6 VZÄ/1 000 Einwohner
– mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	5,6 VZÄ/1 000 Einwohner
– mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	5,0 VZÄ/1 000 Einwohner
– mit bis unter 5 000 Einwohnern	5,1 VZÄ/1 000 Einwohner
Landkreise	4,6 VZÄ/1 000 Einwohner

¹ VZÄ (Vollzeitäquivalent) wird errechnet, indem die tatsächlichen Arbeitszeiten der Beschäftigten zur üblichen vollen Wochenarbeitszeit ins Verhältnis gesetzt werden.

² Große Kreisstädte, die aufgrund von § 2 Absatz 2 des Sächsischen Kreisgebietsneugliederungsgesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 102), das durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970) geändert worden ist, die Kreisfreiheit verloren haben.

Bei der Ermittlung des Personalbestandes bleibt das für die Kinderbetreuung in Kindertageseinrichtungen erforderliche Personal angesichts der in § 12 Absatz 2 des Gesetzes über Kindertagesbetreuung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 225), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, vorgegebenen Personalschlüssel sowie der unterschiedlichen Organisationsstrukturen im Bereich der Kinderbetreuung mit Einrichtungen in kommunaler oder freier Trägerschaft außer Betracht.

Soweit in der Gemeinde sonstige Aufgaben, die den Beschäftigungsbereichen 21 oder 22 zugeordnet sind, durch Dritte, insbesondere andere Gemeinden, Zweckverbände oder Private wahrgenommen werden, sind die Richtwerte für den Personalbestand angemessen abzusenken.

Bei der Ermittlung des Personalbestandes sind nicht einzubeziehen: die Beschäftigten, die sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden, das für die Übernahme der Optionsaufgaben nach § 6a des Zweiten Buchs Sozialgesetzbuch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 27. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 107) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, eingesetzte Personal und die Stelle des Hauptverwaltungsbeamten (Bürgermeister, Landrat).

bb) Beratende Äußerung des Sächsischen Rechnungshofs

Der Sächsische Rechnungshof hat in seiner Beratenden Äußerung „Organisationsempfehlungen für sächsische Gemeinden mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern“ (Landtagsdrucksache 7/4241 vom 12. Oktober 2020) empfohlen, den jeweiligen

Stellenbedarf entsprechend den in der Beratenden Äußerung aufgeführten Aufgabenblöcken und mithilfe der benannten Kennzahlen zu ermitteln. Der Sächsische Rechnungshof stellt hierzu unter www.rechnungshof.sachsen.de/beratende-ausserungen ein entsprechendes EXCEL-Tool zur Verfügung. In seiner Beratenden Äußerung „Organisationsmodell für Städte und Gemeinden mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohnern“ (Landtagsdrucksache 4/12792 vom 4. Juli 2008) empfiehlt der Sächsische Rechnungshof für Gemeinden dieser Größenklasse einen Personalrichtwert für die Kernverwaltung (vergleiche § 59 Nummer 28 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung) von 2,4 VZÄ je 1 000 Einwohner. Bei nachgewiesenem Mehrbedarf sollten 2,6 VZÄ je 1 000 Einwohner nicht überschritten werden.

Die vorgenannten Richtwerte dienen ebenso wie die Beratende Äußerung „Organisationsempfehlungen für sächsische Landkreise zur mittelfristigen Umsetzung bis zum Jahr 2020“ (Landtagsdrucksache 5/8894 vom 8. Juni 2012) zur Orientierung bei der Prüfung der örtlichen Personalbedarfe.

cc) Personalstandsrichtwerte für Verwaltungsgemeinschaften und Verwaltungsverbände

Die Einwohnerzahlen aller an der Verwaltungsgemeinschaft beteiligten Gemeinden werden zusammengezählt. Als Maßstab für die erfüllende Gemeinde wird der jeweilige oben genannte Richtwert für kreisangehörige Gemeinden der entsprechenden Einwohnerzahl herangezogen. Bei Gemeinden, die keine erfüllende Gemeinde sind, prüft die Rechtsaufsichtsbehörde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalls, insbesondere nach dem Umfang der Aufgabenübertragung von den Mitgliedsgemeinden auf die erfüllende Gemeinde, ob und gegebenenfalls welche der an der Verwaltungsgemeinschaft beteiligten Gemeinden einen zu hohen Personalbestand aufweisen.

Für Verwaltungsverbände gilt dies entsprechend. Auf § 8 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wird hingewiesen.

d) Erwerb von Liegenschaften

Der Erwerb kontaminierter (mit Schadstoffen belasteter) Grundstücke ohne nachvollziehbare Abschätzung der Sanierungskosten stellt wegen der ansonsten bestehenden Finanzierungsrisiken in der Regel einen Verstoß gegen die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung dar. Besteht der Verdacht einer Kontamination, der auch noch nach der Sanierung der Grundstücksflächen vorliegen kann, und liegt eine Sanierungs- und Folgekostenschätzung nicht vor, ist der Erwerb dieser Grundstücksflächen durch geeignete rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu unterbinden.

Vor einem Erwerb solcher Flächen ist stets die fachliche Stellungnahme der zuständigen Umweltfachbehörde einzuholen. Bei Grundstücken, die dem Sanierungsauftrag der Wismut GmbH unterfallen beziehungsweise unterfielen oder die radiologisch belastet sind, ist eine Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie einzuholen. Dies gilt auch für so genannte mischkontaminierte Flächen, die radiologische und chemische Kontaminationen aufweisen. Aufgrund dieser Stellungnahme ist dann zu entscheiden, ob der Erwerb der Flächen unter Berücksichtigung der Sanierungskosten vertretbar ist.

Die Gemeinde soll die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde über den beabsichtigten Grundstückskauf der möglicherweise kontaminierten Fläche rechtzeitig unterrichten.

Diese Verfahrensweise ist auch dann zu beachten, wenn Grundstücksflächen der Gemeinde unentgeltlich übereignet werden sollen oder der Verkäufer die möglichen Sanierungskosten zu tragen beabsichtigt. Im letzteren Fall sind die Form der Absicherung, die Solvenz des Verkäufers und ein mögliches Prozessrisiko in die Prüfung einzubeziehen.

3. Spekulative Finanzgeschäfte (§ 72 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung)

a) Begriff

Die Gemeinden dürfen gemäß § 72 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung keine spekulativen Finanzgeschäfte abschließen. Spekulativ sind solche Finanzgeschäfte, die, ohne Geldanlagen im Sinne des § 89 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung zu sein, objektiv auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind. Daher sind derivative Zinsgeschäfte, die abgeschlossen werden, um sich gegen das Zinsänderungsrisiko aus Kreditgeschäften abzusichern (Zinssicherungsgeschäfte), zulässig, soweit sich eine Unzulässigkeit nicht aus anderen Rechtsgründen ergibt. Alle anderen derivativen Zinsgeschäfte (Zinsoptimierungsgeschäfte) verstoßen gegen das Spekulationsverbot und sind daher unzulässig. Ein Zinssicherungsgeschäft liegt dann vor, wenn zwischen Grundgeschäft und Derivatgeschäft Konnexität besteht, das heißt, wenn sich aus einem oder mehreren Darlehensverträgen der Gemeinde deshalb ein Zinsänderungsrisiko ergibt, weil entweder variable Zinsen vereinbart wurden oder kurzfristige Darlehen aufgenommen werden, obwohl ein längerfristiger Finanzierungsbedarf besteht, und das Derivatgeschäft die Gemeinde gegen das sich daraus ergebende Zinsänderungsrisiko, zumindest teilweise, absichert. Eine Genehmigungspflicht für derivative Zinsgeschäfte besteht nicht.

Für vor dem 1. März 2012 abgeschlossene derivative Zinsgeschäfte gilt die VwV Kommunale Haushaltswirtschaft-Doppik in der bis zum 1. März 2012 geltenden Fassung.

Die Gemeinden haben die Nutzung derivativer Zinsgeschäfte eigenverantwortlich zu prüfen und hierüber zu entscheiden. Die Abwägung der hierbei zu berücksichtigenden wirtschaftlichen Folgen und prozessualen Risiken sowie die sich hieraus ergebende Entscheidung sollten nicht ohne die Beiziehung unabhängiger juristischer und wirtschaftlicher Sachverständiger getroffen werden, die die für die Beurteilung derartiger, häufig hochkomplexer Produkte und eventuell angebotener Alternativen erforderliche finanzwirtschaftliche Expertise besitzen. Soweit Verhandlungen geführt werden, bedürfen auch diese einer sorgfältigen und fachkundigen Begleitung.

Die unter Nummer 1 Buchstabe d Doppelbuchstabe aa und bb aufgeführten Dokumentations- und Anzeigepflichten gelten entsprechend.

b) Außerhalb ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegende spekulative Finanzgeschäfte kommunaler Unternehmen

Die Vertreter der Gemeinden in der Gesellschafterversammlung oder dem entsprechenden Organ oder, soweit vorhanden, im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem der Gemeinde allein oder zusammen mit anderen kommunalen Trägern der Selbstverwaltung, die der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehen, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung berechtigende Mehrheit der Anteile zusteht, haben dafür Sorge zu tragen, dass der Abschluss außerhalb ihrer

gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegender spekulativer Finanzgeschäfte durch das Unternehmen ausgeschlossen wird.

Bei einer geringeren Beteiligung hat die Gemeinde darauf hinzuwirken, dass der Abschluss derartiger spekulativer Finanzgeschäfte unterbleibt.

4. Ausgleich des Ergebnishaushalts (§ 72 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung)

a) Allgemein

Der Ergebnishaushalt ist dann ausgeglichen, wenn das veranschlagte Gesamtergebnis gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 28 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung, welches unter Berücksichtigung der Überschüsse oder Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis und im Sonderergebnis des Haushaltsjahres, der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren und der Verrechnung gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung ermittelt wird, keinen Fehlbetrag ausweist. Der Ergebnishaushalt ist darüber hinaus auch dann ausgeglichen, wenn ein Fehlbetrag im veranschlagten Gesamtergebnis durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses oder durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses gedeckt werden kann. Dabei liegt es im Ermessen der Gemeinde, ob und in welcher Höhe sie die zur Deckung eines Fehlbetrages im veranschlagten Gesamtergebnis erforderlichen Beträge jeweils der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses oder der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses entnimmt. Die Entnahmen aus Überschussrücklagen sind insoweit keiner bestimmten Rang- oder Reihenfolge unterworfen. Gelingt der Ausgleich auch durch Entnahmen aus den Rücklagen nicht und ist somit im Ergebnishaushalt unter den Positionen gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 31 und 32 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung der Vortrag eines Fehlbetrages auf Folgejahre zu veranschlagen, ist die Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzeptes verpflichtend.

b) Ermittlung des verrechnungsfähigen Fehlbetrages

Sofern eine Verrechnung gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung geplant ist, ist für das jeweilige Haushaltsjahr der für eine Verrechnung in Betracht kommende Fehlbetrag zu bestimmen. Dieser errechnet sich als Saldo aus den im Haushaltsjahr veranschlagten

- Aufwendungen für die Abschreibungen, aus der Veräußerung und dem Abgang der Vermögensgegenstände, die am 31. Dezember 2017 im Anlagevermögensbestand ausgewiesen wurden,
- den Erträgen aus Zuschreibungen zu und der Veräußerung von Vermögensgegenständen, die zum 31. Dezember 2017 im Anlagevermögensbestand ausgewiesen wurden,
- den Erträgen aus der Auflösung der diesen Vermögensgegenständen zugeordneten passiven Sonderposten (das heißt ohne Sammel-Sonderposten) sowie
- den Aufwendungen aus der Zuschreibung der diesen Vermögensgegenständen zugeordneten passiven Sonderposten; Sammel-Sonderposten können nicht berücksichtigt werden.

Bei der Ermittlung des Fehlbetrages ist zwischen Fehlbeträgen im ordentlichen Ergebnis und Fehlbeträgen im Sonderergebnis zu unterscheiden.

c) Verrechnung des Fehlbetrages

Die Gemeinde darf Fehlbeträge gemäß Buchstabe b im Jahr ihrer Entstehung jeweils bis zu ihrem vollen Betrag

zur Verrechnung mit dem Basiskapital veranschlagen. Es liegt grundsätzlich im Ermessen der Gemeinde, ob und in welcher Höhe die Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis oder im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung sowie Entnahmen aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses oder des Sonderergebnisses veranschlagt werden. Die Höhe des Verrechnungsbetrages ist unabhängig von dem im Haushaltsjahr erzielten Gesamtergebnis sowie gegebenenfalls vorhandener Rücklagen aus Vorjahren. Er ist der Höhe nach nicht auf einen zum Ausgleich des Gesamtergebnisses notwendigen Betrag begrenzt, wenngleich es im wohlverstandenen Interesse der Gemeinden liegt, das Basiskapital nach Möglichkeit zu schonen und die Verrechnung auf den Bedarfsfall zu beschränken. Anderenfalls läuft die Gemeinde Gefahr, dass sie ihren Vermögensbestand zu Lasten nachfolgender Generationen verzehrt. Sie ist daher in jedem Einzelfall gehalten, sorgfältig unter Abwägung zumutbarer Alternativen zu prüfen, ob sie von der Verrechnungsmöglichkeit Gebrauch macht. Soweit diese Entscheidung im Zusammenhang mit der Festsetzung der Kreisumlage steht, gilt für die Landkreise die Besonderheit, dass sie bei der Festsetzungsentscheidung die Haushaltssituation der kreisangehörigen Gemeinden angemessen zu berücksichtigen haben. Aufgrund der verfassungsrechtlich geschützten Finanzhoheit gibt es keinen Wertungsunterschied zwischen dem Finanzbedarf der Landkreise und dem der Gemeinden. Die Garantie des Kerngehalts der kommunalen Selbstverwaltung zieht der Kreisumlageerhebung eine absolute Grenze dort, wo sie zu einer strukturell und dauerhaft unzureichenden Finanzausstattung der kreisangehörigen Gemeinden führen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu einem eigenständigen und eigenverantwortlichen Handeln nehmen würde. In einem solchen Fall kann sich das bei der Ausübung des Verrechnungswahlrechts bestehende Ermessen auf eine Pflicht zur Verrechnung reduzieren. Die Anforderungen an die Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushaltes sind ungeachtet möglicher Verrechnungen im Ergebnishaushalt einzuhalten. Ergibt sich nach der Verrechnung ein positives Gesamtergebnis, sind die Überschüsse den jeweiligen Rücklagen zuzuführen. Die so entstandenen Rücklagenbeträge sind separat darzustellen. Durch die Verrechnung darf der Betrag von einem Drittel des zum 31. Dezember 2017 festgestellten Basiskapitals nicht unterschritten werden. Der im Haushaltsplan zur Verrechnung mit dem Basiskapital veranschlagte Fehlbetrag darf mit der Aufstellung des Jahresabschlusses den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend angepasst werden. Die Gemeinde entscheidet mit der Feststellung des Jahresabschlusses über den tatsächlichen Verrechnungsbetrag.

d) Abgrenzung zwischen „Alt-Investitionen“ und „Neu-Investitionen“

Verrechnungsfähig sind Fehlbeträge, die im Zusammenhang mit Vermögensgegenständen entstehen, die zum 31. Dezember 2017 im Anlagevermögensbestand nachgewiesen sind. Für Fehlbeträge aus Vermögensgegenständen, die nach dem 31. Dezember 2017 aktiviert werden, besteht die Verrechnungsmöglichkeit somit nicht. Daher ist die Abgrenzung dieser Vermögensgegenstände in geeigneter Weise, vorzugsweise durch entsprechende Merkmale in den Bestandsverzeichnissen, sicherzustellen. Jeder einzelne Vermögensgegenstand ist in seiner Gesamtheit entweder als „Alt-Investition“ oder als „Neu-Investition“ zu behandeln. Unterliegt ein Vermögensgegenstand, der zum 31. Dezember 2017 im Anlagevermögensbestand nachgewiesen wurde, Ver-

änderungen, die eine Hinzuklassifizierung im Sinne eines Zugangs bedingen, ist der jeweilige Vermögensgegenstand ab dem Zeitpunkt der Hinzuklassifizierung mit seinem gesamten Wert als „Neu-Investition“ zu behandeln. Im Fall der Hinzuklassifizierung darf der zu diesem Zeitpunkt bestehende Saldo aus dem Buchwert des Vermögensgegenstandes und dem Buchwert eines diesem Vermögensgegenstand zugeordneten Sonderpostens (das heißt ohne Sammel-Sonderposten) dem Basiskapital entnommen und in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses übertragen werden. Dies ist bei der Aufstellung des Jahresabschlusses durch einen Passivtausch zu vollziehen, der die Ergebnisrechnung nicht berührt. Die so gebildeten Rücklagen dürfen bereits im Jahr der Bildung zum Ausgleich von Fehlbeträgen in Anspruch genommen werden. Auf diese Weise bleibt einerseits das Ausgleichspotenzial erhalten und andererseits werden sowohl der Vermögensgegenstand als auch etwaige passive Sonderposten in der Vermögensrechnung weiterhin mit dem wirklichkeitsgetreuen Wert ausgewiesen.

Nicht zur Behandlung als „Neu-Investitionen“ führen Zuschreibungen auf „Alt-Investitionen“ (zum Beispiel Wertaufholungen oder Zuschreibungen auf Finanzanlagevermögen aufgrund der Bewertung nach der Eigenkapitalspiegelungsmethode), Berichtigungen sowie wertneutrale Umbuchungen von „Alt-Investitionen“ innerhalb des Anlagevermögens. Dies gilt für Umbuchungen von Anlagen im Bau entsprechend.

Bei der Umbuchung von „Alt-Investitionen“ vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen entfällt für diese Vermögensgegenstände die Möglichkeit zur Verrechnung von Fehlbeträgen. Eine Basiskapitalentnahme und Übertragung in die Rücklage ist in diesen Fällen nicht zulässig.

e) Veranschlagung von Fehlbeträgen

Nach Ausnutzung aller Verrechnungs- und Deckungsmöglichkeiten verbleibende Fehlbeträge sind – getrennt nach Fehlbeträgen im ordentlichen Ergebnis und Fehlbeträgen im Sonderergebnis – vorzutragen und unmittelbar im Folgejahr in voller Höhe zur Deckung zu veranschlagen. Da in der Regel im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung der Jahresabschluss noch nicht vorliegt, ist das gemäß Haushaltssatzung des laufenden Haushaltsjahres, einer Nachtragshaushaltssatzung oder aus anderem Anlass (bspw. dem Zwischenbericht gemäß § 75 Absatz 5 Sächsische Gemeindeordnung) für das Ende des Haushaltsjahres zuletzt prognostizierte Jahresergebnis im Rahmen der Haushaltsaufstellung durch sorgfältige Schätzung fortzuschreiben. Etwaige Fehlbeträge sind jeweils in voller Höhe unter den Positionen gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 24 und 25 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung zu veranschlagen.

5. Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushalts (§ 72 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung)

a) Gesetzmäßigkeitsvoraussetzungen und Anforderungen an die ordentliche Tilgung

Die Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushalts ist gewährleistet, wenn der Betrag der Nettoinvestitionsmittel nicht negativ ist. Das ist dann der Fall, wenn der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit dem Betrag der ordentlichen Kredittilgung und des Tilgungsanteils der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften entspricht oder diesen übersteigt.

Der Finanzhaushalt ist darüber hinaus auch dann gesetzmäßig, wenn der Betrag der Nettoinvestitionsmittel zwar negativ ist, der Betrag der ordentlichen Kredittilgung und des Tilgungsanteils der Zahlungsverpflichtun-

gen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften aber durch verfügbare Mittel (Ersatzdeckungsmittel) gedeckt werden kann.

Gleichzeitig ist die kontinuierliche und betraglich angemessene Rückführung der Kreditverbindlichkeiten sicherzustellen. Diese Voraussetzung ist dann erfüllt, wenn die durchschnittliche rechnerische Tilgungsdauer nicht länger als die durchschnittliche Abschreibungsdauer des gesamten abnutzbaren Anlagevermögens ist (Fristenkongruenz).

Die durchschnittliche Tilgungsdauer wird errechnet als Quotient aus

- der Summe der zum 1. Januar des Haushaltsjahres veranschlagten Beträge der Verbindlichkeiten aus Anleihen, Kreditaufnahmen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie
- der im Haushaltsjahr veranschlagten Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften einschließlich der als Investitionsauszahlungen veranschlagten Tilgungsanteile für Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Die durchschnittliche Abschreibungsdauer des abnutzbaren Anlagevermögens wird errechnet als Quotient aus

- der Summe der ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aller am 1. Januar des Haushaltsjahres im Anlagevermögen erfassten abnutzbaren Vermögensgegenstände und
- der im Haushaltsjahr veranschlagten Aufwendungen für Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis.

Wenn die durchschnittliche rechnerische Tilgungsdauer die durchschnittliche Abschreibungsdauer überschreitet, ist zu prüfen, ob der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit mindestens dem Betrag der ordentlichen Tilgung bei Ansatz einer (fiktiven) fristenkongruenten Tilgungsdauer entspricht. Ist dies nicht der Fall und stehen keine ausreichenden Ersatzdeckungsmittel zur Verfügung, ist die Gemeinde grundsätzlich zur Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzepts verpflichtet. Damit wird sichergestellt, dass die Anforderungen an einen gesetzmäßigen Finanzhaushalt nicht durch Tilgungsaussetzung oder -streckung ins Leere laufen.

Überschreitet die durchschnittliche rechnerische Tilgungsdauer die durchschnittliche Abschreibungsdauer, obwohl der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit dem Betrag der ordentlichen Tilgung bei Ansatz einer (fiktiven) fristenkongruenten Tilgungsdauer noch entspricht, hat die Rechtsaufsichtsbehörde die Gemeinde aufzufordern, Fristenkongruenz durch Anhebung der Auszahlungen für die ordentliche Tilgung herzustellen. Auf eine entsprechende rechtsaufsichtliche Anordnung kann nur dann verzichtet werden, wenn die Gemeinde glaubhaft macht, dass eine Anpassung der bei Inkrafttreten dieser Vorschrift bestehenden Verträge mit wirtschaftlichen Nachteilen für die Gemeinde verbunden wäre.

Eine Aussetzung der Tilgung oder eine Streckung des Tilgungszeitraumes sind der Rechtsaufsichtsbehörde – unabhängig von der Fristenkongruenz – spätestens zwei Wochen vor Vertragsabschluss anzuzeigen. Dabei hat die Gemeinde die Wirtschaftlichkeit der Tilgungsaussetzung oder der Streckung des Tilgungszeitraumes nachzuweisen und die Unabdingbarkeit der Tilgungsaussetzung oder der Streckung des Tilgungszeitraumes darzulegen. Die Rechtsaufsichtsbehörde prüft die Anzeige und erklärt die gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen.

b) Ersatzdeckungsmittel

Verfügbare Mittel im Sinne des § 72 Absatz 4 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung sind liquide Mittel,

die tatsächlich zur Auszahlung bereitstehen, die also im Haushaltsjahr nicht durch veranschlagte Auszahlungen im Finanzhaushalt oder gesetzlich, vertraglich oder in sonstiger Weise gebunden sind, und deren Auszahlung im Haushaltsjahr nicht aus anderen Gründen unzulässig ist.

Einzahlungen und Auszahlungen aus übertragenen Ermächtigungen sind bei der Ermittlung der verfügbaren Mittel immer dann zu berücksichtigen, wenn sie im Finanzhaushalt des Haushaltsjahres veranschlagt werden.

Mit der Bildung von Rückstellungen wird Aufwand im Ergebnishaushalt dem Jahr der wirtschaftlichen Verursachung zugeordnet. Rückstellungen erfüllen in der Regel keine Liquiditätssicherungsfunktion. Daher führen allein die Bildung von Rückstellungen und deren Bilanzierung regelmäßig nicht zu einer Bindung liquider Mittel. Die Mittelbindung ergibt sich erst in dem Haushaltsjahr, in dem die Rückstellung voraussichtlich in Anspruch genommen wird und eine dementsprechende Auszahlung im Finanzhaushalt zu veranschlagen ist.

Zweckgebundene Einzahlungen und bereits vereinbarte Mittel mit Zweckbindung, für die im Haushaltsjahr keine Auszahlungen veranschlagt werden, sind bei der Ermittlung des Betrages der verfügbaren Mittel nur dann in Abzug zu bringen, wenn sie bis zum Haushaltsjahr der Auszahlung nicht zum Beispiel im Rahmen des Liquiditätsmanagements vorübergehend für andere Zwecke verwendet werden dürfen.

Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten bleiben bei der Ermittlung der verfügbaren Mittel unberücksichtigt. Kassenkreditbestände und Kontokorrentverbindlichkeiten erhöhen nicht den Bestand an verfügbaren Mitteln.

Es liegt im Ermessen der Gemeinde, darüber hinaus weitere Beträge bei der Ermittlung der verfügbaren Mittel in Abzug zu bringen, die als Liquiditätsreserve dienen sollen.

Die verfügbaren Mittel sind im Rahmen der Haushaltsplanung wie folgt zu ermitteln:

Voraussichtlicher Bestand an liquiden Mitteln zu Beginn des Haushaltsjahres (ohne Kassenkredite und Kontokorrentverbindlichkeiten; der Bestand kann daher auch negativ sein) (§ 3 Absatz 1 Nummer 54 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung)

+/- Überschuss/Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr (§ 3 Absatz 1 Nummer 50 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung)

- Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten (§ 3 Absatz 1 Nummer 52 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung)

- Mittel, die gesetzlich, vertraglich oder in sonstiger Weise gebunden sind und für die im Haushaltsjahr keine Auszahlungen im Finanzhaushalt veranschlagt worden sind, sowie Mittel, deren Auszahlung im Haushaltsjahr (zum Beispiel aufgrund einer gesetzlichen Regelung) unzulässig ist; ferner gegebenenfalls Mittel, die als Liquiditätsreserve dienen sollen

+ Auszahlungen für die ordentliche Kredittilgung und den Tilgungsanteil der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften (nachrichtliche Position gemäß § 3 Absatz 2 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung)

= Verfügbare Mittel.

c) Ausnahmeregelung

Gelingt es der Gemeinde auch unter Beiziehung von Ersatzdeckungsmitteln nicht, die Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushaltes sicherzustellen, ist sie regelmäßig zur Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzepts verpflichtet.

Sofern die Gemeinde glaubhaft machen kann, dass eine Unterdeckung spätestens im Finanzplanungszeitraum durch entsprechende Einzahlungen ausgeglichen werden kann (zum Beispiel bei der Vorfinanzierung von Fördermitteln oder bei Entschädigungsleistungen, um Maßnahmen der Wiederherstellung zeitnah durchführen zu können), ist ein Haushaltsstrukturkonzept ausnahmsweise verzichtbar. Die Gemeinde muss die Endfinanzierung der Maßnahme gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde in jedem Fall in geeigneter Weise plausibilisieren.

d) Nettoinvestitionsmittel

Zur Sicherstellung ihrer dauernden Leistungsfähigkeit sollen die Gemeinden Nettoinvestitionsmittel in angemessener Höhe erwirtschaften. Nettoinvestitionsmittel errechnen sich als positiver Saldo aus

- dem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und
- dem Betrag der ordentlichen Kredittilgung und des Tilgungsanteils der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften.

Die Angemessenheit der Nettoinvestitionsmittel ist nicht pauschal, sondern im Einzelfall anhand des Auszahlungsbedarfs der Folgejahre, insbesondere unter Berücksichtigung des Investitionsbedarfs, unter Beachtung der demografischen Entwicklung sowie der finanziellen Gesamtsituation der Gemeinde, zu beurteilen. Verbindliche Vorgaben für einen Mindestbetrag der Nettoinvestitionsmittel bestehen nicht. Dies gilt entsprechend für einen Mindest- oder Höchstbetrag des Bestandes an liquiden Mitteln. Bei Gemeinden, die auf die Bildung angemessener Nettoinvestitionsmittel verzichten oder die hierzu objektiv nicht in der Lage sind, ist eine besonders sorgfältige Prüfung der Anforderungen an eine hinreichende dauernde Leistungsfähigkeit angezeigt.

6. Überschuldungsverbot (§ 72 Absatz 5 der Sächsischen Gemeindeordnung)

Die Gemeinde darf sich nicht überschulden. Sie ist überschuldet, wenn in der Vermögensrechnung ein nicht durch die Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag gemäß § 51 Absatz 2 Nummer 4 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung ausgewiesen wird. Eine drohende Überschuldung gilt als hinreichend sicher, wenn bei Realisierung der im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum veranschlagten Beträge ein nicht durch die Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag entstehen würde. In beiden Fällen ist die Gemeinde zur Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzepts verpflichtet.

7. Haushaltsstrukturkonzept (§ 72 Absatz 6 und 7 der Sächsischen Gemeindeordnung)

a) Allgemein

aa) Soweit eine Haushaltslage besteht oder sich abzeichnet, die die Gemeinde zur Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzepts gemäß § 72 Absatz 3 bis 5 der Sächsischen Gemeindeordnung verpflichtet, ist sie gehalten, die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen und mit den ihr zumutbaren Möglichkeiten auf die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer dauernden Leistungsfähigkeit hinzuwirken. Das Haushaltsstrukturkonzept verleiht der gesamten Konsolidierungsphase eine konzeptionelle Grundlage sowie einen verbindlichen Rahmen. Es enthält die konkret vorgesehenen Maßnahmen mit ihren voraussichtlichen haushaltsbezogenen Wirkungen zur Erreichung der gesetzlichen und sonstigen Ziele. Insoweit besteht auch ein direkter Zusammenhang zur mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Im Hinblick auf den Konsolidierungszeitraum muss ein Korridor

für Veränderungen oder Anpassungen eingeplant werden. Außerdem muss Raum sein für Alternativmaßnahmen im Rahmen der Umsetzung. In dem Haushaltsstrukturkonzept sind die Ausgangslage, die Ursachen für die entstandene Fehlentwicklung sowie die vorgesehenen Maßnahmen zu deren Beseitigung zu beschreiben. Es enthält überdies den nächstmöglichen Zeitpunkt, zu dem die Voraussetzungen für einen gesetzmäßigen Haushalt wieder erreicht werden können und zeigt auf, wie nach der Realisierung der Konsolidierungsmaßnahmen die gemeindliche Haushaltswirtschaft geführt werden soll, damit die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde gewährleistet bleibt.

- bb) Die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzepts beginnt regelmäßig mit dem Haushaltsjahr, in dem die Voraussetzungen für einen gesetzmäßigen Haushalt nicht (mehr) vorliegen. Die Gemeinde hat daher im Rahmen der Aufstellung der Haushaltssatzung zu prüfen, ob zu diesem Zeitpunkt bereits ein Sachverhalt gegeben ist, der die Pflicht zur Konsolidierung begründen könnte. Die Gemeinde ist gehalten, unmittelbar nach Kenntnis der Konsolidierungspflicht die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Realisierbare und zumutbare Maßnahmen dürfen nicht in künftige Haushaltsjahre verschoben werden. Allgemein gilt der Grundsatz, je stärker die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde gefährdet ist, desto geringer sind ihre Handlungs- und Gestaltungsspielräume im Hinblick auf die Intensität der zu ergreifenden Konsolidierungsmaßnahmen.

b) Inhalt

- aa) Die Gemeinde hat die Finanzierungsfähigkeit sämtlicher Bereiche der gemeindlichen Aufgabenerfüllung anhand der örtlich festgelegten produktorientierten Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs sowie der Leistungskennzahlen und Finanzziele zu prüfen und neu zu bewerten. Mit auf die Sicherstellung der gemeindlichen Aufgabenerfüllung ausgerichteten Konsolidierungsmaßnahmen soll die Gemeinde die notwendigen strategischen und operativen Ziele für eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltswirtschaft bestimmen.
- bb) Im Haushaltsstrukturkonzept sind die geplanten Maßnahmen so konkret wie möglich, mindestens aber auf Produkte oder Konten bezogen, darzustellen. Im Übrigen besteht für das Haushaltsstrukturkonzept im Rahmen des § 26 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung Formfreiheit. Für die Erstellung der Übersicht zur Gesamtwirkung der Maßnahmen gemäß § 26 Absatz 1 Satz 3 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung ist die Anlage 2 zu verwenden.
- cc) Die Gemeinde ist verpflichtet, diejenigen Konsolidierungsmaßnahmen zu beschließen, die geeignet sind, die Gesetzmäßigkeit der Haushaltswirtschaft bis zum vierten Folgejahr wiederherzustellen. Dieser Zeitraum umfasst die drei dem Haushaltsjahr folgenden Planungsjahre, bei denen sich die haushaltsmäßigen Wirkungen der vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen unmittelbar aus den Jahresspalten dieser drei Planungsjahre im Finanzplan ablesen lassen. Für das weitere vierte Planjahr müssen vergleichbare Konkretisierungen vorgelegt werden, damit die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen sowie die Zielerreichung nachvollzogen werden kann.

- dd) Die Gemeinde hat über den aktuellen Stand der Umsetzung des beschlossenen Haushaltsstrukturkonzepts jeweils jahresbezogen zu berichten. Aus dem Bericht muss sich zweifelsfrei ergeben, ob und inwieweit die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen im aktuellen Haushaltsplan verwirklicht werden konnten (Soll-/Ist-Vergleich) und wie sich deren Umsetzung auf die Finanzsituation der Gemeinde auswirkt. Soweit einzelne Konsolidierungsmaßnahmen nicht realisiert werden konnten, ist anzugeben, durch welche Alternativmaßnahmen sie ersetzt worden sind oder werden sollen. Im Bericht sind die einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen so konkret wie möglich, mindestens aber auf Produkte oder Konten bezogen, darzustellen. Der Bericht ist zusammen mit dem Haushaltsplan der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen, soweit diese keinen anderen Zeitpunkt bestimmt hat.

c) Genehmigungsverfahren

- aa) Die Rechtsaufsichtsbehörde muss bei der Erteilung der Genehmigung den ihr zustehenden Ermessensspielraum unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Zielbestimmungen und der örtlichen Gegebenheiten nutzen. Sie hat dabei abzuwägen, ob Nebenbestimmungen zur Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltswirtschaft erforderlich sind.
- bb) Es dürfen nur solche Nebenbestimmungen verfügt werden, bei denen der Gemeinde noch Raum für eigenverantwortliches Handeln verbleibt. Die Rechtsaufsichtsbehörde darf daher nicht einzelne Konsolidierungsmaßnahmen ersetzen oder einschränken, sie darf aber geeignete Vorgaben für das Erreichen der Konsolidierungsziele machen.
- cc) Die Nebenbestimmungen können verfahrensrechtlich als Auflagen oder Bedingungen erlassen werden, sofern dies für die Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltswirtschaft erforderlich ist. Die Nebenbestimmungen haben den Zweck, mögliche rechtliche oder tatsächliche Hindernisse, die einer uneingeschränkten Genehmigungserteilung entgegenstehen, zu beseitigen. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat im Rahmen ihres Ermessens die erforderlichen Nebenbestimmungen zu verfügen. Sie soll dabei berücksichtigen, dass die Haushaltskonsolidierung für die Gemeinde im Regelfall einen dynamischen Prozess darstellt, der nicht in einem Schritt zu bewältigen ist.
- dd) Entsprechend den umsetzbaren Möglichkeiten können zeitlich bestimmte Zwischenziele zum Inhalt von Nebenbestimmungen gemacht werden, um die Entwicklung sowie die Zielerreichung bewerten zu können.
- ee) Ist die Gemeinde gesetzlich verpflichtet, ein Haushaltsstrukturkonzept zu erstellen, können die genehmigungspflichtigen Bestandteile der Haushaltssatzung nur dann genehmigt oder die Gesetzmäßigkeit bestätigt werden, wenn mit der Haushaltssatzung ein genehmigungsfähiges Haushaltsstrukturkonzept (vergleiche § 26 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung) vorgelegt worden ist.
- ff) Liegt mit der Haushaltssatzung noch kein Haushaltsstrukturkonzept oder nur ein Haushaltsstrukturkonzept vor, das noch nicht oder nur teilweise genehmigungsfähig ist, kann gleichwohl eine Genehmigung oder eine Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung erteilt werden, wenn durch die verfügten Nebenbestimmungen zum Haushaltsbescheid die Aufstellung oder Anpassung

des Haushaltsstrukturkonzepts und damit dessen Genehmigungsfähigkeit sichergestellt ist.

- gg) Für den Zeitraum bis zur Genehmigung des Haushaltsstrukturkonzepts kann die Rechtsaufsichtsbehörde die erforderlichen haushaltswirtschaftlichen Regelungen gemäß § 26 Absatz 4 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung treffen.
- hh) Kann der in einem genehmigten Haushaltsstrukturkonzept bestimmte Zeitraum zur Erreichung des Haushaltsausgleichs, der Gesetzmäßigkeit des Finanzhaushalts, des Abbaus oder der Abwendung der bilanziellen Überschuldung aufgrund unvorhersehbarer und unabweisbarer Ereignisse nicht eingehalten werden, ist die Laufzeit des Haushaltsstrukturkonzepts nach den vorgenannten Maßgaben anzupassen.
- ii) Ist die Haushaltssituation einer Gemeinde derart problematisch, dass sie auch unter zumutbarer Ausschöpfung des gesamten verfügbaren Konsolidierungspotenzials die Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltswirtschaft nicht bis zum vierten Folgejahr erreichen kann, darf die Rechtsaufsichtsbehörde den Konsolidierungszeitraum angemessen verlängern. Hierbei hat sie nicht nur das Endziel in zeitlicher Hinsicht zu definieren, sondern sie hat der Gemeinde zugleich nachprüfbare Zwischenziele aufzugeben, die auf eine schrittweise Umsetzung der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen gerichtet sind und die rechtsaufsichtlich überwacht werden können.

d) Anzeigepflicht

Die Pflicht zur Information der Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 72 Absatz 7 der Sächsischen Gemeindeordnung besteht für die Gemeinde unabhängig von der Höhe des festgestellten Fehlbetrages und unabhängig von der Höhe des Saldos zwischen dem in der Haushaltssatzung oder dem Haushaltsstrukturkonzept veranschlagten Fehlbetrag und dem im Jahresabschluss festgestellten Fehlbetrag. Entsprechendes gilt bei Abweichungen in der Finanzrechnung.

II.

Zu § 73 der Sächsischen Gemeindeordnung: Grundsätze der Einnahmebeschaffung

1. Rangfolge der Einnahmebeschaffung

Bei dem Grundsatz der Einnahmebeschaffung handelt es sich um zwingendes Recht und nicht nur um einen Programmsatz. Die sich bereits aus dem Gesetz ergebende Rangfolge der Deckungsmittel erfordert, dass die Gemeinde vor einer Steuererhebung und einer Kreditaufnahme zunächst die speziellen Entgelte (Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, privatrechtliche Benutzungsentgelte und Beiträge) erhebt. Gleichwohl hat die Gemeinde im Rahmen des ihr insoweit zustehenden weiten Beurteilungsspielraums und pflichtgemäßen Ermessens eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, in welcher Höhe sie die speziellen Entgelte unter Berücksichtigung des wirtschaftlich Gebotenen und Vertretbaren erhebt. Für Einrichtungen mit typischerweise voller Kostendeckung, zum Beispiel der Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Wasserversorgung, den Schlachthöfen und Märkten, ist die Erhebung kostendeckender Entgelte unter Beachtung des Vertretbarkeitsgrundsatzes verpflichtend (Kostendeckungsgebot). Die Erhebung von Trink- und Abwasserbeiträgen oder Baukostenzuschüssen ist immer dann geboten, wenn die Kosten aus vertretbaren Benutzungsgebühren oder privatrechtlichen Entgelten nicht

gedeckt werden oder die Refinanzierung anderweitig nicht sichergestellt werden kann.

2. Abweichung vom Grundsatz der vollen Kostendeckung

Soweit es die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zulässt, kann für die Nutzung entsprechender Einrichtungen, beispielsweise des Öffentlichen Personennahverkehrs oder kommunaler Sportstätten, aus Gründen des Gemeinwohls, insbesondere der Belange des Umweltschutzes, der Kultur, der Gesundheit sowie sozialer Belange, eine nicht in vollem Umfang am Kostendeckungsgrundsatz orientierte Entgelterhebung in Betracht kommen.

3. Straßenbaubeiträge

Nicht von der Rangfolge der Einnahmenbeschaffung gemäß § 73 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung umfasst sind die Straßenbaubeiträge gemäß den §§ 26 bis 31 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 116), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (SächsGVBl. S. 876) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Die Gemeinden sind grundsätzlich nicht zur Erhebung derartiger Beiträge verpflichtet. Die Entscheidung hierüber obliegt ihnen als örtlichem Satzungsgeber nach eigenem kommunalpolitischen Ermessen.

III.

Zu § 76 der Sächsischen Gemeindeordnung: Erlass der Haushaltssatzung

1. Formelle Anforderungen

a) Ein Verstoß gegen zwingende Verfahrensvorschriften, wozu insbesondere das Auslegungsverfahren sowie das Verfahren der öffentlichen Bekanntmachung zählen, führt regelmäßig zur Nichtigkeit der Haushaltssatzung. In diesen Fällen ist die Haushaltssatzung neu zu erlassen.

b) Sofern eine Haushaltssatzung die Bestandteile und Anlagen gemäß § 1 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung nicht oder nicht vollständig enthält, fordert die Rechtsaufsichtsbehörde die Gemeinde unverzüglich auf, die fehlenden Unterlagen zu ergänzen, oder sie gibt die komplette Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan zur Ergänzung zurück. Der Lauf der Monatsfrist gemäß § 119 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung beginnt erst mit dem Tag der Vorlage der vollständigen Unterlagen bei der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde.

2. Pflichten der Aufsichtsbehörde

Es liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Gemeinde, der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde bis zum 30. November den neuen Haushaltsplan zur Prüfung vorzulegen. Je weiter die Beschlussfassung über den Haushaltsplan in das neue Haushaltsjahr verschoben wird, desto weniger kann der Gemeinderat von seinem Recht auf Gestaltung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft unter Berücksichtigung seiner politischen Zielsetzungen Gebrauch machen. Überdies gelten während der vorläufigen Haushaltsführung für die Finanzierung neuer Investitionen zahlreiche Restriktionen, die zwar das Budgetrecht des Gemeinderates sichern helfen, das Investitionsgeschehen jedoch hemmen. Mit der Vorlage des Haushaltsplans erhält die Rechtsaufsichtsbehörde Gelegenheit, die Einhaltung des kommunalen Haushaltsrechts zu überprüfen. Soweit die Haushaltssatzung keine genehmigungspflichtigen Bestandteile enthält, kann

die Gemeinde nach Ablauf der Monatsfrist die Haushaltssatzung vollziehen, wenn nicht die Rechtsaufsichtsbehörde den der Satzung zugrunde liegenden Gemeinderatsbeschluss zwischenzeitlich beanstandet hat. Zur Vermeidung von Missverständnissen sollte die Rechtsaufsichtsbehörde in jedem beanstandungsfreien Vorlageverfahren der Gemeinde die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung auch förmlich bestätigen und in dem Bescheid überdies ihre wesentlichen rechtlichen Überlegungen transparent machen.

3. Veranschlagungsgrundsätze

- a) Bei der Entwicklung der Erträge und Einzahlungen aus Steuern sowie aus regelgebundenen Zuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2021 (SächsGVBl. S. 487), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. September 2023 (SächsGVBl. S. 778) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sind die regelmäßig bis Ende September bekannt gegebenen Orientierungsdaten für die Finanzplanung unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Gegebenheiten zugrunde zu legen. Die Bekanntgabe dieser Orientierungsdaten ist keine zwingende Voraussetzung für eine rechtzeitige Haushaltsplanung. Hat die Gemeinde darüber hinaus Kenntnis über sonstige haushaltsrelevante Entwicklungen, sind die Prognosen entsprechend zu konkretisieren.
 - b) Nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen, insbesondere der Aufwand für Abschreibungen und die Zuführung an Rückstellungen sowie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten oder Rückstellungen, sind sorgfältig zu schätzen.
 - c) Grundlage für die veranschlagten Abschreibungen und Auflösungsbeträge sind das in der Bilanz ausgewiesene abnutzbare Anlagevermögen, die aufzulösenden Sonderposten und die im Haushaltsjahr geplanten Investitionen, die in der Umsetzung befindlichen Investitionen (Anlagen im Bau), sofern deren Abschluss im Haushaltjahr geplant ist, die Investitionen auf der Grundlage von Ermächtigungsübertragungen sowie die zu erwartenden Zuwendungen. Die Beträge sind für die Finanzplanung fortzuschreiben.
 - d) Im Planjahr vorgesehene Einzahlungen aus Kreditaufnahmen und diesen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäften für Investitionen sind gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 36 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung im Finanzhaushalt zu veranschlagen. Der Betrag der im Planjahr vorgesehenen Einzahlungen aus übertragenen Kreditermächtigungen ist gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 48 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung im Finanzhaushalt auszuweisen. Gemäß § 3 Absatz 2 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung ist in der Übersicht nach Muster 7 der VwV Kommunale Haushaltssystematik vom 11. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. 2020 S. S 82), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 7. Dezember 2020 (SächsABl. S. 1451) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 24. November 2023 (SächsABl. SDR. S. S 243), in der jeweils geltenden Fassung, nachrichtlich für das Planjahr der Betrag der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen anzugeben, der sich auf übertragene Kreditermächtigungen bezieht.
 - e) Der voraussichtliche Stand der kurzfristigen Verbindlichkeiten (insbesondere Kassenkredite und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) ist sorgfältig zu schätzen. Hilfsweise kann der durchschnittliche Betrag der an den jeweiligen Stichtagen der letzten 3 Jahre ausgewiesenen Verbindlichkeiten veranschlagt werden.
- f) Die Bildung von Teilhaushalten ist so vorzunehmen, dass Budgets im Sinne von § 4 Absatz 2 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung innerhalb der Teilhaushalte gebildet werden können.
 - g) Die Bildung teilhaushaltsübergreifender Budgets ist zulässig. Darüber hinaus können durch Deckungsvermerke nach § 20 Absatz 2 und 3 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung über Teilhaushalte hinweg budgetähnliche Bewirtschaftungsmöglichkeiten erreicht werden.
 - h) Das Investitionsprogramm ist nach Teilhaushalten zu gliedern, so dass die einzelnen Investitionsmaßnahmen den sie betreffenden Teilhaushalten zuzuordnen sind. Sofern die Gemeinde ein zentrales Liegenschaftsmanagement eingerichtet hat, in dem alle Grundstücke und Gebäude verwaltet und die Investitionsmaßnahmen abgewickelt werden, dürfen die diesbezüglichen Investitionsmaßnahmen in dem Teilhaushalt, dem das zentrale Liegenschaftsmanagement zugeordnet ist, veranschlagt und dort im Investitionsprogramm dargestellt werden.
 - i) Schlüsselprodukte sind Produkte, die für die Gemeinde von besonderer Bedeutung sind und Steuerungsrelevanz haben. Für Schlüsselprodukte sollen neben den Erträgen und Aufwendungen Kennzahlen und Ziele angegeben werden.
 - j) Die gemäß § 37 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung erforderliche periodengerechte Ergebnisermittlung wird unter anderem durch den Ausweis von Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Forderungen sowie durch die Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten nach § 39 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung sichergestellt.
 - k) Darüber hinaus sollen Erträge und Aufwendungen in entsprechender Anwendung des Wertaufhellungsprinzips nach § 37 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung in der Periode, in der sie verursacht wurden, berücksichtigt werden.
 - l) Ist eine periodengerechte Erfassung durch die Maßnahme der Rechnungsabgrenzung und Wertaufhellung im Jahresabschluss nicht möglich, sind die entsprechenden, so genannten periodenfremden Erträge oder Aufwendungen den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen zuzuordnen, wenn es sich um Erträge und Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit handelt. Außerhalb der gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit angefallene periodenfremde Erträge und Aufwendungen sind den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen zuzuordnen.
 - m) Liegen keine wertaufhellenden Erkenntnisse vor, die die Berücksichtigung in der Eröffnungsbilanz gemäß § 88a Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung rechtfertigen, sind diese Zahlungen in Abweichung vom Periodenprinzip im ersten doppischen Haushaltsjahr ertragswirksam zu vereinnahmen.
 - n) Erträge und Aufwendungen aus Vermögensveräußerungen sind grundsätzlich den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen zuzurechnen, unabhängig davon, ob diese Gewinne oder Verluste regelmäßig anfallen oder eine bestimmte Höhe aufweisen. Unter den Posten

„außerordentliche Erträge“ und „außerordentliche Aufwendungen“ sind darüber hinaus Erträge und Aufwendungen auszuweisen, die nicht im Zusammenhang mit der kommunalen Aufgabenerfüllung stehen oder sonst außerhalb der gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit anfallen.

- o) In der Eröffnungsbilanz gemäß § 88a Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung dürfen keine Ergebnissrücklagen ausgewiesen werden. Soweit Teile der kameralen Rücklage für bestimmte Investitionsmaßnahmen oder für die Sondertilgung von Krediten gebildet wurden, dürfen diese in der Eröffnungsbilanz unter „Zweckgebundene und sonstige Rücklagen“ nach § 51 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe dd der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung ausgewiesen werden. Bei zweckgerechter Verwendung ist der entsprechende Rücklagenbetrag ergebnisunwirksam in das Basiskapital umzubuchen.
 - p) Für die statistischen Meldungen nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1401) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, sind die finanzstatistischen Zuordnungsregelungen nach der VwV Kommunale Haushaltssystematik zwingend einzuhalten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Gestaltungsmöglichkeiten nach § 4 Absatz 1 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung bezüglich des Zuschnitts der Teilhaushalte und der Zuordnung von Produkten zu den Teilhaushalten sowie für die Einrichtung des Kontenplanes.
 - q) Es ist sicherzustellen, dass die Investitionen bei Einrichtung eines zentralen Liegenschaftsmanagements nach den finanzstatistischen Zuordnungsvorschriften des Produktrahmens ausgewiesen werden. Es ist darüber hinaus sicherzustellen, dass für die statistischen Meldungen eine eindeutige Zuordnung und Aggregation auf der Ebene der verbindlich vorgeschriebenen Konten möglich ist.
4. Plausibilität und Bewertung der Haushaltsansätze
- a) Die Ansätze sind vor allem unter Berücksichtigung des jüngsten Jahresabschlusses und der Ansätze des Vorjahres zu bewerten.
 - b) Erträge und Einzahlungen aus regelgebundenen Zuweisungen nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz sind durch Vergleich mit den Ansätzen des Vorjahres, unter Heranziehung der Gesetzesbegründung zum Sächsischen Finanzausgleichsgesetz und der Orientierungsdaten sowie ergangener Festsetzungsbescheide der nach dem Sächsischen Finanzausgleichsgesetz zuständigen Bewilligungsbehörden zu prüfen.
 - c) Die Rechtsaufsichtsbehörde prüft die Plausibilität der veranschlagten Erträge aus Steuern und Entgelten sowie die sonstigen Erträge und Einzahlungen unter Berücksichtigung der Orientierungsdaten. Sie hat insbesondere einzuschätzen, ob die von der Gemeinde veranschlagten Gebühren und Beiträge unter Berücksichtigung der der Rechtsaufsichtsbehörde vorliegenden Erkenntnisse, insbesondere zur Rechtmäßigkeit der Satzungen und Kalkulationen, im Haushaltsjahr als plausibel beurteilt werden können.
 - d) Die Höhe der veranschlagten nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge ist auf der Grundlage der in der Eröffnungsbilanz oder dem jüngsten Jahresab-

schluss ausgewiesenen Werte für das Sachanlagevermögen auf Plausibilität zu prüfen. Hierzu ist insbesondere die der Bilanz beizufügende Anlagenübersicht heranzuziehen.

- e) In die Plausibilitätsprüfung hinsichtlich der Ansätze im Finanzplanungszeitraum sind die geplanten Investitionen einzubeziehen.
- f) Sofern sich aus Sicht der Rechtsaufsichtsbehörde Zweifel an der Höhe der veranschlagten außerordentlichen Erträge und Einzahlungen aus Vermögensveräußerungen ergeben, soll die Gemeinde aufgefordert werden, die Veräußerbarkeit der Vermögensgegenstände und die Höhe der Veranschlagungen zu begründen.
- g) Die Rechtsaufsichtsbehörde prüft, ob Erträge und Einzahlungen aus Zuwendungen im Haushaltsplan bei bereits beantragten Zuwendungen unter Berücksichtigung der in den einschlägigen Fachförderrichtlinien festgelegten und voraussichtlich zu erwartenden Fördersätze sowie nach Bewilligung in tatsächlicher Höhe veranschlagt worden sind und ob im Finanzplan und dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm in den betreffenden Haushaltsjahren geplante oder bereits beantragte Zuwendungen in zu erwartender Höhe und bereits bewilligte Zuwendungen in tatsächlicher Höhe dargestellt sind.
- h) Bedarfszuweisungen nach Abschnitt 7 des Sächsischen Finanzausgleichsgesetzes dürfen, soweit sie nicht dem Grunde und der Höhe nach bereits gesetzlich bestimmt sind, im Haushaltsplan erst nach bestandskräftiger Bewilligung veranschlagt werden.
- i) Soweit Anzeichen dafür bestehen, dass Einstufung und Eingruppierung von Bediensteten nicht der jeweils tatsächlich ausgeübten Tätigkeit entsprechen, hat die Rechtsaufsichtsbehörde darauf hinzuwirken, dass die Gemeinde dies überprüft und gegebenenfalls korrigiert. Die darüber hinaus in Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 2 Buchstabe c genannten Kriterien sind zu beachten.
- j) Die Ansätze der im Finanzhaushalt zu veranschlagenden Auszahlungen für Investitionen sind daraufhin zu prüfen, ob die der Rechtsaufsichtsbehörde bekannten Fortsetzungsinvestitionen veranschlagt wurden.
- k) Die Gemeinde soll gegebenenfalls aufgefordert werden, die Folgekosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorzulegen.
- l) Sofern die Gemeinde für veranschlagte Einzahlungen aus Zuwendungen den Eigenfinanzierungsanteil offensichtlich nicht aufbringen oder eine Bewilligung der veranschlagten Zuwendungen ganz oder in dieser Höhe nicht erwarten kann, hat die Rechtsaufsichtsbehörde in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass diese Maßnahme so lange unterbleibt, bis die Finanzierung gesichert ist.
- m) Die Auszahlungen für Investitionen sollen gemäß § 9 Absatz 4 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung unter Berücksichtigung der Einzahlungen aus Zuwendungen durch Zahlungsmittel gedeckt sein.
- n) Die auf den Verpflichtungsermächtigungen beruhenden Auszahlungen müssen in der kommunalen Finanzplanung berücksichtigt sein.

- o) Die Rechtsaufsichtsbehörde hat zu prüfen, ob die Kreisumlage, die Finanzausgleichsumlage, die Umlagen für den Kommunalen Sozialverband Sachsen und den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen sowie die Umlagen an Zweckverbände und Verwaltungsgemeinschaften in der erforderlichen Höhe veranschlagt wurden.
- p) Die Rechtsaufsichtsbehörde prüft, ob Zuschüsse an kommunale Eigen- und Beteiligungsgesellschaften ausgewiesen wurden. Dies gilt insbesondere für ausgelagerte Aufgabenbereiche.
- q) Werden Einrichtungen, freie Träger, Vereine und dergleichen bereits über Jahre regelmäßig aus Haushaltsmitteln bezuschusst und ist die Gemeinde entschlossen, diese im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit weiter zu fördern, soll die Rechtsaufsichtsbehörde dies im Rahmen der Bewertung der Veranschlagung von Aufwendungen und Auszahlungen angemessen berücksichtigen, um das Fortbestehen dieser Einrichtungen einschließlich der Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter zu ermöglichen.
- r) Die Rechtsaufsichtsbehörde prüft die entlastende Wirkung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen auf den laufenden Haushalt sowie den Finanzplan.
5. Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde
- a) Führt eine dem Grunde oder der Höhe nach nicht sachgerechte Veranschlagung von Erträgen und Einzahlungen sowie Aufwendungen und Auszahlungen dazu, dass die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan nicht gesetzmäßig sind, hat die Rechtsaufsichtsbehörde zu prüfen, ob sie von ihrem Beanstandungsrecht Gebrauch macht oder ob durch andere geeignete rechtsaufsichtliche Maßnahmen, zum Beispiel die Anordnung eines Haushaltsstrukturkonzepts, ein gesetzmäßiger Haushaltsvollzug erreicht werden kann.
- b) Sofern die Rechtsaufsichtsbehörde beabsichtigt, die Haushaltssatzung zu beanstanden, die Genehmigung mit Nebenbestimmungen zu versehen oder Genehmigungen ganz oder teilweise zu versagen, soll der Gemeinde zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.
- c) Ist im Finanzplan erkennbar, dass der Ergebnishaushalt oder der Finanzhaushalt mittelfristig nicht mehr gesetzmäßig sind, hat die Rechtsaufsichtsbehörde in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, dass die Gemeinde präventiv die erforderlichen Maßnahmen ergreift.
- d) Ist im Finanzhaushalt unter der Position nach § 3 Absatz 1 Nummer 47 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung ein Bedarf an Zahlungsmitteln ausgewiesen, hat die Gemeinde darzulegen, wie sie die Zahlungsfähigkeit nach § 84 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung im Haushaltsjahr sicherstellen will. Sofern aufgrund der Höhe des Fehlbetrages zu erwarten ist, dass die Gemeinde auch bei Verwendung verfügbarer liquider Mittel aus Vorjahren ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, soll die Rechtsaufsichtsbehörde hierzu geeignete Hinweise in den Haushaltsbescheid aufnehmen.
- e) Sofern im Finanzplanungszeitraum in den einzelnen Jahren das Gesamtergebnis nach § 2 Absatz 1 Nummer 23 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung unter Berücksichtigung der Rücklagen, der Verrechnung gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 der Sächsischen

Gemeindeordnung und der Fehlbeträge aus Vorjahren sowie bei den Auszahlungen für die ordentliche Kredittilgung, dem Tilgungsanteil der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften und deren Deckungsmöglichkeiten nicht ausgeglichen ist oder ein negativer voraussichtlicher Bestand an liquiden Mitteln gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 55 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung ausgewiesen wird, ist durch geeignete rechtsaufsichtliche Maßnahmen auf eine Fortschreibung des Finanzplanes hinzuwirken.

IV.

Zu § 77 der Sächsischen Gemeindeordnung: Nachtragssatzung

Bei der Bestimmung der Erheblichkeit eines Fehlbetrages im Sinne des § 77 Absatz 2 Nummer 1 der Sächsischen Gemeindeordnung steht der Gemeinde ein weiter Beurteilungsspielraum zu. Insoweit existieren auch keine verbindlichen Vorgaben. Es ist vielmehr auf die jeweiligen Umstände des konkreten Einzelfalls, insbesondere die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde, abzustellen. Ein Fehlbetrag kann im Einzelfall bereits dann erheblich sein, wenn er in der Summe 3 bis 5 Prozent der gesamten ordentlichen Aufwendungen überschreitet.

V.

Zu § 78 der Sächsischen Gemeindeordnung: Vorläufige Haushaltsführung

1. Grundsatz

Es liegt im wohlverstandenen Interesse einer Gemeinde, wenn sie dem Grundsatz der Vorherigkeit Rechnung trägt und innerhalb der gesetzlichen Frist gemäß § 76 Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung die Haushaltssatzung beschließt. Nach dem Grundsatz der Jährlichkeit gelten die Haushaltssatzung sowie die in ihr enthaltenen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen nur für das laufende Haushaltsjahr. Hiervon gibt es für die Zeit bis zum Inkrafttreten der neuen Haushaltssatzung folgende Ausnahmen: § 21 Absatz 1 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung, § 81 Absatz 3, § 82 Absatz 3 und § 84 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung sowie der Stellenplan des Vorjahres. Die Weitergeltung dieser Festsetzungen des Vorjahres verhindert einen Stillstand bei der gemeindlichen Aufgabenerfüllung.

In der haushaltslosen Zeit gelten die Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung als spezielleres Recht gegenüber dem allgemeinen Haushaltsrecht.

Bei Gemeinden, die sich über mehrere Jahre in der vorläufigen Haushaltsführung befinden, ist das Kriterium der geordneten Haushaltswirtschaft regelmäßig nicht mehr gegeben.

2. Umfang der Aufgabenweiterführung

Die Gemeinde darf Aufwendungen oder Auszahlungen tätigen, zu denen sie privat- oder öffentlich-rechtlich verpflichtet ist. Derartige Verpflichtungen müssen entweder vor Beginn des Haushaltsjahres entstanden sein oder auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen. Die Gemeinde darf neue rechtliche Verpflichtungen nur zur Weiterführung notwendiger Aufgaben eingehen.

Aufwendungen oder Auszahlungen dürfen auch für die Weiterführung notwendiger Aufgaben getätigt werden, wenn

sie unaufschiebbar sind. Unaufschiebbar bedeutet im Regelfall eilbedürftig, so dass mit einer Verschiebung entweder gegen Haushaltsgrundsätze verstoßen würde oder für die Gemeinde ein materieller Schaden entstehen würde. Eine für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbare Aufwendung oder Auszahlung kann zum Beispiel in Betracht kommen bei Investitionen für Maßnahmen der Wiederherstellung, Erneuerung und Erstellung von Einrichtungen und Anlagen der infrastrukturellen Grundversorgung (vergleiche Anlage 1). In diesem Fall muss das Vorhaben im Finanzplan und im Investitionsprogramm enthalten sein.

Die Fortsetzung von Maßnahmen bedeutet allgemein, dass mit ihnen bereits vor der haushaltslosen Zeit begonnen worden ist. Bei Baumaßnahmen müssen also zumindest die Aufträge vergeben, bei Beschaffungen erste Teilleistungen erbracht worden sein.

Freiwillige Aufwendungen und Auszahlungen dürfen grundsätzlich nur dann begründet werden, wenn sie für die Weiterführung einer notwendigen Aufgabe unaufschiebbar sind; neue freiwillige Aufgaben, auch wenn sie unaufschiebbar sind, dürfen dagegen nicht übernommen werden.

Vereinen, Verbänden oder sonstigen Trägern, die Aufgaben im freiwilligen Bereich erfüllen und bereits seit mehreren Jahren mit Haushaltsmitteln der Gemeinde subventioniert werden, kann während der vorläufigen Haushaltsführung ausnahmsweise ein Zuschuss gewährt werden, wenn die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung absehbar von kurzer Dauer ist und durch den Haushaltsentwurf oder einen anderen Akt der gemeindlichen Willensbildung hinreichend glaubhaft gemacht ist, dass die Subventionierung fortgesetzt werden soll.

3. Kredite

Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung ist es zulässig, Kredite für Investitionen aufzunehmen, sofern die bestehende Kreditermächtigung im abgelaufenen Haushaltsjahr noch nicht vollständig verbraucht worden ist. Unter den Voraussetzungen des § 78 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung dürfen auch während der haushaltslosen Zeit Kreditaufnahmen nur zur Fortsetzung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen als Einzelkredite genehmigt werden, sofern das Vorhaben im Finanzplan des Vorjahres ausgewiesen ist. Dabei besteht ein Vorrang der Inanspruchnahme bestehender Kreditermächtigungen vor der Genehmigung der neuen Kreditaufnahme.

4. Kassenkredite

Die Möglichkeit, nach Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden Deckungsmittel und aller Möglichkeiten, Zahlungen hinauszuschieben, für Auszahlungen im Sinne des § 78 Absatz 1 Nummer 1 Halbsatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung Kassenkredite aufzunehmen, ist auf das der Haushaltsatzung unmittelbar folgende Jahr beschränkt. Die hierfür erforderliche Ermächtigung liegt in dem satzungsrechtlich festgesetzten Höchstbetrag des abgelaufenen Haushaltsjahres begründet, soweit dieser noch nicht vollständig in Anspruch genommen worden ist.

VI.

Zu § 80 der Sächsischen Gemeindeordnung: Finanzplanung

Der Finanzplan ist integrativer Bestandteil des Haushaltsplanes sowohl für den Gesamtergebnishaushalt und die Teilergebnishaushalte als auch den Gesamtfinanzhaushalt

und die Teilfinanzhaushalte. Während der Haushaltsplan für die Führung der Haushaltswirtschaft verbindlich ist und als Bestandteil der Haushaltssatzung selbst Satzungsqualität besitzt, entfaltet der Finanzplan keine Satzungsqualität. Er bildet für einen mittelfristigen Zeitraum die geplante Aufgabenerfüllung und den hierfür zur Verfügung stehenden finanziellen Handlungsspielraum einer Gemeinde ab. Der Finanzplan ist unentbehrliches Instrument für die Beurteilung der Prioritäten bei der kommunalen Aufgabenerfüllung und der daraus resultierenden mittelfristigen Entwicklung der haushaltswirtschaftlichen Lage einer Gemeinde.

Haushaltsplan und Finanzplan beeinflussen sich wechselseitig. Die Veranschlagungsgrundsätze sowie die Grundsätze zur Plausibilität und Bewertung der Haushaltsansätze gelten für die Finanzplanung entsprechend.

VII.

Zu § 81 der Sächsischen Gemeindeordnung: Verpflichtungsermächtigungen

Wenn gemeindliche Investitionen nur mehrjährig umsetzbar sind, soll die Jährlichkeit des Haushaltes nicht zu Einschränkungen im Zeitablauf der Anschaffung oder Herstellung von gemeindlichen Vermögensgegenständen führen. Zu diesem Zweck können im Teilfinanzplan der produktorientierten Teilpläne Verpflichtungsermächtigungen in Bezug auf die einzelnen Investitionen zulasten der drei dem Haushaltsjahr folgenden Haushaltsjahre veranschlagt werden. In Ausnahmefällen können die Verpflichtungsermächtigungen in zeitlicher Hinsicht auch bis zum Abschluss der Investitionsmaßnahme jahresbezogen veranschlagt werden. Soweit derartige Verpflichtungsermächtigungen in den Jahresspalten des Haushaltsplans nicht abgebildet werden können, sind diese im Haushaltsplan verbal zu erläutern, damit die notwendige Haushaltskontrolle gewährleistet bleibt. Die Gemeinde ist damit ermächtigt, im Rahmen ihrer Investitionstätigkeit bereits im Haushaltsjahr finanzielle Zusagen zulasten künftiger Haushaltsjahre zu machen. Verpflichtungsermächtigungen für die Geschäfte der laufenden Verwaltung sind nicht erforderlich.

Überplanmäßige oder außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen sind nur dann zulässig, wenn ein dringender Bedarf besteht. Das ist der Fall, wenn die Investition zum Beispiel aus Gründen der Eilbedürftigkeit unabweisbar ist und für die Gemeinde aufgrund faktischer oder rechtlicher Zwänge keine Alternativen (mehr) bestehen.

Die dauernde Leistungsfähigkeit darf durch die Verpflichtungsermächtigungen nicht gefährdet werden. Die Genehmigungsvoraussetzungen entsprechen denen einer Kreditaufnahme.

VIII.

Zu § 82 der Sächsischen Gemeindeordnung: Kreditaufnahmen

1. Begriff

Als Kredit wird allgemein das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung aufgenommene Geldkapital als endgültiges Deckungsmittel verstanden. Kassenkredite und innere Darlehen zählen nicht dazu. Kredite dürfen nicht für die Tilgung von Krediten (außer bei der Umschuldung), nicht für Kreditbeschaffungskosten, nicht für die Ansammlung liquider Mittel, nicht für Aufwendungen im Ergebnishaushalt und auch nicht für Geldanlagen aufgenommen werden.

2. Genehmigungsvoraussetzungen

- a) Voraussetzung für eine Kreditgenehmigung ist die Wahrung der Grundsätze einer geordneten Haushaltswirtschaft und die Gewährleistung der dauernden Leistungsfähigkeit. Insoweit wird auf Ziffer I Nummer 1 verwiesen. Sind die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht vereinbar, ist die Genehmigung regelmäßig zu versagen.
- b) Bestehen Bedenken an der erforderlichen dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde, kann eine Genehmigung nur nach Maßgabe geeigneter rechtsaufsichtlicher Maßnahmen, wie zum Beispiel der Anordnung eines Haushaltsstrukturkonzepts, erteilt werden, wenn die beantragte Kreditaufnahme
 - Maßnahmen, die zur Erfüllung der den Gemeinden übertragenen Aufgaben (§ 2 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung) unerlässlich sind,
 - Maßnahmen der Wiederherstellung, Erneuerung und Erstellung von Einrichtungen und Anlagen, die für die infrastrukturelle Grundversorgung erforderlich sind (vergleiche Anlage 1),
 - sonstigen unabwiesbaren Ersatz-, Fortsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen,
 - der Zwischenfinanzierung einer zugesagten Zuwendung oder der Finanzierung eines Vorhabens mit einem besonders hohen Fördersatz, wenn zu erwarten ist, dass die Folgekosten, insbesondere die Abschreibungen, gedeckt werden können, dient.
- c) Die Aufnahme von Krediten oder der Abschluss kreditähnlicher Rechtsgeschäfte in Fremdwährungen, der Abschluss von Verträgen über Kreditderivate, das heißt Finanzprodukte, durch die mit Krediten, Darlehen, Anleihen und vergleichbaren Aktiva verbundene Ausfallrisiken abgesichert werden, sowie spekulative Finanzgeschäfte sind generell unzulässig.
- d) Eine Kreditgenehmigung darf nicht allein aufgrund einer im Zeitpunkt der Beantragung der Kreditaufnahme bei der antragstellenden Gemeinde vorhandenen Liquiditätsreserve versagt werden. Der Subsidiaritätsgrundsatz des § 73 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung steht einer Kreditgenehmigung in diesen Fällen nicht grundsätzlich entgegen. Bei der Prüfung der Möglichkeit einer alternativen Finanzierung gegenüber einer Kreditaufnahme im Rahmen der Genehmigungsvoraussetzungen des § 82 der Sächsischen Gemeindeordnung ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinden gemäß § 84 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung gehalten sind, einen angemessenen Bestand an liquiden Mitteln vorzuhalten. Die Höhe der Liquiditätsreserve wird durch die Gemeinden eigenverantwortlich bestimmt. Soweit sie sich insoweit an der langfristigen Schwankungsbreite des Liquiditätsbestandes orientieren, ist dies sachgerecht. Schließlich können auch Wirtschaftlichkeitsaspekte vorliegen, die einer Kreditfinanzierung den Vorrang vor einer Finanzierung aus einer vorhandenen Liquiditätsreserve geben.

3. Investitionsbegriff

Das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten aufgenommene Kapital darf nur zur Finanzierung von Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung eingesetzt werden. Für die Zuordnung von Einzahlungen und Auszahlungen zur Investitionstätigkeit kommt es darauf an, ob die Zahlungsströme bei der Gemeinde vermögenswirksam sind, also der Veränderung des gemeindlichen Vermögens durch Anschaffung oder Veräußerung

von Vermögenswerten dienen. Hierunter fallen der Erwerb und die Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens und von sonstigen finanziellen Vermögenswerten, zum Beispiel die Anlage vorhandener Finanzmittelbestände in Wertpapieren oder der Erwerb von Grundstücken. Haushaltsrechtlich entscheidend ist, dass Auszahlungen als Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden und zu einem in der Bilanz aktivierbaren Vermögensgegenstand führen. Das bedeutet, nur in den Fällen eines bilanziellen Ansatzes können die von der Gemeinde zu leistenden Auszahlungen einer Investition zugeordnet werden. Wird dagegen kein neues gemeindliches Sachvermögen geschaffen, sind die von der Gemeinde geleisteten Zahlungen als Erhaltungs- oder Instandhaltungsaufwand zu qualifizieren. Dieser ist im Ergebnishaushalt zu veranschlagen und darf nicht mit Krediten finanziert werden.

Zu den gemeindlichen Investitionen zählt auch die Gewährung langfristiger Darlehen an gemeindliche Betriebe im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung, sofern die Kapitalhingabe der Stärkung des Eigenkapitals und nicht dem Verlustausgleich zu dienen bestimmt ist.

4. Zinsverbilligte Darlehen

Zinsverbilligte Darlehen im Rahmen von Förderprogrammen des Freistaates Sachsen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur Hochwasserschadensbeseitigung, zur energetischen oder energieeffizienten Sanierung, zur Reduzierung oder Beseitigung von Barrieren sowie zum Kita-Ausbau dürfen ausnahmsweise auch dann aufgenommen werden, wenn die Maßnahme als Erhaltungs- oder Instandhaltungsmaßnahme zu qualifizieren ist. Die Darstellung der Maßnahme im Haushalt ist unabhängig von der Kreditfinanzierung nach den allgemein geltenden Grundsätzen vorzunehmen. Die Kreditaufnahme ist auch dann im Finanzhaushalt zu veranschlagen, wenn diese zur Finanzierung einer Instandsetzungsmaßnahme dient.

5. Umschuldung

Die Gemeinde kann im Rahmen einer Umschuldung entweder einen neuen Kreditvertrag mit dem bisherigen Kreditgeber abschließen, sie kann aber auch den Kreditgeber wechseln. Umschuldung bedeutet, dass die noch bestehende Verbindlichkeit eines Kredites abgelöst wird, indem ein neuer Kredit in Höhe des Restbetrages der noch bestehenden Kreditverbindlichkeit abgeschlossen wird. Es können auch mehrere Einzelkredite zu einem Gesamtkredit zusammengefasst werden. Bei einer Umschuldung kommt keine Verlängerung der Laufzeit des ursprünglichen Kredites in Betracht. In der Regel dient eine Umschuldung der Optimierung von Kreditkonditionen.

Keine Umschuldung liegt vor, wenn das bestehende Vertragsverhältnis mit einer Zinsanpassung oder der Vereinbarung neuer Kündigungsrechte fortgesetzt wird. Unerhebliche Verlängerungen der Vertragslaufzeit sind gleichfalls nicht als Umschuldung zu werten.

Eine Umschuldung bei den typischen Fallkonstellationen (Wechsel des Kreditgebers bei einem noch laufenden Kreditvertrag gegen einen Ablösebetrag oder Änderung der Kreditkonditionen bei einem noch laufenden Kreditvertrag mit dem bisherigen Kreditgeber) ist dann zulässig, wenn in einer Gesamtschau die Gemeinde als Kreditnehmer einen Vorteil erhält. Bei der atypischen Fallkonstellation (Abschluss eines neuen Kreditvertrages nach Ablauf des ursprünglichen Kreditvertrages) ist die Umschuldung dann zulässig, wenn in einer Gesamtschau das wirtschaftlich günstigste Angebot ausgewählt wird.

6. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Das kreditähnliche Rechtsgeschäft begründet eine Zahlungsverpflichtung der Gemeinde, die wirtschaftlich einer Kreditaufnahme gleichkommt. Das Rechtsgeschäft muss also mit der Investitionstätigkeit der Gemeinde in Verbindung stehen. Insoweit kommt es auf die Prüfung des Einzelfalles an. Entscheidend sind nicht die formale Bezeichnung, sondern die wirtschaftlichen Auswirkungen des Rechtsgeschäfts. Diesen ist im Regelfall gemein, dass eine Gemeinde langfristige Leistungsverpflichtungen mit erheblichen wirtschaftlichen Belastungen für künftige Haushaltsjahre eingeht. Daher können insbesondere folgende Rechtsgeschäfte als kreditähnlich angesehen werden: Leasinggeschäfte, atypische langfristige Mietverträge ohne Kündigungsmöglichkeiten, wenn die Gemeinde ein eigentumsähnliches Recht erwirbt, Nutzungsüberlassungsverträge für Gebäude auf gemeindeeigenen Grundstücken, periodenübergreifende Stundungsabreden, Leibrentenverträge, Ratenkaufmodelle, ÖPP-Projekte.

Die Rechtsaufsichtsbehörden haben die Genehmigungsfähigkeit solcher Rechtsgeschäfte anhand des für die Genehmigung von Kreditaufnahmen anzulegenden Maßstabes zu beurteilen und bei bereits genehmigten Rechtsgeschäften gegebenenfalls darauf hinzuwirken, dass bestehende Verpflichtungen in die Haushalte eingestellt und durch liquide Mittel abgesichert werden. Bei der Haushaltsanalyse sind Risiken aus früher geschlossenen Verträgen zu berücksichtigen. Die nach Ablauf der Vertragslaufzeit anfallenden Belastungen müssen ebenfalls betragsmäßig erfasst und dargestellt werden, da ansonsten die Finanzlage einer Gemeinde nicht zutreffend bewertet werden kann. Die gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur kommunal- und haushaltsrechtlichen Beurteilung von Investorenvorhaben im kommunalen Bereich sowie die Kommunalfreistellungsverordnung vom 12. Dezember 1996 (SächsGVBl. S. 499), die zuletzt durch die Verordnung vom 19. April 2015 (SächsGVBl. S. 375) geändert worden ist, sind zu beachten.

Hinsichtlich der Gemeinden, deren Unternehmen Cross-Border-Leasing-Verträge abgeschlossen haben, wird auf die VwV CBL-Vertragscontrolling vom 19. Februar 2010 (SächsABl. S. 534), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 24. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 243), in der jeweils geltenden Fassung, verwiesen.

IX.

Zu § 83 der Sächsischen Gemeindeordnung: Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte

1. Grundsatz

Mit der Bestellung von Sicherheiten zugunsten Dritter übernimmt die Gemeinde ein wirtschaftliches Risiko für fremde Interessen, ohne dass einer derartigen Bestellung eine entsprechende Gegenleistung oder ein Vermögenszuwachs bei der Gemeinde gegenübersteht. Daher enthält die Sächsische Gemeindeordnung aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und zur Sicherung der künftigen Haushaltswirtschaft ein Verbot der Bestellung von Sicherheiten zugunsten Dritter.

2. Ausnahmen

Dieses Verbot wird gemäß § 83 Absatz 1 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung dahingehend modifiziert, dass die Rechtsaufsichtsbehörde hiervon im Einzelfall

Ausnahmen zulassen kann. Insoweit liegt ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt vor. Voraussetzung für eine Erlaubnis ist jedoch, dass für die Bestellung der Sicherheiten ein dringendes Interesse der Gemeinde vorliegen muss und diese der kommunalen Aufgabenerfüllung dient. Außerdem muss das Risiko für die Gemeinde kalkulierbar sein. Eine Ausnahme von dem gesetzlichen Verbot der Bestellung von Sicherheiten zugunsten Dritter stellt die Übernahme einer Bürgschaft oder eines Gewährvertrages dar, die gemäß § 83 Absatz 2 und 3 der Sächsischen Gemeindeordnung einer besonderen Genehmigung bedarf.

3. Übernahme von Bürgschaften und Gewährverträgen

Wegen des Risikos für den Gemeindehaushalt dürfen derartige Rechtsgeschäfte nur abgeschlossen werden, wenn das Risiko wirtschaftlich tragbar ist und die Übernahme unmittelbar der gemeindlichen Aufgabenerfüllung dient. Die Gemeinde darf daher keine selbstschuldnerische Bürgschaft (§ 773 Absatz 1 Nummer 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) übernehmen, weil bei einem Ausfall des Schuldners die Gemeinde durch den Gläubiger des Dritten unmittelbar zur Forderungsbefriedigung herangezogen werden kann. Die Gemeinde darf daher regelmäßig nicht auf die Einrede der Vorausklage verzichten und sich nicht als Selbstschuldner verbürgen. Die Gemeinde hat grundsätzlich die Bürgschaftsform zu wählen, die für sie nur ein geringes Risiko beinhaltet. In Betracht kommen könnte zum Beispiel eine sogenannte modifizierte Ausfallbürgschaft, durch die der Bürge nach Ablauf einer bestimmten Zeit für den bis dahin nicht ausgeglichenen Ausfall einzutreten hat. Die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind gleichwohl stets sorgfältig zu prüfen und abzuwägen. Je höher das Risiko der Inanspruchnahme ist, desto gründlicher müssen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde sowie deren Fähigkeit zu dauerhaften Aufgabenerfüllung analysiert werden. Ein gegebenenfalls erforderlicher Beschluss des Gemeinderates muss die beabsichtigte Bürgschaft auch hinsichtlich einer etwaigen Modifikation abdecken. Bürgschaften dürfen nicht übernommen werden, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit mit der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft gerechnet werden muss. Soweit sich auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde eine Bürgschaftsübernahme aufgrund des Risikos haushaltsmäßig nicht darstellen lässt, ist die Genehmigung zu versagen. Die Gemeinde hat ferner in eigener Verantwortung, gegebenenfalls unter Hinzuziehung fachlich versierter Berater, zu prüfen, ob durch die Bürgschaftsübernahme das europäische Beihilferecht tangiert wird.

Bei der Übernahme von Bürgschaften zugunsten ihrer kommunalen Betriebe soll eine Gemeinde darauf achten, dass die Bürgschaftssumme die gemeindliche Beteiligung an dem Betrieb nicht überschreitet. Soweit eine Bürgschaftsübernahme allein dazu dient, den Betrieb vor der Insolvenz zu bewahren, ist sie regelmäßig nicht Teil der kommunalen Aufgabenerfüllung.

4. Übernahme von Verpflichtungen aus Gewährverträgen

Bei einer Gewährleistung ist der Schuldner verpflichtet, den Gläubiger so zu stellen, als wäre der mögliche Erfolg eingetreten oder ein Schaden nicht entstanden. Hierzu gehören Rechtsgeschäfte wie zum Beispiel die Haftungsübernahme, die Patronatserklärung, die Erwerbsverpflichtung und das Garantieverprechen. Derartige Rechtsgeschäfte sind genehmigungsfähig, wenn die Gemeinde finanziell in der Lage ist, die hieraus übernommenen Risiken zu tragen, ohne die stetige Aufgabenerfüllung zu gefährden. Schließlich muss der Abschluss eines solchen Vertrages der kommunalen Aufgabenerfüllung dienen.

5. Übernahme von sonstigen Rechtsgeschäften

Erfüllungsübernahmen, Schuldübernahmen, Schuldbeiträge, Patronatserklärungen mit Rechtsbindungswillen, Wechselbürgschaften und Ausbietungsgarantien sind Rechtsgeschäfte, die Gewähr- oder Bürgschaftsverträgen wirtschaftlich gleichkommen. Für deren Genehmigungsfähigkeit gelten die unter den Nummern 3 und 4 genannten Grundsätze.

X.

Zu § 84 der Sächsischen Gemeindeordnung: Kassenkredite

1. Begriff

Die gesetzliche Verpflichtung, die rechtzeitige Leistung der Auszahlungen sicherzustellen, bringt es mit sich, dass eine Gemeinde berechtigt ist, bei Bedarf und zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen im notwendigen Umfang ihre Zahlungsmittel durch Kredite temporär zu verstärken. Diese unterliegen als kassenmäßige Verstärkungsmittel einer gesonderten Festsetzung in Form eines Höchstbetrages in der gemeindlichen Haushaltssatzung. Kredite zur Liquiditätssicherung sind keine Einnahmen aus Krediten. Die Gemeinde nimmt die Kredite zur Liquiditätssicherung eigenverantwortlich als Darlehen im Sinne des Privatrechts auf, um vorübergehend bestehende Zahlungsengpässe zu überbrücken. Bei diesen kurzfristigen Krediten wird regelmäßig zwischen Festbetragskrediten und Kontokorrentkrediten unterschieden. Der kurzfristige Liquiditätsbedarf einer Gemeinde kann aber auch über Tagesgeldaufnahmen befriedigt werden. Kredite zur Liquiditätssicherung werden von der Gemeinde wegen ihrer mangelnden Zahlungsfähigkeit und nicht wegen eines Fehlbetrages in der gemeindlichen Ergebnisrechnung aufgenommen. Es besteht daher kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Sicherung der Zahlungsfähigkeit durch einen Kassenkredit und den im Haushaltsjahr veranschlagten Erträgen und Aufwendungen. Ein negativer Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan macht jedoch deutlich, dass die Gemeinde im Haushaltsjahr kassenmäßige Verstärkungsmittel temporär zur Aufrechterhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit benötigt, was als Einschränkung ihrer dauernden Leistungsfähigkeit gewertet werden kann.

2. Zulässigkeitsvoraussetzungen

- a) Bei der Gemeinde muss zum Zahlungszeitpunkt ein konkreter Bedarf zur Leistung von Auszahlungen bestehen, für die vorübergehend keine alternativen Finanzmittel zur Verfügung stehen. Ob bestehende Geldanlagen oder andere Liquiditätsreserven vorrangig in Anspruch zu nehmen sind, ist unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten zu entscheiden. Eine vorhandene Liquiditätsreserve steht der Kassenkreditaufnahme grundsätzlich nicht entgegen. Der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag darf im Zahlungszeitpunkt noch nicht ausgeschöpft sein.
- b) Die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen des Höchstbetrages ist ein Geschäft der laufenden Verwaltung, für das der Bürgermeister zuständig ist. Da strikt zwischen temporären Krediten im Kassenbereich und solchen im Deckungsbereich unterschieden wird, können bestehende Kassenkredite auch nicht in langfristige Darlehen umgewandelt werden. Sofern die Rechtsaufsichtsbehörde davon Kenntnis hat, dass der vorübergehende Kreditbedarf ganz oder teilweise auf nicht rechtzeitig eingeleiteten Einzugsmaßnahmen beruht, kann die Genehmigung des Höchstbetrages versagt oder

nur teilweise oder unter Nebenbestimmungen erteilt werden. Die Genehmigung ist im Regelfall zu versagen, wenn die Kassenkreditaufnahme dazu führen würde, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu verzögern oder eine Beitreibung zum Beispiel von Kommunalabgaben ohne sachlichen Grund hinauszuschieben. Kassenkredite, mit denen nicht nur vorübergehend bestehende Zahlungsengpässe überbrückt werden sollen, sind nur nach Maßgabe rechtsaufsichtlich verfügter Maßnahmen zulässig.

- c) Unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit kann auch bei Kassenkrediten eine Umschuldung nach Maßgabe der Regelungen unter Ziffer VIII Nummer 4 in Betracht kommen, wenn trotz kurzfristiger Laufzeiten die neuen Konditionen für die Gemeinde günstiger sind als die des abzulösenden Kredites. Die Gemeinde kann im Rahmen einer Umschuldung einen neuen Vertrag mit dem Kreditgeber abschließen, sie kann aber auch den Kreditgeber wechseln. Im Zuge einer solchen Umschuldung kann also eine neue Kassenkreditverpflichtung zur Begleichung einer bereits bestehenden Kassenkreditverpflichtung eingegangen werden. Demgemäß wird auch das Volumen der Verbindlichkeiten nicht verändert, sondern es werden lediglich die Kassenkreditkonditionen angepasst.

XI.

Zu § 85 der Sächsischen Gemeindeordnung: Rücklagen

1. Allgemein
 - a) Die in § 51 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe b der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung abschließend genannten Rücklagen sind Teil der Kapitalposition in der Vermögensrechnung. Doppische Rücklagen haben keine Liquiditätssicherungsfunktion, sondern werden im Rahmen der Ergebnisrechnung gebildet oder aufgelöst.
 - b) Die Deckung eines Fehlbetrages im Ergebnishaushalt oder in der Ergebnisrechnung hat stets Vorrang vor der Rücklagenzuführung. Soweit Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses oder des Sonderergebnisses nicht zur Fehlbetragsdeckung benötigt werden, sind diese zwingend Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses oder des Sonderergebnisses zuzuführen.
2. Sonderfälle

Kapitalzuschüsse sind im Unterschied zu Ertragszuschüssen gemäß § 36 Absatz 7 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung direkt dem Basiskapital zuzuführen oder bis zu ihrer zweckgerechten Verwendung als Rücklage aus nicht ertragswirksam aufzulösenden Zuwendungen zu verbuchen. Für investive Schlüsselzuweisungen sind hingegen Sonderposten für erhaltene investive Zuwendungen zu bilden und ertragswirksam aufzulösen.

XII.

Zu § 85a der Sächsischen Gemeindeordnung: Rückstellungen

1. Bedeutung

Die Bildung von Rückstellungen für Verpflichtungen, deren Eintritt dem Grunde nach zu erwarten ist, deren Höhe und Fälligkeit jedoch ungewiss, aber dennoch hinreichend

sicher sind, und deren wirtschaftliche Ursache bereits vor dem Abschlussstichtag eingetreten ist, gehört zur periodengerechten Erfassung des vollständigen Ressourcenverbrauchs. Die Rückstellungsbildung wird im Rahmen des Jahresabschlusses in der Ergebnisrechnung als Aufwand erfasst; die Rückstellungen selbst werden in der Bilanz passiviert. Sie sind Teil des Fremdkapitals.

2. Rechtspflicht

Die Gemeinde ist grundsätzlich zur Bildung von Rückstellungen für die in § 41 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung aufgezählten Sachverhalte verpflichtet. Rückstellungen können zu bilden sein, wenn die Gemeinde gegenüber einem Dritten eine rechtliche oder faktische Verbindlichkeit zu erfüllen hat (Verbindlichkeitsrückstellung) oder wenn eine solche Verpflichtung im Innenverhältnis, also gegenüber der Gemeinde selbst, besteht (Aufwandsrückstellung).

3. Berechnung

Die Ermittlung des Rückstellungsbetrages ist auf die künftige Erfüllung der bestehenden Verpflichtung auszurichten. Mögliche allgemeine Entwicklungen und Ereignisse, die sich auf den Verpflichtungsbetrag auswirken könnten (zum Beispiel Preis- und Kostensteigerungen), sind bereits zum Abschlussstichtag bei der Rückstellungsbildung zu berücksichtigen.

XIII.

Zu § 88a der Sächsischen Gemeindeordnung: Eröffnungsbilanz

An die Eröffnungsbilanz, die aus Anlass der Umstellung auf die kommunale Doppik aufzustellen ist (§ 88a Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung), und die Eröffnungsbilanzen aus Anlass einer Änderung des Gemeindegebiets (§ 88a Absatz 1 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung) werden unterschiedliche Anforderungen gestellt. Dabei dürfen für die Eröffnungsbilanzen aus Anlass einer Änderung des Gemeindegebiets weitreichende Erleichterungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden. Eine Neubewertung des kommunalen Vermögens und der Schulden ist in diesen Fällen ausdrücklich nicht erforderlich. Vielmehr dürfen die im letzten Jahresabschluss ausgewiesenen Buchwerte übernommen und dann auf Basis einer einheitlichen Bewertungsrichtlinie fortgeschrieben werden. Ferner erfolgt die überörtliche Prüfung dieser Eröffnungsbilanzen nicht unmittelbar im Anschluss an deren Feststellung, sondern im Rahmen der turnusmäßigen Prüfung gemäß § 109 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung.

XIV.

Zu § 88b der Sächsischen Gemeindeordnung: Gesamtabschluss

1. Bedeutung

Der Gesamtabschluss dient dazu, Risiken und negative Folgen für die gemeindliche Haushaltswirtschaft, die sich aus einer Verlagerung kommunaler Aufgaben in die öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Betriebe einer Gemeinde ergeben können, transparent zu machen. Nur deren vollständige Einbeziehung in den Gesamtabschluss ermöglicht und sichert eine zutreffende Darstellung der wirtschaftlichen Gesamtlage der Gemeinde. Der Gesamtabschluss stellt damit die aussagekräftige und steuerungsrelevante

Informationsbasis dar, um als Gemeinde zukunftsorientiert und wirtschaftlich handeln zu können.

2. Befreiungen

a) Die Gemeinde kann bei der Aufstellung des Gesamtabchlusses auf die Konsolidierung einzelner Aufgabenträger verzichten, wenn diese für das den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- Der auf die Gemeinde entfallende Anteil der ordentlichen Erträge des einzelnen Aufgabenträgers beträgt nicht mehr als 5 Prozent der Summe der (nicht konsolidierten) ordentlichen Erträge sämtlicher Aufgabenträger und der Gemeinde.
- Der auf die Gemeinde entfallende Anteil der Bilanzsumme des einzelnen Aufgabenträgers beträgt nicht mehr als 5 Prozent der Summe der (nicht konsolidierten) Bilanzsummen sämtlicher Aufgabenträger und der Gemeinde.

Maßgeblich sind jeweils die Verhältnisse am Abschlussstichtag.

b) Die Gemeinde hat die Voraussetzungen für den Verzicht auf die Konsolidierung einzelner Aufgabenträger zu jedem Abschlussstichtag neu zu prüfen.

3. Verfahren

a) Es ist der Gemeinde freigestellt, auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses zu verzichten. Für den Verzicht ist ein Beschluss des Gemeinderats erforderlich. Der Beschluss soll im Zusammenhang mit dem Beschluss über die Haushaltssatzung gefasst werden und sich auf den Gesamtabchluss des jeweiligen Haushaltsjahres beziehen. Der Beschluss ist der Rechtsaufsichtsbehörde anzuzeigen. Die Aufstellung des Gesamtabchlusses und seine Bestätigung durch den Gemeinderat sind gesetzlich bestimmten Fristen unterworfen. Diese bilden nicht nur eine Grenze für den Abschluss der örtlichen Arbeiten, sondern sie bezwecken zugleich, dass im Rahmen des jährlich wiederkehrenden Haushaltskreislaufs der Gemeinderat frühzeitig durch einen aktuellen Gesamtabchluss über die haushaltswirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde informiert wird.

b) In den Fällen, in denen ein Gesamtabchluss nicht fristgerecht festgestellt worden ist, hat die Gemeinde ihre Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich zu unterrichten. In dem Bericht hat sie die Gründe für das Versäumnis anzugeben und aufzuzeigen, welchen Verfahrensstand die Aufstellung des Gesamtabchlusses hat. Gleichzeitig hat die Gemeinde zu berichten, wann die Feststellung durch den Gemeinderat vorgesehen ist und bis zu welchem Zeitpunkt die Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachgeholt wird. Die Rechtsaufsichtsbehörde sollte in jedem Anzeigeverfahren eine Rückäußerung an die Gemeinde geben.

XV.

Zu § 88c der Sächsischen Gemeindeordnung: Aufstellung und ortsübliche Bekanntgabe des Abschlusses

Die in § 88a Absatz 1 Satz 1 und § 88c Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung geregelten Fristen zur Auf- und Feststellung von Eröffnungsbilanzen sowie Jahresabschlüssen und Gesamtab schlüssen begründen für die Gemeinden eine Rechtspflicht, deren Einhaltung von den Rechtsaufsichtsbehörden sicherzustellen ist. Sie wirken da-

her darauf hin, dass die Gemeinden die insoweit noch ausstehenden Auf- und Feststellungen in einem angemessenen Zeitraum nachholen. Hierzu sollen die konkreten Termine zwischen der Gemeinde und der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde (zum Beispiel durch Zielvereinbarung oder Ähnliches) individuell schriftlich vereinbart werden.

XVI.

Zu § 89 der Sächsischen Gemeindeordnung: Erwerb und Verwaltung von Vermögen, Wertansätze

1. Allgemein

Die Gemeinden haben eigenverantwortlich zu prüfen und zu entscheiden, wie sie ihr Geld anlegen. Die Abwägung der hierbei zu berücksichtigenden wirtschaftlichen Folgen und die sich hieraus ergebende Entscheidung sollten bei komplexeren Produkten keinesfalls ohne die Beiziehung juristischer und wirtschaftlicher Sachverständiger getroffen werden, die die erforderliche finanzwirtschaftliche Expertise besitzen. Die Gemeinden treffen die Entscheidungen über die Anlage von Kapital im Rahmen der zur kommunalen Selbstverwaltung gehörenden Finanzhoheit in eigener Verantwortung. So können sie beispielsweise nach eigenem Ermessen Finanzanlagen im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsweise abschließen, sofern dies mit den Regelungen der Sächsischen Gemeindeordnung und ihrer untergesetzlichen Vorschriften vereinbar ist. Der konkreten Auswahlentscheidung liegen im Regelfall Zweckmäßigkeitserwägungen zugrunde, die einer weiteren rechtsaufsichtlichen Reglementierung nicht zugänglich sind.

2. Grundsätzliche Hinweise

- a) Bei Geldanlagen ist der hinreichenden Sicherheit Vorrang gegenüber der Ertragserzielung einzuräumen. Hinreichende Sicherheit erfordert, dass der Substanzwert der Anlage erhalten wird und am Ende der Anlagezeit ungeschmälert zur Verfügung stehen muss. Es werden Geldanlagen gemäß § 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuchs empfohlen. Die Möglichkeiten der Ertragserzielung am Geldmarkt sind sorgfältig zu prüfen. Bei der grundsätzlich im Ermessen der Gemeinde stehenden Entscheidung, ob nicht benötigte liquide Mittel zur vorzeitigen Kredittilgung verwendet oder angelegt werden sollen, sind neben dem Renditeunterschied zwischen Anlagezins und ersparten Zinsaufwendungen auch zu erbringende Vorfälligkeitsentschädigungen sowie sonstige Möglichkeiten der Aufwandsreduzierung und Ertragssteigerung gegeneinander abzuwägen und zu dokumentieren.
- b) Unabhängig von der gegenwärtigen Zinsentwicklung ist auf eine hinreichende Sicherheit der Geldanlage auch dann zu achten, wenn kein angemessener Ertrag erzielt werden kann. Substanzschmälernde Zahlungen (Negativzinsen, Verwahrentgelte und ähnliches) stellen keinen Verstoß gegen § 89 der Sächsischen Gemeindeordnung dar, wenn sie auch durch ein entsprechendes Finanzmanagement (Verhinderungsstrategie) nicht hätten vermieden werden können.
- c) Bei Sichteinlagen (Girokonten, Tagesgeldkonten) ist aufgrund der fehlenden Einlagensicherung für Gemeinden die Bonität der Kreditinstitute regelmäßig zu überprüfen.
- d) Geldanlagen in Fremdwährungen sowie der Einsatz von Finanzderivaten im Zusammenhang mit Geldanlagen sind nicht zulässig.

3. Zulässigkeit interkommunaler Darlehen

Interkommunale Darlehen sind im Regelfall Darlehen im Sinne des § 82 der Sächsischen Gemeindeordnung, bei denen sowohl der Darlehensgeber als auch der Darlehensnehmer jeweils eine Kommune ist. § 2 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit gilt entsprechend.

Die Zulässigkeit dieser Darlehen richtet sich nach folgenden Kriterien:

Eine Kreditvergabe muss im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gemeinde notwendig sein und darf nicht deren dauernde Leistungsfähigkeit gefährden. Insbesondere in folgenden Fallkonstellationen ist davon auszugehen, dass die Kreditvergabe einer öffentlichen Aufgabe dient:

- Darlehen zwischen Zweckverbänden,
- Darlehen zwischen einem Zweckverband und seinen Mitgliedsgemeinden,
- Darlehen zwischen einer Gemeinde und einer Nachbargemeinde,
- Darlehen eines Landkreises an eine Gemeinde innerhalb des Kreisgebiets.

Soweit die Kreditvergabe der öffentlichen Aufgabenerfüllung dient, handelt es sich nicht um ein Bankgeschäft im Sinne des Kreditwesengesetzes.

Andere Fallkonstellationen (zum Beispiel Darlehen einer Gemeinde an ihre Sondervermögen und von ihr beherrschte Unternehmen) bedürfen grundsätzlich einer Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes, sofern das Darlehen gewerbsmäßig abgeschlossen wird. Gewerbsmäßigkeit setzt eine gewisse Dauer und die Absicht der Gewinnerzielung voraus. Eine Gewinnerzielungsabsicht liegt auch bei einem zinslos gewährten Darlehen vor, wenn es der kreditvergebenden Gemeinde lediglich darum geht, Aufwendungen für Verwahrentgelte beziehungsweise Negativzinsen zu vermeiden.

Erlaubnisfreiheit besteht auch dann, wenn das Konzernprivileg (§ 2 Absatz 1 Nummer 7 des Kreditwesengesetzes) anwendbar ist. Das ist der Fall, wenn die Gemeinde auf das Mutter- oder Tochterunternehmen einen beherrschenden Einfluss im Sinne von § 290 des Handelsgesetzbuchs ausübt. In diesem Fall liegt kein erlaubnispflichtiges Bankgeschäft im Sinne des § 32 des Kreditwesengesetzes vor.

Anders verhält es sich, wenn der beherrschende Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen fehlt. In diesen Fällen ist jeweils zu prüfen, ob eine bankrechtliche Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes erteilt werden kann. Wird sie versagt, ist das Bankgeschäft gemäß § 94a Absatz 6 der Sächsischen Gemeindeordnung verboten.

Die haushaltsrechtlichen Bestimmungen bleiben hiervon unberührt.

XVII.

Zu § 92 der Sächsischen Gemeindeordnung: Treuhandvermögen

Die Ausführungen zum Zins- und Schuldenmanagement gemäß Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 1 Buchstabe d und zu spekulativen Finanzgeschäften gemäß Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 3 gelten für Treuhandvermögen im Sinne des § 92 der Sächsischen Gemeindeordnung entsprechend.

B.
**Hinweise zur Erteilung gemeindewirtschaftlicher
Stellungnahmen bei Zuwendungsanträgen**

I.
Grundsatz

1. Soweit dies im jeweiligen Förderverfahren vorgesehen ist, erstellen die Rechtsaufsichtsbehörden auf Antrag innerhalb von vier Wochen nach Eingang der vollständigen Unterlagen eine gemeindewirtschaftliche Stellungnahme. Die Vollständigkeit der eingereichten Antragsunterlagen ist innerhalb von zwei Wochen nach deren Eingang zu prüfen. Unvollständige Unterlagen sind unverzüglich zurückzugeben. In diesem Fall ist der Fristlauf nach Satz 1 gehemmt.
2. Gemeindewirtschaftliche Stellungnahmen beinhalten lediglich eine fachliche Einschätzung/Bewertung mit prognostischen Elementen durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Sie sind keine Verwaltungsakte, sondern Mitwirkungsakte im Förderverfahren ohne unmittelbare Außenwirkung. Sie sind deshalb durch die Rechtsaufsichtsbehörde unwiderruflich, unbefristet und unbedingt auszustellen.
3. Die Rechtsaufsichtsbehörden bewerten im Wege einer Plausibilitäts- und Prognoseprüfung, inwieweit die Gemeinde unter Berücksichtigung der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Situation, des Investitionsprogramms, der mittelfristigen Entwicklung ihrer Erträge und Einzahlungen sowie ihrer Verschuldungsfähigkeit in der Lage ist, die erforderlichen Eigenmittel für die Finanzierung der beantragten Maßnahme aufzubringen und unter Berücksichtigung der Folgekosten den Haushalt auszugleichen.
4. Bei dieser Prüfung sollen auch die Auswirkungen der mittel- und langfristig prognostizierten Bevölkerungsentwicklung auf die beantragte Maßnahme summarisch geprüft werden, soweit dies relevant ist.

II.
Verfahren

1. Dem Antrag sind insbesondere folgende Unterlagen beizufügen:
 - der Zuwendungsantrag,
 - zusätzliche Angaben nach Maßgabe der jeweiligen Fachförderrichtlinie,
 - eine Übersicht zur beantragten Fördermaßnahme nach Anlage 3,
 - ein Nachweis der Prüfung anderer Realisierungsvarianten,
 - Wirtschaftlichkeitsberechnungen,
 - die Angabe, ob die Maßnahme der freiwilligen oder pflichtigen Aufgabenerfüllung dient,
 - Folgekostenberechnungen.
2. Die Rechtsaufsichtsbehörden können bei Bedarf weitere geeignete Unterlagen wie zum Beispiel Gutachten, Grundsatzbeschlüsse des Beschlussorgans, Berichte zur Erforderlichkeit der Maßnahme, Bauzeitpläne oder Angaben zum Realisierungszeitpunkt sowie Berichte über die Auswirkungen auf Nachbargemeinden vom Antragsteller anfordern.
3. Der Nachweis für die Prüfung anderer Realisierungsvarianten sowie die erforderlichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen sind auf das Notwendigste zu beschränken.

III.
Beurteilungskriterien

1. Eine positive gemeindewirtschaftliche Stellungnahme kann unter den Voraussetzungen einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt werden, wenn die beantragte Maßnahme nach den Grundsätzen einer leistungsfähigen, sparsamen und wirtschaftlichen Verwaltung geplant ist und ihre Finanzierung und die zu erwartenden Folgekosten die Leistungskraft der Gemeinde und ihrer Abgabepflichtigen nicht übersteigen. Die Rechtsaufsichtsbehörden prüfen in diesem Kontext die Plausibilität der vorgelegten Unterlagen unter Zugrundelegung des Haushaltsplanes und seiner Bestandteile sowie des Finanzplanes und des Investitionsprogramms, ferner der Angaben zu den finanziellen Verhältnissen.
2. Aus den vorzulegenden Unterlagen muss sich insbesondere ergeben, wie hoch die Gesamtauszahlungen sind und welche Auszahlungen im laufenden Haushaltsjahr und in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich anfallen werden. Das geplante Vorhaben muss daher Bestandteil des Haushaltsplanes, des Finanzplanes und des maßnahmenbezogenen Investitionsprogramms oder der Übersicht über die im Ergebnishaushalt zu veranschlagenden Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gemäß § 1 Absatz 3 Nummer 6 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung sein, soweit nicht seine Finanzierung durch über- oder außerplanmäßige Erträge oder Einzahlungen, übertragene Haushaltsermächtigungen oder andere Deckungsmittel sichergestellt werden kann. Die voraussichtlich anfallenden Folgekosten (zum Beispiel Unterhaltungs- und Instandsetzungskosten, Personalkosten, Kapitaldienst) sind sorgfältig zu ermitteln und gegebenenfalls zu schätzen.
3. Ist das Vorhaben nicht im Haushaltsplan, im Finanzplan oder in einem maßnahmenbezogenen Investitionsprogramm berücksichtigt oder kann seine Finanzierung nicht durch über- oder außerplanmäßige Erträge oder Einzahlungen, übertragene Haushaltsermächtigungen oder andere Deckungsmittel sichergestellt werden, darf eine positive gemeindewirtschaftliche Stellungnahme nur erteilt werden, wenn die Gemeinde nachweist, dass sie in der Lage ist, den Eigenanteil anderweitig zu erbringen, und wenn die Finanzierung der Folgeaufwendungen gesichert ist. Als Nachweis der Finanzierung ist zumindest ein Grundsatzbeschluss des zuständigen Organs der Gemeinde vorzulegen, mit dem die fehlenden Angaben zweifelsfrei bestätigt werden. In begründeten Ausnahmefällen, zum Beispiel bei besonderer Eilbedürftigkeit einer Investition, reicht zunächst die Verpflichtungserklärung des Bürgermeisters aus, dass der Gemeinderatsbeschluss unverzüglich nachgeholt und vorgelegt wird.
4. Weitere Konkretisierungen können sich aus den jeweiligen Förderrichtlinien ergeben.

C.
Berichtswesen

I.
Frühwarnsystem

Das Staatsministerium des Innern betreibt ein Frühwarnsystem, um die dauernde Leistungsfähigkeit der kommunalen Haushalte und Zweckverbände anhand entsprechender Kennziffern zu bewerten und finanziellen Schieflagen früh-

zeitig begegnen zu können. Die Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände sowie die Rechtsaufsichtsbehörden sind gemäß § 113 der Sächsischen Gemeindeordnung verpflichtet, an der Erfassung und Bewertung der Daten mitzuwirken. Unmittelbar nach Inkrafttreten der jeweiligen Haushaltspläne der Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände sind die Daten durch die Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände einzupflegen und durch die Rechtsaufsichtsbehörden zu bestätigen. Die Daten sind anlassbezogen (zum Beispiel aufgrund einer Nachtragssatzung) zu aktualisieren. Mit dem technischen Betrieb des Frühwarnsystems ist der Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste beauftragt.

II.

Dienstbesprechungen zu rechtsaufsichtlichen Problemfällen

1. Die Landesdirektion Sachsen führt unter Beteiligung des Staatsministeriums des Innern mit den Landratsämtern im Regelfall einmal jährlich eine Dienstbesprechung zur aktuellen Haushaltssituation der kreisangehörigen Gemeinden und Zweckverbände auf der Basis der Daten des Frühwarnsystems durch. Bei dieser Gelegenheit soll die Haushaltslage insbesondere der Gemeinden erörtert werden, die nach dem Frühwarnsystem der Bewertungskategorie D zugeordnet sind. Zur Vorbereitung der Dienstbesprechung legt das Landratsamt zwei Wochen vor dem Besprechungstermin auf der Basis aktueller Zahlen und Daten einen vorläufigen Bericht nach den Vorgaben eines Musterberichts, den das Staatsministerium des Innern per Rundschreiben veröffentlicht, der Landesdirektion Sachsen sowie dem Staatsministerium des Innern vor. Dieser beschränkt sich auf diejenigen Gemeinden und Zweckverbände, die Gesprächsgegenstand sein sollen. Im Verlauf der Besprechung entscheidet es sich dann, welche Kommunen in den Bericht tatsächlich aufgenommen werden. Die Landesdirektion dokumentiert die wesentlichen Besprechungsergebnisse im Hinblick auf relevante Sachverhaltsfeststellungen, rechtliche Bewertungen und weitere Agenden und legt den insoweit überarbeiteten Bericht vier Wochen nach dem Besprechungstermin dem Landratsamt sowie dem Staatsministerium des Innern vor. Soweit sich im weiteren Verlauf bei festgestellten Problemlagen wesentliche Änderungen ergeben, sind diese der obersten Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich auf dem Dienstweg anzuzeigen. Zusätzliche Berichtsanforderungen der oberen oder obersten Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 113 der Sächsischen Gemeindeordnung bleiben unberührt.
2. Das Staatsministerium des Innern führt mit der Landesdirektion Sachsen im Regelfall einmal jährlich eine Dienstbesprechung zur aktuellen Haushaltssituation der Landkreise, kreisfreien Städte sowie der kreisüber-

greifenden und kreisangehörigen Zweckverbände auf der Basis der Daten des Frühwarnsystems durch. Bei dieser Gelegenheit soll die Haushaltssituation insbesondere der Landkreise, der Kreisfreien Städte und der kreisübergreifenden sowie kreisangehörigen Zweckverbände erörtert werden, die nach dem Frühwarnsystem der Bewertungskategorie D zugeordnet sind. Zur Vorbereitung der Dienstbesprechung legt die Landesdirektion Sachsen zwei Wochen vor dem Besprechungstermin auf der Basis aktueller Zahlen und Daten einen vorläufigen Bericht nach den Vorgaben eines Musterberichts, den das Staatsministerium des Innern per Rundschreiben veröffentlicht, dem Staatsministerium des Innern vor. Dieser beschränkt sich auf diejenigen in der unmittelbaren Rechtsaufsicht der Landesdirektion Sachsen liegenden Kommunen, die Gesprächsgegenstand sein sollen. Im Verlauf der Besprechung entscheidet es sich dann, welche Kommunen in den Bericht tatsächlich aufgenommen werden. Das Staatsministerium des Innern dokumentiert die wesentlichen Besprechungsergebnisse im Hinblick auf relevante Sachverhaltsfeststellungen, rechtliche Bewertungen und weitere Agenden und sendet den insoweit überarbeiteten Bericht vier Wochen nach dem Besprechungstermin der Landesdirektion Sachsen zu. Soweit sich im weiteren Verlauf bei festgestellten Problemlagen wesentliche Änderungen ergeben, sind diese der obersten Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Zusätzliche Berichtsanforderungen der obersten Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 113 der Sächsischen Gemeindeordnung bleiben unberührt.

D.

Geltungsbereich

Diese Verwaltungsvorschrift ist von den Städten, Gemeinden und Landkreisen (Kommunen), den sonstigen kommunalen Körperschaften, für die kommunales Haushaltsrecht kraft Verweisung gilt, sowie von den Rechtsaufsichtsbehörden anzuwenden. Die Verwendung der Bezeichnung „kommunales Beschlussorgan“ bezieht sich auf den Gemeinderat, den Stadtrat, den Kreistag, die Verbandsversammlung sowie, soweit vorhanden, auf die entsprechenden Organe der anderen juristischen Personen des öffentlichen Rechts, auf die diese Verwaltungsvorschrift auf Grund einer Verweisung anzuwenden ist.

E.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die VwV Kommunale Haushaltswirtschaft vom 31. Juli 2019 (SächsABl. S. 1179) außer Kraft.

Dresden, den 14. Juni 2024

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Anlage 1

(zu Großbuchstabe A Ziffer I Nummer 1 Buchstabe c Doppelbuchstabe cc, Ziffer V Nummer 2 und Ziffer VIII Nummer 2 Buchstabe b)

Übersicht zu Maßnahmen der infrastrukturellen Grundversorgung

I. Maßnahmen der infrastrukturellen Grundversorgung sind:

1. Maßnahmen an Einrichtungen der kommunalen Verwaltung und deren sachlicher und technischer Ausstattung sowie deren Umnutzungen und Rückbauten, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten oder zu erhöhen; davon umfasst ist auch die Beschaffung oder Lizenzierung von Softwareverfahren im Rahmen der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen,
2. Maßnahmen des Brand- und Katastrophenschutzes, der Rettungsdienste und der Leitstellen,
3. Maßnahmen des Schulhaus- und Schulturnhallenbaus sowie die Errichtung oder der Ausbau von Einrichtungen der beruflichen Bildung, Fortbildung und Umschulung, sofern der fortdauernde Bestand der Einrichtung durch das Landesamt für Schule und Bildung bestätigt ist, sowie Maßnahmen zur Ausstattung der Schulen. Dazu gehören nicht: Sportstätten, die nicht für den Schulsport genutzt werden,
4. Bau, Sanierung und Ausstattung von Kindertagesstätten, sofern diese der Deckung des örtlichen Bedarfs an Betreuungsplätzen dienen,
5. Maßnahmen an bestehenden Frei- und Hallenschwimbädern außer Spaßbädern, Saunen und Wellnessbereiche und gastronomische Einrichtungen, sofern diese Bäder nachweisbar zum überwiegenden Teil der Betriebszeit für den Schulschwimmsport genutzt werden,
6. Maßnahmen des Umweltschutzes, soweit sie nach den einschlägigen Richtlinien förderfähig sind; außer Aufforstungen,
7. Maßnahmen des Städtebaus und der Dorferneuerung, soweit sie nach den einschlägigen Richtlinien förderfähig sind, insbesondere Ordnungsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr einschließlich Hochwasserschutzmaßnahmen,
8. Maßnahmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung einschließlich Umlagen an Wasser- und Abwasserverbände und kommunaler Anschlussbeiträge nach dem Sächsischen Kommunalabgabengesetz gemäß entsprechender Satzungen,
9. Alle Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Straßenbaulast gemäß § 9 Absatz 1 des Sächsischen Straßengesetzes vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 2019 (SächsGVBl. S. 762; 2020 S. 29) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, stehen sowie Investitionen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Aufgaben gemäß § 9 Absatz 2 des Sächsischen Straßengesetzes,

10. Beseitigung von Altlasten, sofern die davon betroffenen Grundstücke in kommunalem Eigentum sind,

11. Maßnahmen der Abfallwirtschaft,

12. Maßnahmen an öffentlichen Einrichtungen des Fremdenverkehrs als Basiseinrichtungen der Fremdenverkehrsinfrastruktur, ohne personale Folgekosten, die für die Entwicklung des Fremdenverkehrs unmittelbare Bedeutung haben und nach den einschlägigen Richtlinien förderfähig sind, zum Beispiel Rad- und Wanderwege, öffentliche Toiletten, jedoch nicht Häuser des Gastes,

13. investive Leistungen kommunaler Bauhöfe in Ausnahmefällen, wenn diese Leistungen als Eigenmittelnachweis im Rahmen einer Maßnahme gemäß Nummern 1 bis 12 zählen und von der Bewilligungsbehörde im Bescheid als solche anerkannt wurden,

14. Maßnahmen des Baus, der Sanierung und Modernisierung von Krankenhäusern,

15. Investitionen im Bereich von Alten- und Pflegeheimen sowie Behinderteneinrichtungen,

16. Investitionen im Bereich der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten,

17. Erschließung von Gewerbegebieten bei nachgewiesener Auslastung,

18. Maßnahmen des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen,

19. Vermessungskosten, Verkehrswert- und andere Gutachten, Planungsleistungen sowie der Erwerb von Grund und Boden, sofern diese Kosten in direktem Zusammenhang mit einer Maßnahme gemäß Nummer 1 bis 18 stehen.

II. Zu den Maßnahmen der infrastrukturellen Grundversorgung gehören nicht:

1. der Bau und die Sanierung von Wohnraum,

2. der Bau und die Sanierung von Kultureinrichtungen,

3. der Bau und die Sanierung von nachgeordneten kommunalen Einrichtungen im freiwilligen Aufgabenbereich, sofern diese nicht gemäß Nummer 10 förderfähig sind,

4. der Erwerb von Fahrzeugen aller Art mit Ausnahme von Fahrzeugen, die für den Brand- und Katastrophenschutz, die Rettungsdienste und die Leitstellen sowie für die Straßenunterhaltung, die Straßenreinigung und den Winterdienst bestimmt sind.

Anlage 2
(zu Großbuchstabe A Ziffer 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb)

Übersicht zur Haushaltslage vor und nach Konsolidierung

Antrag der Gemeinde / der Stadt / des Landkreises / des Verbandes	Kontenklasse/-gruppe/-art/Konto oder Position im Ergebnis-/Finanzhaushalt bzw. in der Vermögensrechnung	Jahresabschluss vorvergangenes Jahr	HH-Plan/JA Hd./verg. Jahr	Konsolidierung									
				HH-Plan Planjahr	1. Folgejahr		2. Folgejahr		3. Folgejahr		4. Folgejahr		
					TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	TEuro	
Ergebnishaushalt													
Steuern und ähnliche Abgaben	30												
Zuweisungen und Umlagen sowie aufgelagerte Sonderposten	31												
sonstige Transfererträge	32												
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	33												
privatrechtliche Leistungsentgelte	341, 342, 343, 346												
Kostenersatzungen und Kostenumlagen	348												
Zinsen und sonstige Finanzerträge	36												
aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	37												
sonstige ordentliche Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	35												
Summe der ordentlichen Erträge des Ergebnishaushalts	3												
Personalaufwendungen	40												
Versorgungsaufwendungen	41												
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	42												
Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis	47 (ohne 47.12)												
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	45												
Transferaufwendungen und Abschreibungen auf geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen	43, 47.12												
Sonstige ordentliche Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	44												
Summe der ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts	4												
Ordentliches Ergebnis (Überschuss oder Fehlbetrag)	3 ./ 4												
realisierbare außerordentliche Erträge	50												
realisierbare außerordentliche Aufwendungen	51												
Sonderergebnis (Überschuss oder Fehlbetrag)	50 ./ 51												
Gesamtergebnis (Überschuss oder Fehlbetrag)													
veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren	§ 2 Abs. 1 Nr. 23 SächsKomHVO												
veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren	§ 2 Abs. 1 Nr. 24 SächsKomHVO												
Vermehrung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Abs. 3 Satz 3 SächsGenO	§ 2 Abs. 1 Nr. 25 SächsKomHVO												
Vermehrung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Abs. 3 Satz 3 SächsGenO	§ 2 Abs. 1 Nr. 26 SächsKomHVO												
veranschlagtes Gesamtergebnis (Überschuss oder Fehlbetrag)	§ 2 Abs. 1 Nr. 27 SächsKomHVO												
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	§ 2 Abs. 1 Nr. 28 SächsKomHVO												
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	§ 2 Abs. 1 Nr. 29 SächsKomHVO												
Vortrag eines Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses auf Folgejahre	§ 2 Abs. 1 Nr. 30 SächsKomHVO												
Vortrag eines Fehlbetrages des Sonderergebnisses auf Folgejahre	§ 2 Abs. 1 Nr. 31 SächsKomHVO												
Finanzaushalt	§ 2 Abs. 1 Nr. 32 SächsKomHVO												
Steuern und ähnliche Abgaben	60												
darunter: Grundsteuer A und B	6011, 6012												
Gewerbesteuer	6013												
Ausgleichsleistungen	605												
Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit	61												
darunter: allgemeine Schlüsselzuweisungen	6111												
investive Schlüsselzuweisungen für Instandsetzungen	6112												
sonstige allgemeine Zuweisungen und Zuweisungen für laufende Zwecke	613, 614												
allgemeine Umlagen	618												
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	619												
sonstige Transfererzahlungen	62												
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	63												
privatrechtliche Leistungsentgelte	641, 642, 643, 646												
Kostenersatzungen und Kostenumlagen	648												
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	66												
Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	65												

722

Vermögensrechnung												
Kapitalposition		§ 51 Abs. 3 Nr. 1 SächsKomHVO										
darunter: Basiskapital		§ 51 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a SächsKomHVO										
darunter: 1/3 des am 31.12.2017 festgestellten Basiskapitals												
Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag		§ 51 Abs. 2 Nr. 4 SächsKomHVO										

¹Erfasst nicht die Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten und die Rückführungen von Kontokorrentkrediten, dann sie sind nicht mit tatsächlichen Einzahlungen/Auszahlungen verbunden (lediglich Überziehung), erfasst werden hier nur Festbetragskassenkredite, deren Aufnahme bzw. Tilgung mit tatsächlichen Einzahlungen/Auszahlungen für die Gemeinde verbunden ist.

²Betrag einschließlich der als Investitionsauszahlungen veranschlagten Tilgungsanteile der Zahlungsverpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften; nicht enthalten sind Auszahlungen für die Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung.

³Betrag der verfügbaren Mittel gemäß § 24 Abs. 5 SächsKomHVO

⁴Formel zur Berechnung der Nettoinvestitionsmittel: Zahlungsmitelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 17 SächsKomHVO) ./ Ordentliche Tilgung

⁵Formel zur Berechnung der Fristenkongruenz: Durchschnittliche Abschreibungsdauer des gesamten abnutzbaren Anlagevermögens. Fristenkongruenz gemäß § 24 Abs. 6 SächsKomHVO ist gegeben bei einem Wert von nicht mehr als "1".

Anlage 3
(zu Großbuchstabe B Ziffer II Nummer 1)

Übersicht zur beantragten Fördermaßnahme (Beträge in Euro)

Gemeinde/Stadt/Landkreis/Verband	
Förderprogramm	
Maßnahme	
Antrag/Änderungsantrag vom	
Haushaltsjahr	

I. Daten zur beantragten Maßnahme

1. a) Umfang der Investitionsmaßnahme insgesamt	gesamt	Vorjahre ¹		Haushaltsjahr	1. Folgejahr	2. Folgejahr	3. Folgejahr	weitere Folgejahre
Gesamtauszahlungen								
davon Fördermittel								
davon Eigenmittel								
nachrichtlich:								
Einzahlungen aus Beiträgen/Kostenbeteiligungen Dritter								
b) Umfang der Instandsetzungsmaßnahme insgesamt	gesamt	Vorjahre ¹		Haushaltsjahr	1. Folgejahr	2. Folgejahr	3. Folgejahr	weitere Folgejahre
Gesamtaufwand								
davon Fördermittel								
davon Eigenmittel								
nachrichtlich:								
Erträge aus Beiträgen/Kostenbeteiligungen Dritter								
2. a) Veranschlagung im Haushaltsjahr im Teilfinanzhaushalt/Investitionsprogramm								
b) Veranschlagung im Haushaltsjahr im Teilergebnishaushalt								
3. a) Veranschlagung der Ein- und Auszahlungen für die Investition im Haushaltsjahr und in der Finanzplanung	gesamt	Vorjahre ¹	Übertrag Haushaltsreste	Haushaltsjahr	1. Folgejahr	2. Folgejahr	3. Folgejahr	weitere Folgejahre
Auszahlungen								
Einzahlungen								
Eigenmittel								
b) Veranschlagung der Erträge und Aufwendungen für die Instandsetzungsmaßnahme im Haushaltsjahr und in der Finanzplanung	gesamt	Vorjahre ¹	Budgetreste/ Rückstellungen ²	Haushaltsjahr	1. Folgejahr	2. Folgejahr	3. Folgejahr	weitere Folgejahre
Aufwendungen								
Erträge								
Eigenmittel								

¹In dieser Spalte sind alle im Zusammenhang mit der beantragten Maßnahme angefallenen Erträge/Aufwendungen und Einzahlungen/Auszahlungen anzugeben, die in den Gesamtsummen enthalten und vor dem aktuellen Haushaltsjahr angefallen sind.
²In dieser Spalte sind alle im Zusammenhang mit der beantragten Maßnahme gebildeten Rückstellungen im Ergebnishaushalt anzugeben.

II. Folgekosten der beantragten Maßnahme

Veranschlagung im Teilfinanzhaushalt/Teilergebnishaushalt					
1. Personalaufwendungen	Haushaltsjahr	1. Folgejahr	2. Folgejahr	3. Folgejahr	weitere Folgejahre
2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen					
3. Abschreibungen					
4. Kosten der Finanzierung					
darunter Tilgung ³					
darunter Zinsen ³					

³Ausgehend vom Gesamtdeckungsprinzip ist anzugeben, inwieweit sich die Tilgungs- und Zinsausgaben infolge der Maßnahme erhöhen.

Nähere Angaben zu den Sach- und Dienstleistungsaufwendungen
Kostenart (z. B. Energie, Wasser, Abwasser etc.)

Kostenart	Betrag der Kosten
Gesamt:	

III. Auswirkung auf Entgeltbelastung

1. Wird die Maßnahme durch Entgelte refinanziert?	
2. Werden kostendeckende Entgelte erhoben?	
3. In welcher Höhe werden Auswirkungen auf die Höhe der Entgelte erwartet?	

Ort: _____ Datum: _____

Unterschrift des Bürgermeisters/Landrates/Verbandsvorsitzenden _____

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Begründung und Beendigung eines Beamtenverhältnisses (VwV Beamtenverhältnis)

Vom 18. Juni 2024

Auf Grund des § 165 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), der zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 2018 (SächsGVBl. S. 473) geändert worden ist, wird bestimmt:

Inhaltsübersicht

I. Persönliche Voraussetzungen für die Begründung eines Beamtenverhältnisses

1. Personalbogen
2. Staatsangehörigkeit
3. Führungszeugnis
4. Schriftliche Erklärung
5. Persönliche Eignung
6. Gesundheitliche Eignung
7. Höchstaltersgrenzen
8. Nachweise
9. Rückgabe von Unterlagen, Löschung von Bewerberdaten
10. Informationspflichten nach der Datenschutz-Grundverordnung

II. Voraussetzung der Ernennung auf Lebenszeit

11. Bewährung in der Probezeit
12. Verlängerung der Probezeit
13. Feststellung der Bewährung

III. Form und Wirksamkeit der Ernennung

14. Ernennungsurkunde
15. Beamtinnen und Beamte auf Zeit
16. Wirksamkeit der Ernennung
17. Unterzeichnung
18. Aushändigung der Ernennungsurkunde
19. Einweisung in eine Planstelle
20. Änderung der Amtsbezeichnung

IV. Versetzung, Dienstherrnwechsel über den Landesbereich hinaus

21. Versetzung von einem anderen Dienstherrn
22. Wirksamkeit der Versetzung
23. Gesundheitliche Eignung
24. Einvernehmen des bisherigen Dienstherrn
25. Aufteilung der Versorgungslasten

V. Diensteid

26. Diensteid
27. Belehrung
28. Eidesformel
29. Korruptionsbelehrung
30. Niederschrift
31. Eidesverweigerung
32. Diensteid bei Wiederberufung oder Versetzung

VI. Beendigung des Beamtenverhältnisses

33. Urkunde
34. Beginn des Ruhestands

35. Schriftliche Mitteilung, Entlassungsverfügung
36. Anerkennung der geleisteten Dienste
37. Anzeigepflicht
38. Beteiligung des Personalrats
39. Entlassungsverbote
40. Entlassung einer Beamtin oder eines Beamten auf Widerruf
41. Entlassung einer Beamtin oder eines Beamten auf Probe

VII. Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten auf Lebenszeit in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit

42. Vorrang von Präventionsmaßnahmen
43. Begriff der Dienstunfähigkeit
44. Feststellung der Dienstunfähigkeit
45. Mitwirkungspflicht der Beamtin oder des Beamten
46. Vorrang anderer dienstrechtlicher Maßnahmen vor einer Versetzung in den Ruhestand
47. Schwerbehinderte Menschen
48. Zustimmungsvorbehalt des Staatsministeriums der Finanzen
49. Versetzung in den Ruhestand auf Antrag
50. Versetzung in den Ruhestand ohne Antrag
51. Beteiligung des Personalrats
52. Abschluss des Verfahrens über die Versetzung in den Ruhestand

VIII. Erneute Berufung nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit

53. Reaktivierungsaufforderung
54. Ernennung
55. Angemessene Übergangsfrist
56. Antrag
57. Nachuntersuchung

IX. Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten auf Probe in den Ruhestand

58. Entsprechende Geltung von Regelungen

X. Begrenzte Dienstfähigkeit

59. Begriff der begrenzten Dienstfähigkeit
60. Vorrang der anderweitigen Verwendung oder der Übertragung einer geringerwertigen Tätigkeit
61. Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit

XI. Führen der Amtsbezeichnung

62. Führen der Amtsbezeichnung

XII. Anwendungsempfehlung für nichtstaatliche Dienstherrn

63. Anwendungsempfehlung für nichtstaatliche Dienstherrn

XIII. Inkrafttreten und Außerkrafttreten

64. Inkrafttreten
65. Außerkrafttreten

I.

**Persönliche Voraussetzungen für die Begründung
eines Beamtenverhältnisses
(§§ 7 und 9 des Beamtenstatusgesetzes,
§ 4 des Sächsischen Beamtenengesetzes)**

1. Personalbogen

Die zur Einstellung vorgesehene Person hat einen Personalbogen auszufüllen, wenn ihre Einstellung konkret beabsichtigt ist. Hierzu soll der Vordruck gemäß **Anlage 1** verwendet werden. Der Personalbogen kann für Zwecke der Personalverwaltung fortgeschrieben werden. Hierbei muss erkennbar bleiben, welche Angaben die sich bewerbende Person selbst gemacht hat. Jede Fortschreibung ist mit Datum und Namenszeichen der Bearbeiterin oder des Bearbeiters zu versehen.

2. Staatsangehörigkeit

Die deutsche Staatsangehörigkeit wird in der Regel durch die Vorlage eines Reisepasses oder eines Personalausweises der Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen. Die Vorlage eines Staatsangehörigkeitsausweises oder eines Ausweises über die Rechtsstellung als Deutsche oder Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist nur in Zweifelsfällen zu fordern. Für Bewerberinnen und Bewerber, die eine fremde Staatsangehörigkeit nach § 7 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes besitzen, gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.

3. Führungszeugnis

- a) Die zur Einstellung vorgesehene Person ist aufzufordern, nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes bei der zuständigen Meldebehörde ein Führungszeugnis zur Vorlage bei der – jeweils genau zu bezeichnenden – Einstellungsbehörde zu beantragen, wenn ihre Einstellung konkret beabsichtigt ist. Die obersten Staatsbehörden dürfen nach § 41 Absatz 1 Nummer 2 des Bundeszentralregistergesetzes eine unbeschränkte Auskunft erhalten und bestimmen, inwieweit allgemein für bestimmte Gruppen von Beamtinnen und Beamten oder in welchen Einzelfällen eine unbeschränkte Auskunft an sie aus dem Zentralregister einzuholen ist. Besondere gesetzliche Befugnisse bleiben davon unberührt.
- b) Hatte die zur Einstellung vorgesehene Person während der letzten fünf Jahre vor ihrer vorgesehenen Verbeamtung einen Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik, so hat sie zusätzlich eine Auskunft einer dem Bundeszentralregister vergleichbaren ausländischen Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich sie sich während dieses Zeitraums aufgehalten hat, vorzulegen. Ist die Vorlage einer entsprechenden Auskunft nicht möglich, hat diese Person eine Erklärung abzugeben, ob sie vorbestraft ist. Eine Verurteilung, die nicht durch ein deutsches Gericht im Geltungsbereich des Beamtenstatusgesetzes ergangen ist, wird nur berücksichtigt, wenn im Strafverfahren rechtsstaatliche Mindeststandards eingehalten wurden und nach deutschem Recht wegen des Sachverhalts, der der Verurteilung zugrunde lag, eine Verurteilung hätte verhängt werden können.
- c) Das Führungszeugnis und gegebenenfalls eine Erklärung nach Buchstabe b müssen vor der Aushängung der Ernennungsurkunde vorliegen. Die Kosten für das Führungszeugnis und eine Auskunft nach Buchstabe b trägt die zur Einstellung vorgesehene Person.

4. Schriftliche Erklärung

- a) Die zur Einstellung vorgesehene Person hat auch eine schriftliche Erklärung über anhängige strafrechtliche Ermittlungsverfahren oder anhängige Strafverfahren sowie über Disziplinarmaßnahmen und anhängige Disziplinarverfahren abzugeben, wenn ihre Einstellung konkret beabsichtigt ist. Entsprechendes gilt für vergleichbare ausländische Verfahren sowie Maßnahmen. Zusätzlich ist zum Nachweis dafür, dass sich diese Person in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen befindet, eine entsprechende Erklärung dieser Person zu verlangen. Als Muster soll die als **Anlage 2** abgedruckte Erklärung verwendet werden.
- b) Disziplinarmaßnahmen sind jedoch nicht anzugeben, wenn sie bei weiteren Disziplinarmaßnahmen und bei Personalmaßnahmen nicht mehr berücksichtigt werden dürfen, weil sie dem Verwertungsverbot nach § 16 des Sächsischen Disziplinargesetzes unterliegen. Nicht anzugeben sind ferner Disziplinarmaßnahmen, die im Rahmen eines Wehrdienstverhältnisses verhängt worden sind.

5. Persönliche Eignung

- a) Zum Nachweis der persönlichen Voraussetzungen nach § 4 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 des Sächsischen Beamtenengesetzes haben die für eine Einstellung vorgesehenen Personen, die am 12. Januar 1990 das 18. Lebensjahr bereits vollendet hatten, und die nach der Ernennung zu dem in § 20 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe c, d und h des Stasi-Unterlagen-Gesetzes genannten Personenkreis gehören werden, eine Erklärung abzugeben, dass sie nicht für das frühere Ministerium für Staatssicherheit oder das Amt für nationale Sicherheit tätig waren. Als Muster soll die in **Anlage 3** beigelegte Erklärung verwendet werden. § 27 des Sächsischen Besoldungsgesetzes bleibt unberührt.
- b) Alle für eine Einstellung vorgesehenen Personen sind über ihre Pflicht zur Verfassungstreue gemäß **Anlage 4** schriftlich zu belehren. Sie haben schriftlich zu erklären, dass sie die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Sächsischen Verfassung bejahen und sich jederzeit durch ihr gesamtes Verhalten zu ihnen bekennen und für ihre Einhaltung eintreten werden, § 63 Absatz 1 des Sächsischen Beamtenengesetzes.
 - aa) Vor einer Einstellung nach § 25 des Sächsischen Beamtenengesetzes in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf oder auf Probe in der Fachrichtung Polizei, Justiz mit dem Schwerpunkt Justizvollzug sowie Allgemeine Verwaltung mit dem fachlichen Schwerpunkt Vollzugsdienst in Abschiebungshaft- und Ausreisegewahrsamseinrichtungen ist für die Erklärung nach Buchstabe b Satz 2 der als **Anlage 5** beigelegte Vordruck zu verwenden. Ist nach § 4 Absatz 6 Satz 4 des Sächsischen Beamtenengesetzes beabsichtigt, die Bewerberin oder den Bewerber auf Grund der vom Landesamt für Verfassungsschutz übermittelten Tatsachen nicht zu ernennen, weil berechtigte Zweifel an der Verfassungstreue bestehen, informiert die Ernennungsbehörde die Betroffene oder den Betroffenen, dass sie oder er Auskunft über die vom Landesamt für Verfassungsschutz übermittelten Tatsachen verlangen kann.
 - bb) Vor der Einstellung in ein Beamtenverhältnis in einer anderen als in Doppelbuchstabe aa ge-

nannten Fachrichtung ist für die Erklärung nach Buchstabe b Satz 2 der als **Anlage 6** beige-fügte Vordruck zu verwenden.

- c) Für die Feststellung, ob unveränderliche Merkmale des Erscheinungsbilds gemäß § 7 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes mit den Pflichten aus § 34 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes vereinbar sind, ist nicht allein auf die konkret vorgesehene Funktion, sondern auf die insgesamt dieser Laufbahn zugeordneten Funktionen abzustellen. Die Feststellung ist vor jeder Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf, Probe oder Lebenszeit zu treffen. Nummer 7 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

6. Gesundheitliche Eignung

Die gesundheitliche Eignung für eine Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder in ein anderes Beamten- oder Beschäftigungsverhältnis mit dem Ziel der späteren Verwendung im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit wird nach § 4 Absatz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes nach Maßgabe der VwV Gutachten und Zeugnisse vom 11. Mai 2015 (SächsABl. S. 865), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. SDR. S. S 306), festgestellt auf Grund einer Untersuchung einer Ärztin oder eines Arztes nach § 4 Absatz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes.

Diese Untersuchung soll vor der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf stattfinden, wenn die spätere Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe vorgesehen ist, die Art der Ausbildung besondere Anforderungen an die Dienstfähigkeit stellt oder dies durch Rechtsvorschrift ausdrücklich vorgeschrieben ist. Der Dienstherr trägt die Kosten der Untersuchung nach Maßgabe der Nummer 8.4 der VwV Gutachten und Zeugnisse; sie sind von der Dienststelle zu tragen.

7. Höchstaltersgrenzen

Die Altersgrenzen nach § 7 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes für die Berufung in das Beamtenverhältnis sind bei jeder Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf, auf Probe oder auf Lebenszeit zu beachten, soweit nicht nach § 7 Absatz 2 oder 3 des Sächsischen Beamtengesetzes im Einzelfall eine Ausnahme zugelassen wurde oder keine Altersgrenze besteht. Dies gilt sowohl für eine erstmalige als auch für eine erneute Berufung in das Beamtenverhältnis. Die Altersgrenze findet keine Anwendung für die Umwandlung des Beamtenverhältnisses in ein Beamtenverhältnis anderer Art oder bei einer Versetzung der Beamtin oder des Beamten.

8. Nachweise

Die Bewerberin oder der Bewerber hat die für die Begründung des Beamtenverhältnisses erforderlichen Nachweise, insbesondere Zeugnisse, im Original oder als amtlich beglaubigte Kopie vorzulegen.

9. Rückgabe von Unterlagen, Löschung von Bewerberdaten

Originale, insbesondere öffentliche Urkunden von Bewerberinnen und Bewerbern, die bei der Einstellung nicht berücksichtigt wurden, sind unverzüglich zurückzugeben. Andere Unterlagen, insbesondere etwaige Kopien dieser Unterlagen, ärztliche Zeugnisse, der Personalbogen und das vorgelegte Führungszeugnis oder eine eingeholte unbeschränkte Auskunft aus dem Zentralregister sind zu vernichten. In automatisierten Dateien gespeicherte Daten von Bewerberinnen und Bewerbern sind mit Rückgabe der Bewerbungsunterlagen, spätestens jedoch nach Ablauf von 13 Monaten zu

löschen. Eine andere Verfahrensweise ist nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Bewerberin oder des Bewerbers zulässig. § 11 des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes bleibt unberührt.

10. Informationspflichten nach der Datenschutz-Grundverordnung

Werden personenbezogene Daten über eine Bewerberin oder einen Bewerber bei ihr oder ihm selbst oder bei einem Dritten erhoben, ist die Bewerberin oder der Bewerber nach Maßgabe der Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) über die gespeicherten Daten zu informieren. Zu diesem Zweck sollen durch die personalverwaltende Stelle Informationsblätter mit der Eingangsbestätigung an die Bewerberin und den Bewerber versendet werden. Zusätzlich soll die Stellenausschreibung bereits einen Hinweis auf die Verarbeitung von Bewerberdaten enthalten.

II.

Voraussetzung der Ernennung auf Lebenszeit (§ 10 des Beamtenstatusgesetzes, Probezeit)

11. Bewährung in der Probezeit

In das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit darf nach § 10 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes nur berufen werden, wer sich in einer Probezeit bewährt hat. Vor Ablauf der laufbahnrechtlichen Probezeit nach § 26 Absatz 2 bis 4 des Sächsischen Beamtengesetzes und § 18 der Sächsischen Laufbahnverordnung ist deshalb zu prüfen, ob sich die Beamtin oder der Beamte hinsichtlich Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung für die Ämter der vorgesehenen Laufbahn bewährt hat. Die Probezeitbeurteilung ist nach § 2 Absatz 4, § 5 Absatz 6 der Sächsischen Beurteilungsverordnung zu erstellen.

12. Verlängerung der Probezeit

Kann die Bewährung bis zum Ablauf der Probezeit gemäß § 26 Absatz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes noch nicht festgestellt werden, soll diese unter Beachtung des § 18 Absatz 3 der Sächsischen Laufbahnverordnung oder anderer laufbahnrechtlicher Vorschriften verlängert werden, wenn die Bewährung in einer verlängerten Probezeit wahrscheinlich ist; die Beamtin oder der Beamte ist vorher anzuhören. Die Verlängerung der Probezeit ist der Beamtin oder dem Beamten vor Beendigung der regelmäßigen Probezeit oder, wenn zu dem Zeitpunkt noch keine ausreichenden Erkenntnisse für die Entscheidung vorliegen, unverzüglich danach innerhalb einer den Umständen des Einzelfalls angemessenen Frist unter Angabe der Gründe und unter Festlegung der zeitlichen Dauer schriftlich mitzuteilen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Im Rahmen der zulässigen Höchstdauer ist eine wiederholte Verlängerung möglich.

13. Feststellung der Bewährung

- a) Die Bewährung in der Probezeit wird im Wege der Probezeitbeurteilung nach Maßgabe der Sächsischen Beurteilungsverordnung festgestellt.
- b) Die Feststellung der Bewährung in der Probezeit setzt außerdem voraus, dass am Ende der Probezeit keine Zweifel an der gesundheitlichen Eignung der Beamtin oder des Beamten für die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bestehen. Bei konkreten Zweifeln, zum Beispiel erheblichen

krankheitsbedingten Fehlzeiten, ist rechtzeitig vor dem Ende der Probezeit ein amts- oder polizeiärztliches Zeugnis einzuholen und zu prüfen, ob die Beamtin oder der Beamte die gesundheitliche Eignung für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit in der angestrebten Laufbahn besitzt. Der Dienstherr ist bei unveränderter Sachlage an seine Bewertung der gesundheitlichen Eignung vor Begründung des Beamtenverhältnisses auf Probe gebunden. War eine Erkrankung bereits vor der Begründung des Beamtenverhältnisses auf Probe bekannt, darf die gesundheitliche Eignung bei der anstehenden Ernennung auf Lebenszeit nur dann im Hinblick auf diese Erkrankung verneint werden, wenn sich die Grundlagen ihrer Bewertung inzwischen geändert haben.

- c) Wird diese Feststellung nicht unverzüglich nach Ablauf der – gegebenenfalls verlängerten – Probezeit getroffen oder treten Eignungsmängel erst nach Ablauf der Probezeit auf, kann die Beamtin oder der Beamte wegen mangelnder Eignung nicht mehr entlassen werden. Auf Nummer 41 Buchstabe b wird hingewiesen.

III.

Form und Wirksamkeit der Ernennung (§ 10 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes, § 8 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes)

14. Ernennungsurkunde

- a) Die Beamtin oder der Beamte erhält in den Fällen des § 8 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Beamtenstatusgesetzes, § 10 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes eine Ernennungsurkunde. Der Wortlaut der Ernennungsurkunde ergibt sich aus § 8 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes. Die Urkunde muss die Urkundenadressatin oder den Urkundenadressaten sowie die ausfertigende Behörde bezeichnen, wobei eine personalisierende Form – zum Beispiel „Der Staatsminister des Innern“ – genügt.
- b) Wortlaut
- aa) Die bei der Begründung des Beamtenverhältnisses nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes auszuhändigende Ernennungsurkunde muss die Wörter „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ mit dem Zusatz „auf Lebenszeit“, „auf Probe“, „auf Widerruf“, „als Ehrenbeamtin“ oder „als Ehrenbeamter“, „auf Zeit für die Dauer von ...“ oder „auf Zeit bis zum ...“ (Anlage 7, Muster 1 bis 5) enthalten. Die Wörter „unter Berufung in das Beamtenverhältnis“ sollen nicht in die Ernennungsurkunde aufgenommen werden (Anlage 7, Muster 3 bis 5) bei:
- aaa) der Umwandlung eines Beamtenverhältnisses in ein solches anderer Art nach § 8 Absatz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes,
- bbb) der Verleihung eines anderen Amtes mit anderem Grundgehalt nach § 8 Absatz 1 Nummer 3 des Beamtenstatusgesetzes oder
- ccc) der Verleihung eines anderen Amtes mit gleichem Grundgehalt und anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe nach § 8 Absatz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 10 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes.

- cc) Bleibt bei einer Ernennung die Art des Beamtenverhältnisses unverändert, enthält die Ernennungsurkunde keinen die Art des Beamtenverhältnisses bestimmenden Zusatz.

c) Amts- oder Dienstbezeichnung

- aa) In die Ernennungsurkunde ist die Amtsbezeichnung einzusetzen. Bei der Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Widerruf ist die Dienstbezeichnung einzusetzen, die in einer Besoldungsordnung oder in einer sonstigen Vorschrift – zum Beispiel in einer Ausbildungs- und Prüfungsordnung, vergleiche auch § 8 der Sächsischen Laufbahnverordnung – für das zu verleihende Amt oder die Tätigkeit, die dem Beamten übertragen werden soll, vorgesehen ist. Staatlich verliehene Titel und akademische Grade können in der gebräuchlichen Abkürzung in die Urkunde aufgenommen werden.
- bb) Ist die oder der zu Ernennende bereits Beamtin oder Beamter, ist auch die bisherige Amts- oder Dienstbezeichnung anzugeben. Ist sie oder er Beamtin oder Beamter eines anderen Dienstherrn, so ist die bisherige Amts- oder Dienstbezeichnung mit einem auf dieses Dienstverhältnis hinweisenden Zusatz, zum Beispiel „im Dienst des ...“, zu versehen, wenn sich dieser Hinweis nicht aufgrund der Fassung der bisherigen Amts- oder Dienstbezeichnung erübrigt, zum Beispiel bei der Ernennung eines Stadtspektors zum Regierungsinspektor.
- cc) Ist bei einer Berufung in das Beamtenverhältnis die oder der zu Ernennende nach gesetzlicher Vorschrift berechtigt, eine frühere Amts-, Dienst- oder Dienstgradbezeichnung mit einem Zusatz weiterzuführen, kann auch diese frühere Amts-, Dienst- oder Dienstgradbezeichnung mit einem Zusatz angegeben werden.
- d) Besoldungsgruppe, Amtszulage
- aa) Wird ein Amt mit einer Amtsbezeichnung verliehen, die in einer Besoldungsordnung oder in einer sonstigen Vorschrift für das zu verleihende Amt oder die Tätigkeit mehreren Besoldungsgruppen zugeordnet ist, ist in der Urkunde nach der Amtsbezeichnung die Besoldungsgruppe anzufügen.
- bb) Wird ein Amt mit Amtszulage verliehen, sind neben der Angabe der Besoldungsgruppe nach Satz 1 zusätzlich die Wörter „mit Amtszulage“ anzufügen.

15. Beamtinnen und Beamte auf Zeit

Beamtinnen und Beamten auf Zeit ist im Falle der Verlängerung des Beamtenverhältnisses auf Zeit erneut eine Ernennungsurkunde auszuhändigen.

16. Wirksamkeit der Ernennung

Die Ernennung wird mit dem Tag der Aushändigung der Urkunde wirksam. Soll die Ernennung zu einem späteren Zeitpunkt wirksam werden, sind in die Ernennungsurkunde nach dem Namen die Wörter „mit Wirkung vom ...“ unter Angabe des Zeitpunkts einzufügen. Eine Ernennung auf einen zurückliegenden Zeitpunkt ist gemäß § 8 Absatz 4 des Beamtenstatusgesetzes unzulässig und insoweit unwirksam.

17. Unterzeichnung

Wird die Ernennungsurkunde nicht durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter, sondern durch eine zur Vertretung befugte Bedienstete oder einen zur Vertretung befugten Bediensteten unterzeichnet, so sind beim Namen der unterzeichnenden Person der das Vertre-

tungsverhältnis kennzeichnender Zusatz „in Vertretung“ und deren Amtsbezeichnung einzufügen. Die Ernennungsurkunde ist eigenhändig zu unterzeichnen.

18. Aushändigung der Ernennungsurkunde

- a) Die Ernennungsurkunde ist grundsätzlich persönlich durch die Behördenleiterin, den Behördenleiter oder eine von ihm beauftragte Person, gegebenenfalls durch eine beauftragte Person einer anderen Behörde im Wege der Amtshilfe, auszuhändigen. Zum Nachweis der Aushändigung der Urkunde ist der Zeitpunkt der Aushändigung durch eine von der Beamtin oder von dem Beamten zu unterzeichnende Empfangsbestätigung aktenkundig festzuhalten.
- b) Ist die persönliche Aushändigung der Urkunde nicht möglich, kann die Ernennungsurkunde ausnahmsweise der oder dem zu Ernennenden durch die Post mittels eigenhändig zuzustellendem eingeschriebenem Brief mit Rückschein nach § 4 des Gesetzes zur Regelung des Verfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen in Verbindung mit § 4 des Verwaltungszustellungsgesetzes zugestellt werden, wenn zweifelsfrei feststeht, dass die oder der zu Ernennende ihrer oder seiner Ernennung zustimmt. Die Aushändigung der Ernennungsurkunde an eine bevollmächtigte Person der oder des zu Ernennenden ist nicht zulässig.

19. Einweisung in eine Planstelle

- a) Die Beamtin oder der Beamte, der oder dem ein Amt verliehen wird, ist von der für die Ernennung zuständigen Behörde in eine Planstelle einzuweisen. Die Beamtin oder der Beamte soll in eine ihrem oder seinem Amt entsprechende Planstelle eingewiesen werden, auch wenn die Einweisung im Wege der Unterbesetzung erfolgt. Die Einweisung ist der Beamtin oder dem Beamten unter Angabe des Zeitpunkts, zu dem die Einweisung wirksam werden soll, schriftlich mitzuteilen. Hierfür soll folgender Wortlaut verwendet werden: *„Sie werden mit Wirkung vom ... in eine Planstelle der Besoldungsgruppe ... bei Kapitel ... des Staatshaushaltsplans eingewiesen.“*
- b) Die Vorschriften über die rückwirkende Einweisung in eine Planstelle bei Beförderungen nach § 49 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung bleiben unberührt.

20. Änderung der Amtsbezeichnung

- a) Wird einer Beamtin oder einem Beamten ein anderes Amt mit gleichem Grundgehalt und anderer Amtsbezeichnung übertragen und ist damit kein Wechsel der Laufbahngruppe verbunden, ist der Beamtin oder dem Beamten die Übertragung des Amtes und die Einweisung in eine Planstelle schriftlich mitzuteilen. Die Übertragung des Amtes wird mit der Mitteilung an die Beamtin oder den Beamten wirksam, wenn nicht in der Mitteilung ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist. Die Mitteilung muss die neue Amtsbezeichnung der Beamtin oder des Beamten enthalten.
- b) Ändert sich die Amtsbezeichnung des bisherigen Amtes, ohne dass der Beamtin oder dem Beamten ein anderes Amt übertragen wird, ist der Beamtin oder dem Beamten die neue Amtsbezeichnung schriftlich mitzuteilen.

IV.

Versetzung, Dienstherrnwechsel über den Landesbereich hinaus (§ 32 des Sächsischen Beamtengesetzes, § 15 des Beamtenstatusgesetzes)

21. Versetzung von einem anderen Dienstherrn

- a) Wird eine Beamtin oder ein Beamter von einem anderen Dienstherrn in den Dienst des Freistaates Sachsen versetzt, so erhält sie oder er von der zuständigen Behörde eine schriftliche Mitteilung. Hierfür soll folgender Wortlaut verwendet werden: *„Auf Grund ... sind Sie unter Fortdauer Ihres Beamtenverhältnisses auf Probe/auf Lebenszeit ... mit Wirkung vom ... in den Dienst des Freistaates Sachsen übergetreten. Sie führen die Amtsbezeichnung ... und werden mit Wirkung vom ... in eine Planstelle der Besoldungsgruppe ... bei Kapitel ... des Staatshaushaltsplanes eingewiesen.“*
- b) Entsprechendes gilt bei Versetzungen aus einem anderen Bundesland oder vom Bund nach § 15 des Beamtenstatusgesetzes. In den Fällen des § 15 des Beamtenstatusgesetzes ist die Beamtin oder der Beamte zusätzlich zu ernennen, wenn sich mit dem neuen Amt auch das Grundgehalt ändert (§ 8 Absatz 1 Nummer 3 des Beamtenstatusgesetzes). Nummer 32 ist zu beachten.

22. Wirksamkeit der Versetzung

Eine Versetzung zu einem anderen Dienstherrn wird mit dem in der Versetzungsverfügung angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch mit dem Tag der Bekanntgabe an die Beamtin oder den Beamten wirksam. Entsprechendes gilt bei einer Versetzung zum Freistaat Sachsen.

23. Gesundheitliche Eignung

Bestehen bei einer beabsichtigten Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten von einem anderen Dienstherrn zum Freistaat Sachsen Zweifel an dessen gesundheitlicher Eignung, zum Beispiel erhebliche krankheitsbedingte Fehlzeiten, ist die Untersuchung zur Feststellung der gesundheitlichen Eignung zu veranlassen durch eine Ärztin oder eines Arztes nach § 4 Absatz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes. Nummer 6 gilt entsprechend. Die Einsichtnahme in die beim abgehenden Dienstherrn geführte Personalakte der Beamtin oder des Beamten bedarf grundsätzlich deren oder dessen Einwilligung.

24. Einvernehmen des bisherigen Dienstherrn

Es ist darauf hinzuwirken, dass der Übertritt von einem anderen Dienstherrn in ein Beamtenverhältnis zum Freistaat Sachsen einvernehmlich mit dem bisherigen Dienstherrn im Wege der Versetzung erfolgt. Bei der Entscheidung über den Versetzungsantrag sind neben den dienstlichen auch die persönlichen Interessen der Beamtin oder des Beamten angemessen zu berücksichtigen. Auf § 15 Absatz 3 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes und § 39 Absatz 1 Satz 3 bis 5 des Sächsischen Beamtengesetzes wird hingewiesen.

25. Aufteilung der Versorgungslasten

Auf die Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Aufteilung der Versorgungslasten bei Dienstherrnwechsel beziehungsweise Übernahme von Beamten und Richtern anderer Dienstherrn vom 16. Dezember 2010 (MBI. SMF 2011 S. 2), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 253), wird hingewiesen.

V.

Diensteid**(§ 63 des Sächsischen Beamtengesetzes,
§ 38 des Beamtenstatusgesetzes)****26. Diensteid**

Der Diensteid ist durch die oder den Dienstvorgesetzten oder eine von ihr oder ihm damit beauftragte Person abzunehmen. Mehrere Beamtinnen und Beamte können gleichzeitig vereidigt werden.

27. Belehrung

Vor der Leistung des Dienstoids ist der oder dem zu Vereidigenden der Inhalt des Dienstoids bekanntzugeben und auf dessen Bedeutung sowie gegebenenfalls auf die Folgen einer Eidesverweigerung hinzuweisen. Nummer 31 ist zu beachten. In den Fällen des § 38 Absatz 2 oder 3 des Beamtenstatusgesetzes kann die Beamtin oder der Beamte an Stelle des Eides ein Gelöbnis leisten.

28. Eidesformel

Der Diensteid oder das Gelöbnis wird durch Nachsprechen der vorgeschriebenen Eides- oder Gelöbnisformel (**Anlage 8**) geleistet. Die oder der Schwörende soll dabei die rechte Hand erheben.

29. Korruptionsbelehrung

Nach Maßgabe von Ziffer V Nummer 1 Buchstabe a der VwV Anti-Korruption vom 11. Dezember 2015 (SächsABl. S. 1847), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 28. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 238), sollen Beamtinnen und Beamte im Zusammenhang mit der Ablegung des Dienstoids über den Unrechtsgehalt, die dienstrechtlichen Folgen der Korruption sowie über einschlägige Regelungen zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken und sonstigen Vorteilen belehrt werden. Die Belehrung soll aktenkundig gemacht werden.

30. Niederschrift

- a) Über jede Vereidigung ist eine Niederschrift aufzunehmen (**Anlage 8**). Die Niederschrift ist von der Beamtin oder dem Beamten, die oder der den Diensteid geleistet hat, sowie von derjenigen Person, die den Diensteid abgenommen hat, zu unterzeichnen. Die Niederschrift ist zu den Personalakten der Beamtin oder des Beamten zu nehmen.
- b) Erklärt die Bewerberin oder der Bewerber bereits vor Übernahme in das Beamtenverhältnis, dass sie oder er der Pflicht zur Eidesleistung nicht nachkommen wird, darf sie oder er nicht zur Beamtin oder zum Beamten ernannt werden.

31. Eidesverweigerung

- a) Wird der vorgeschriebene Diensteid verweigert, ist darüber eine Niederschrift aufzunehmen; diese ist zu den Personalakten zu nehmen.
- b) Die Eidesverweigerung ist ein zwingender Entlassungsgrund nach § 23 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes. Die Entlassung tritt gemäß § 44 Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes mit der Zustellung der Entlassungsverfügung ein. Der Beamtin oder dem Beamten ist bis zur Entlassung die Führung der Dienstgeschäfte zu verbieten, § 39 des Beamtenstatusgesetzes.

32. Diensteid bei Wiederberufung oder Versetzung

- a) Frühere Beamtinnen und Beamte haben bei Wiederberufung in das Beamtenverhältnis den Diensteid erneut abzuleisten. Dies gilt auch dann, wenn

die Beamtin oder der Beamte früher bereits in einem Beamtenverhältnis zum selben Dienstherrn stand.

- b) Ein Diensteid ist ebenfalls abzuleisten, wenn die Beamtin oder der Beamte von einem anderen Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs des Sächsischen Beamtengesetzes in den Geltungsbereich dieses Gesetzes versetzt wird. Ein neuer Diensteid ist hingegen nicht abzuleisten, wenn die Beamtin oder der Beamte innerhalb des Geltungsbereichs des Sächsischen Beamtengesetzes versetzt wird.

VI.

**Beendigung des Beamtenverhältnisses
(§§ 40 ff. des Sächsischen Beamtengesetzes,
§ 21 des Beamtenstatusgesetzes)****33. Urkunde**

- a) Die Beamtin oder der Beamte erhält eine Urkunde (**Anlage 9**, Muster 1 bis 3) über die Beendigung des Beamtenverhältnisses, wenn sie oder er
 - aa) kraft Gesetzes in den Ruhestand tritt oder
 - bb) nach den §§ 48, 51, 52 des Sächsischen Beamtengesetzes in den Ruhestand versetzt wird.
- b) In den Fällen nach Buchstabe a Doppelbuchstabe bb ist die Urkunde die Verfügung im Sinne von § 56 in Verbindung mit § 55 Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes, soweit die Versetzung in den Ruhestand auf Antrag erfolgt.
- c) Wird die Beamtin oder der Beamte gemäß § 52 des Sächsischen Beamtengesetzes ohne eigenen Antrag wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, erhält die Beamtin oder der Beamte außerdem eine besondere Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand. Die Urkunde hat in diesem Fall nur deklaratorische Bedeutung; sie soll erst ausgehändigt werden, wenn die Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand Bestandskraft erlangt hat.

34. Beginn des Ruhestands

Wird nach § 58 oder § 56 des Sächsischen Beamtengesetzes ein besonderer Zeitpunkt für den Beginn des Ruhestands festgesetzt, sind in die Urkunde nach dem Namen die Wörter „mit dem Ablauf des ...“ unter Angabe des Zeitpunkts einzufügen.

35. Schriftliche Mitteilung, Entlassungsverfügung

In anderen als den in Nummer 33 genannten Fällen der Beendigung des Beamtenverhältnisses erhält die Beamtin oder der Beamte eine schriftliche Mitteilung über den Grund und Zeitpunkt des Ausscheidens. In den Fällen des § 23 des Beamtenstatusgesetzes ist eine Entlassungsverfügung erforderlich, die der Beamtin oder dem Beamten nach § 44 des Sächsischen Beamtengesetzes zuzustellen ist.

36. Anerkennung der geleisteten Dienste

Bei Beendigung des Beamtenverhältnisses ist der Dank für die dem Freistaat Sachsen geleisteten Dienste auszusprechen, wenn Führung und Leistungen der Beamtin oder des Beamten dies rechtfertigen. In der Urkunde über die Beendigung des Beamtenverhältnisses wird der Dank in der Regel durch folgenden Zusatz ausgesprochen: „Für die dem Freistaat Sachsen geleisteten treuen Dienste spreche ich ihm/ihr Dank und Anerkennung aus.“

37. Anzeigepflicht

Bei Beendigung des Beamtenverhältnisses ist auf die Anzeigepflicht gemäß § 110 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes hinzuweisen.

38. Beteiligung des Personalrats

Bei einer vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand sowie der Entlassung von Beamtinnen und Beamten auf Probe oder auf Widerruf hat der Personalrat gemäß § 80 Absatz 1 Satz 1 Nummer 14 und 15, Satz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes mitzubestimmen, wenn die Beamtin oder der Beamte dies beantragt. Die Beamtin oder der Beamte ist über ihr oder sein Antragsrecht zu unterrichten.

39. Entlassungsverbote

Die Entlassungsverbote der §§ 22 und 26 der Sächsischen Urlaubs-, Mutterschutz- und Elternzeitverordnung sowie § 9 Absatz 6 des Arbeitsplatzschutzgesetzes sind zu beachten.

40. Entlassung einer Beamtin oder eines Beamten auf Widerruf (§ 40 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes)

- a) Abweichend von § 22 Absatz 4 des Beamtenstatusgesetzes ist eine Beamtin oder ein Beamter auf Widerruf gemäß § 40 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes kraft Gesetzes mit Ablauf des Tages aus dem Beamtenverhältnis entlassen, an dem ihr oder ihm das Bestehen oder endgültige Nichtbestehen der Prüfung oder das endgültige Nichtbestehen einer vorgeschriebenen Zwischenprüfung schriftlich bekannt gegeben wird. Die Stelle, die für die Ernennung zuständig wäre, entscheidet nach § 40 Absatz 5 des Sächsischen Beamtengesetzes darüber, ob die Voraussetzungen von § 22 Absatz 1 bis 4 des Beamtenstatusgesetzes vorliegen, und stellt den Tag der Beendigung des Beamtenverhältnisses fest.
- b) Die Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf im Vorbereitungsdienst gemäß § 40 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes oder entsprechender laufbahnrechtlicher Vorschriften ist vom rechtlichen Bestand der Prüfungsentscheidung unabhängig. Das Beamtenverhältnis auf Widerruf besteht also weder fort noch lebt es rückwirkend wieder auf, wenn die Entscheidung über das Nichtbestehen einer Prüfung später zu Gunsten der geprüften Person rechtskräftig aufgehoben wird.

41. Entlassung einer Beamtin oder eines Beamten auf Probe (§ 23 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes)

- a) Entlassung nach § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes
Die Entlassung einer Beamtin oder eines Beamten auf Probe nach § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes ist nur nach Aufklärung des Sachverhalts gemäß § 43 Absatz 3 des Sächsischen Beamtengesetzes in Verbindung mit §§ 21 bis 30 des Sächsischen Disziplinargesetzes zulässig.
- b) Entlassung nach § 23 Absatz 3 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes bei Nichtbewährung in der Probezeit
 - aa) Probezeit ist die laufbahnrechtliche Probezeit einschließlich einer etwaigen Verlängerung nach § 26 Absatz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes, § 18 Absatz 3 der Sächsischen Laufbahnverordnung oder der entsprechenden laufbahnrechtlichen Vorschriften.

- bb) Die Entlassung wegen Nichtbewährung „in der Probezeit“ ist im Regelfall bei Ablauf der laufbahnrechtlichen Probezeit auszusprechen. Die Nichtbewährung wird durch die für die Ernennung zuständige Stelle nach § 42 des Sächsischen Beamtengesetzes eigenverantwortlich festgestellt. Diese soll sich für ihre Meinungsbildung auf die dienstlichen Beurteilungen oder Berichte der Vorgesetzten stützen.
- cc) Die Beamtin oder der Beamte auf Probe ist durch die oder den Dienstvorgesetzten rechtzeitig auf eine eventuelle Entlassung hinzuweisen. Es ist ihr oder ihm Gelegenheit zu geben, vorhandene Bewährungsmängel abzustellen.
- dd) Entlässt der Dienstherr die Probebeamtin oder den Probebeamten nicht spätestens mit Abschluss der laufbahnrechtlichen Probezeit wegen mangelnder Bewährung, kann er ihm aus diesem Grund die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit nach Ablauf der für die Probefrist vorgesehenen Frist nicht mehr verwehren.
- ee) Die Entlassung kann auch schon vor Ablauf der Probezeit verfügt werden, wenn die mangelnde Bewährung endgültig feststeht und nicht behebbar erscheint.
- ff) Soll die Entlassung allein wegen mangelnder gesundheitlicher Eignung erfolgen, ist die Entlassung gemäß § 23 Absatz 3 Satz 2, § 26 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes nur zulässig, wenn eine anderweitige Verwendung nicht möglich ist. Für die anderweitige Verwendung einer Probebeamtin oder eines Probebeamten kommt es darauf an, ob die oder der Betroffene noch für einen ausreichend großen Teil der Dienstposten der gesamten bisherigen Laufbahn oder für eine andere Laufbahn, für die die Beamtin oder der Beamte die Befähigung besitzt oder voraussichtlich erwerben wird, mit insgesamt geringeren gesundheitlichen Anforderungen gesundheitlich geeignet ist. Nummer 46 Buchstabe a, c und d gilt entsprechend.

VII.

Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten auf Lebenszeit in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (§§ 49 ff. des Sächsischen Beamtengesetzes)

42. Vorrang von Präventionsmaßnahmen

- a) Die oder der Dienstvorgesetzte hat im Vorfeld und rechtzeitig die in der Aufrechterhaltung ihrer Dienstfähigkeit gefährdeten Beamtinnen und Beamten sowie etwaige Ursachen, die zu einer vorzeitigen Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit führen können, zu ermitteln und präventive Gegenmaßnahmen zu ergreifen.
- b) Als Präventionsmaßnahmen kommen unter anderem in Betracht:
 - aa) Maßnahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements nach Maßgabe des § 167 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch,
 - bb) konsequente Anwendung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Versorgung“ nach § 52 Absatz 5 des Sächsischen Beamtengesetzes,
 - cc) Gespräche mit der Beamtin oder dem Beamten,
 - dd) Motivationsmaßnahmen,
 - ee) medizinisch notwendige Kurmaßnahmen,
 - ff) Anti-Stressprogramme,

- gg) psychologische Hilfestellungen,
- hh) Schulungen, Fortbildungen, Weiterbildungen,
- ii) Umsetzungen in gleichwertige Tätigkeiten als personalwirtschaftliches Steuerungsinstrument.

43. Begriff der Dienstunfähigkeit

Beamtinnen und Beamte sind nach § 26 Absatz 1 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes dienstunfähig, wenn sie wegen ihres körperlichen Zustands oder aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung der Dienstpflichten ihres abstrakt-funktionellen Amtes dauernd unfähig sind. Als dienstunfähig kann nach § 26 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes, § 49 des Sächsischen Beamtengesetzes auch angesehen werden, wer infolge Erkrankung innerhalb von einem Zeitraum von sechs Monaten mehr als drei Monate keinen Dienst getan hat und keine Aussicht besteht, dass die Dienstfähigkeit innerhalb von sechs Monaten wieder voll hergestellt ist.

44. Feststellung der Dienstunfähigkeit

- a) Die Prüfung zur Feststellung der Dienstunfähigkeit einer Beamtin oder eines Beamten ist zügig durchzuführen.
- b) Für die Prüfung der Dienstunfähigkeit gemäß § 52 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes ist die oder der nach § 2 Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes bestimmte Dienstvorsetzte zuständig.
- c) Bleiben die Präventionsmaßnahmen erfolglos, ist nach strengen Maßstäben die Dienstfähigkeit der Beamtin oder des Beamten im Einzelfall und die Unabweisbarkeit einer Versetzung in den Ruhestand zu prüfen. Vor der Einleitung eines Verfahrens zur Versetzung in den Ruhestand nach §§ 49ff. des Sächsischen Beamtengesetzes hat die oder der Dienstvorsetzte oder eine von ihr oder ihm beauftragte Person der oder des Betroffenen ein persönliches Gespräch anzubieten, um einen aktuellen persönlichen Eindruck und gegebenenfalls weitere Informationen zu erhalten. Dieses Gespräch soll auch der Vorbereitung einer späteren Entscheidung über die Dienstfähigkeit oder Dienstunfähigkeit der oder des Betroffenen dienen. In diesem Gespräch sollen gegebene Einschränkungen der Dienstausübung festgehalten werden. Die Beteiligten des Gesprächs und der Gesprächsinhalt sind aktenkundig zu machen.
- d) Zweifel an der Dienstfähigkeit sind berechtigt, wenn hierfür hinreichend konkrete tatsächliche Umstände vorliegen. Dies ist anzunehmen, wenn Umstände vorliegen, die bei vernünftiger, lebensnaher Einschätzung die ernsthafte Besorgnis begründen, die oder der Betroffene sei dienstunfähig. Nicht erforderlich sind Erkenntnisse darüber, ob die entstandenen Zweifel an der Dienstfähigkeit begründet sind.
- e) Die Untersuchungsanordnung muss bestimmten formellen und inhaltlichen Anforderungen genügen, die sich danach richten, ob die Zweifel auf § 26 Absatz 1 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes oder § 26 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes, § 49 des Sächsischen Beamtengesetzes gestützt werden.
- f) In den Fällen des § 26 Absatz 1 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes muss die Untersuchungsanordnung
 - aa) die tatsächlichen Umstände angeben, die die Zweifel begründen, und

bb) Angaben zu Art und Umfang der ärztlichen Untersuchung enthalten. Art und Umfang der ärztlichen Untersuchung dürfen nicht der Ärztin oder dem Arzt überlassen bleiben. Die Behörde muss sich, soweit erforderlich nach sachkundiger amtsärztlicher Beratung, zumindest in den Grundzügen klarwerden, in welcher Hinsicht Zweifel am körperlichen Zustand oder der Gesundheit der Beamtin oder des Beamten bestehen und welche ärztlichen Untersuchungen zur endgültigen Klärung geboten sind.

cc) Die Angaben zu den tatsächlichen Umständen und zur Art und dem Umfang der ärztlichen Untersuchung müssen für die Beamtin oder den Beamten nachvollziehbar sein und ihr oder ihm die Prüfung ermöglichen, ob die angeführten Gründe tragfähig sind und daher die Untersuchungsanordnung nach Maßgabe des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit rechtmäßig ist.

- g) In den Fällen des § 26 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes muss die Untersuchungsanordnung keine über die Dauer der krankheitsbedingten Fehlzeiten hinausgehenden Gründe für die Untersuchung enthalten. Die Behörde muss insbesondere nicht darlegen, dass und warum die zugrundeliegenden Erkrankungen Zweifel an der Dienstfähigkeit der Beamtin oder des Beamten begründen. Die Untersuchungsanordnung kann auch dann auf § 26 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes gestützt werden, wenn die Behörde über die reinen Fehlzeiten hinausgehende Erkenntnisse über die Erkrankung oder Erkrankungen hatte oder hätte gewinnen können. Die Beschäftigungsdienststellen sollen Erkrankungen spätestens nach einer Dauer von drei Monaten der personalverwaltenden Stelle mitteilen. In Fällen, in denen eine dreimonatige Erkrankung vorliegt und die Wiederaufnahme des Dienstes nicht mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit innerhalb der nächsten sechs Monate zu erwarten ist, soll eine amtsärztliche Untersuchung oder eine sonstige ärztliche Untersuchung veranlasst werden. Beabsichtigt die oder der Dienstvorsetzte nach Ablauf der in § 26 Absatz 1 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 49 des Sächsischen Beamtengesetzes genannten Frist von sechs Monaten nicht, Maßnahmen zur Versetzung der Beamtin oder des Beamten in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit zu treffen, sind die Gründe hierfür aktenkundig zu machen.
- h) Der Untersuchungsauftrag soll in den Fällen des § 26 Absatz 1 Satz 1 oder 2 des Beamtenstatusgesetzes der untersuchenden Stelle unmittelbar zugeleitet werden und eine konkrete Beschreibung möglicher anderweitiger Verwendungen beinhalten. Im Übrigen gilt für die ärztliche Untersuchung Nummer 6 entsprechend.

45. Mitwirkungspflicht der Beamtin oder des Beamten

- a) Bei Zweifeln am Vorliegen der Dienstfähigkeit hat sich die Beamtin oder der Beamte ärztlich untersuchen zu lassen, vergleiche § 52 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes.
- b) Soweit es für die Feststellung der Dienstunfähigkeit erforderlich ist, ist die zu untersuchende Person aufgrund ihrer dienstrechtlichen Treuepflicht zu Mitwirkungshandlungen, wie zum Beispiel der umfassenden oder teilweisen Entbindung einer ärztlichen Gutachterin, eines ärztlichen Gutachters, einer eventuell zugezogenen Fachgutachterin oder eines eventuell zugezogenen Fachgutachters von

der Schweigepflicht, der Erteilung von Auskünften oder der Vorlage von fachärztlichen Zeugnissen verpflichtet, vergleiche Nummer 7.9 der VwV Gutachten und Zeugnisse. Die dienstrechtliche Treuepflicht gebietet, dass die oder der Betroffene an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirkt. Je zweifelhafter ein Fall ist, umso höhere Anforderungen sind an die zur Sachverhaltsaufklärung erforderlichen Mitwirkungspflichten zu stellen.

- c) Die oder der Dienstvorgesetzte weist die Beamtin oder den Beamten auf ihre oder seine Mitwirkungspflichten und auf die möglichen Folgen einer Unterlassung der gebotenen Mitwirkungshandlungen hin.
- d) Entzieht sich die betroffene Person trotz wiederholter schriftlicher Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung ohne hinreichenden Grund der Verpflichtung nach § 52 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes, kann sie gemäß § 52 Absatz 1 Satz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes so behandelt werden, als wäre ihre Dienstunfähigkeit festgestellt worden.

46. Vorrang anderer dienstrechtlicher Maßnahmen vor einer Versetzung in den Ruhestand

- a) Anderweitige Verwendung
 - aa) In den Ruhestand wird nach § 26 Absatz 1 Satz 3 des Beamtenstatusgesetzes nicht versetzt, wer anderweitig verwendbar ist. Es besteht kein Ermessen.
 - bb) Eine anderweitige Verwendung ist gemäß § 26 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Beamtenstatusgesetzes möglich, wenn der Beamtin oder dem Beamten ein anderes Amt derselben oder einer anderen Laufbahn übertragen werden kann. Die Übertragung eines anderen Amtes ist ohne Zustimmung zulässig, wenn das neue Amt zum Bereich desselben Dienstherrn gehört, es mit mindestens demselben Grundgehalt verbunden ist wie das bisherige Amt und wenn zu erwarten ist, dass die gesundheitlichen Anforderungen des neuen Amtes erfüllt werden.
 - cc) In Betracht kommt nur die Übertragung von Ämtern innerhalb derselben Laufbahngruppe.
 - dd) Im Hinblick auf den grundsätzlichen Anspruch auf amtsangemessene Beschäftigung und aus Gründen der Fürsorge muss das vorgesehene Amt zumutbar sein. Es ist zu prüfen, ob ein Amt einer Laufbahn zur Verfügung steht, für die die Beamtin oder der Beamte bereits die Befähigung besitzt, oder deren Befähigung sie oder er aufgrund der Wahrnehmung von Tätigkeiten, die mit den Anforderungen der neuen Laufbahn vergleichbar sind, nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Sächsischen Beamtengesetzes, § 25 Absatz 2 der Sächsischen Laufbahnverordnung erworben hat. Ist dies nicht der Fall, soll es sich nach Möglichkeit um eine der bisherigen Laufbahn nach Art der Tätigkeit zumindest teilweise vergleichbare Laufbahn handeln. Vorbildung und bisherige Tätigkeit sind zu berücksichtigen.
 - ee) Beamtinnen und Beamte, die nicht die Befähigung für die andere Laufbahn besitzen, haben gemäß § 26 Absatz 2 Satz 3 des Beamtenstatusgesetzes an Qualifizierungsmaßnahmen für den Erwerb der neuen Befähigung teilzunehmen. Bei der Bestimmung von Art, Umfang und Inhalt der Qualifizierung sind nach § 25 Absatz 1 der Sächsischen Laufbahnverordnung Ausbildung, sonstige Qualifizierungen und die

bisherigen beruflichen Tätigkeiten der Beamtin oder des Beamten zu berücksichtigen.

- b) Übertragung einer geringerwertigen Tätigkeit
 - aa) Ist eine anderweitige Verwendung nicht möglich, kann der Beamtin oder dem Beamten gemäß § 26 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes unter Beibehaltung des übertragenen Amtes ohne Zustimmung auch eine geringerwertige Tätigkeit im Bereich desselben Dienstherrn übertragen werden, wenn die Wahrnehmung der neuen Aufgabe unter Berücksichtigung der bisherigen Tätigkeit zumutbar ist.
 - bb) Die Übertragung einer geringerwertigen Tätigkeit liegt im Ermessen des Dienstherrn. Hierbei sind insbesondere das öffentliche Interesse an der weiteren Beschäftigung der Beamtin oder des Beamten und der Grundsatz der Weiterverwendung vor Ruhestand mit dem Recht der Beamtin oder des Beamten auf amtsangemessene Beschäftigung sowie deren oder dessen Interesse an der Versetzung in den Ruhestand abzuwägen. Die geringere Wertigkeit ergibt sich aus der Zuordnung zu einer niedrigeren Besoldungsgruppe.
 - cc) Für die Zumutbarkeit ist auf die Verhältnisse des Einzelfalls und den konkreten Dienstposten abzustellen. Die gesundheitliche Eignung für die geringerwertige Tätigkeit ist zu berücksichtigen. Die geringerwertige Tätigkeit ist regelmäßig zumutbar, wenn sie sich auf derselben Funktionsebene wie das bisherige Amt befindet. Die geringerwertige Tätigkeit wird regelmäßig nicht mehr als eine Besoldungsgruppe unter der bisherigen Tätigkeit liegen. Liegt ein ausdrückliches Einverständnis der Beamtin oder des Beamten mit der geringerwertigen Tätigkeit vor, ist die Zumutbarkeit unabhängig von der Besoldungsgruppe gegeben.
 - dd) Die Beamtin oder der Beamte behält ihr oder sein bisheriges statusrechtliches Amt.
- c) Ermittlung anderweitiger Verwendungsmöglichkeiten oder einer geringerwertigen Tätigkeit

Die Möglichkeit einer anderweitigen Verwendung oder die Übertragung einer geringerwertigen Tätigkeit ist grundsätzlich in jedem Einzelfall zu prüfen. Die Suche nach einem geeigneten Dienstposten innerhalb der bisherigen oder einer anderen Laufbahn muss sich auf den gesamten Bereich des Dienstherrn unter Einbeziehung der in absehbarer Zeit, innerhalb von sechs Monaten, neu zu besetzenden Dienstposten erstrecken und muss gegebenenfalls konkrete Nachfragen bei den abgefragten Stellen umfassen. Nicht ausreichend ist die Einräumung einer Verschweigungsfrist, nach deren Ablauf die anfragende Behörde bei fehlender Rückmeldung von einer Fehlanzeige ausgeht. Die anderen Behörden sind nicht verpflichtet, personelle oder organisatorische Änderungen vorzunehmen, um eine Weiterverwendung zu ermöglichen. Die Verpflichtung zur Suche entfällt, wenn ihr Zweck im konkreten Einzelfall von vorneherein nicht erreicht werden kann. Das ist der Fall, wenn die Beamtin oder der Beamte auf absehbare Zeit oder auf Dauer keinerlei Dienst leisten kann. Eine generelle Dienstunfähigkeit ist anzunehmen, wenn die Erkrankung von solcher Art oder Schwere ist, dass die Beamtin oder der Beamte für sämtliche Dienstposten der betreffenden oder einer anderen Laufbahn, in die sie oder er wechseln könnte, gesundheitlich ungeeignet ist.

- d) Aktenkundigkeit der Versetzung in den Ruhestand Da eine anderweitige Verwendung oder die Übertragung einer geringerwertigen Tätigkeit Vorrang vor einer Versetzung in den Ruhestand hat, sind die Gründe für eine dennoch vorgesehene Versetzung in den Ruhestand aktenkundig festzuhalten.

47. Schwerbehinderte Menschen

Schwerbehinderte Menschen und diesen gleichgestellten Menschen mit Behinderung im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sollen wegen Dienstunfähigkeit aufgrund ihrer Behinderung nur in den Ruhestand versetzt werden, wenn festgestellt ist, dass sie auch bei jeder möglichen Rücksichtnahme nicht fähig sind, ihre Dienstpflichten zu erfüllen. Die Schwerbehindertenvertretung ist nach § 178 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch anzuhören. Die Schwerbehindertenvertretung ist alsbald nach der Mitteilung an die Beamtin oder den Beamten über die beabsichtigte Versetzung in den Ruhestand anzuhören.

48. Zustimmungsvorbehalt des Staatsministeriums der Finanzen

Die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit bedarf bei Staatsbeamtinnen und Staatsbeamten gemäß § 55 Absatz 3 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen, soweit nicht die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident für die Ernennung zuständig wäre. Auf die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Zustimmung gemäß § 55 Absatz 3 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes zur vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit vom 27. Juni 2019 (SächsABl. S. 997), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDR. S. S 253), wird verwiesen.

49. Versetzung in den Ruhestand auf Antrag (§ 51 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes)

Der Antrag der Beamtin oder des Beamten auf Versetzung in den Ruhestand soll schriftlich gestellt werden. Wird der Antrag mündlich gestellt, ist hierüber eine Niederschrift zu fertigen. Der Antrag darf nicht an Bedingungen geknüpft sein. Für die Erklärung, dass die Beamtin oder der Beamte nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens für dauernd unfähig gehalten wird, ihre oder seine Dienstpflichten zu erfüllen, ist die oder der unmittelbare Dienstvorgesetzte zuständig.

50. Versetzung in den Ruhestand ohne Antrag (§ 52 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes)

- a) Die Mitteilung nach § 52 Absatz 2 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes über die beabsichtigte Versetzung in den Ruhestand ist der Beamtin oder dem Beamten zuzustellen und soll den in Betracht kommenden Dienststellen nachrichtlich mitgeteilt werden. Die Bearbeitungszeit zwischen der Mitteilung über die beabsichtigte Versetzung in den Ruhestand und der Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand ist möglichst kurz zu halten. Die Beamtin oder der Beamte ist über die Möglichkeit, Einwendungen nach § 52 Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes zu erheben, zu belehren.
- b) Werden von der Beamtin oder dem Beamten Einwendungen erhoben und wird darauf hin das Verfahren fortgeführt, ist mit dem Ablauf der drei Monate, die auf den Monat der Mitteilung der Entscheidung folgen, bis zum Beginn des Ruhestands die die Versorgungsbezüge übersteigende Besoldung nach § 52 Absatz 4 des Sächsischen Beam-

tenstatusgesetzes einzubehalten. Hierzu ist das Landesamt für Steuern und Finanzen umgehend nach der Mitteilung der Entscheidung an die Beamtin oder den Beamten zu informieren.

51. Beteiligung des Personalrats

Die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand unterliegt gemäß § 80 Absatz 1 Satz 1 Nummer 15, Satz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes auf Antrag der Beamtin oder des Beamten der Mitbestimmung des Personalrats. Die Beamtin oder der Beamte ist in der Mitteilung nach § 52 Absatz 2 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes über die beabsichtigte Versetzung in den Ruhestand und auf ihr oder sein Antragsrecht hinzuweisen.

52. Abschluss des Verfahrens über die Versetzung in den Ruhestand

- a) Die Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand ist der Beamtin oder dem Beamten zuzustellen und soll nach Möglichkeit unmittelbar der ausführenden Stelle zugeleitet werden.
- b) Wird die Dienstfähigkeit der Beamtin oder des Beamten festgestellt, ist gemäß § 52 Absatz 4 Satz 4 und 5 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes das Verfahren einzustellen und die Entscheidung der Beamtin oder dem Beamten zuzustellen.

VIII.

Erneute Berufung nach Wiederherstellung der Dienstfähigkeit

(§ 29 des Beamtenstatusgesetzes, § 53 Absatz 1 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes)

53. Reaktivierungsaufforderung

- a) Steht zur Überzeugung der Ernennungsbehörde auf Grund eines ärztlichen Gutachtens nach § 53 Absatz 1 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes die Wiederherstellung der Dienstfähigkeit fest, ist der Ruhestandsbeamtin oder dem Ruhestandsbeamten mitzuteilen, dass beabsichtigt ist, sie oder ihn unter Wahrung ihres oder seines früheren allgemeinen Rechtsstandes als Beamtin oder Beamter auf Lebenszeit, auf Zeit oder auf Probe erneut in das Beamtenverhältnis zu berufen, welches Amt ihr oder ihm übertragen werden soll und mit welchem Endgrundgehalt es verbunden ist sowie wann und wo der Dienst angetreten werden soll.
- b) Die Mitteilung (Reaktivierungsaufforderung) hat auch eine begründete Feststellung der Dienstfähigkeit sowie einen Hinweis auf den Verlust der Versorgungsbezüge nach § 69 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes zu enthalten, falls die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte schuldhaft der erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis nicht nachkommt. Auf § 75 Nummer 1 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes wird hingewiesen. Die oberste Dienstbehörde ist über die Weigerung unverzüglich zu unterrichten.

54. Ernennung

Die erneute Berufung in das Beamtenverhältnis bedarf einer förmlichen Ernennung nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes. Diese unterliegt nach § 80 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes als Einstellung der Mitbestimmung. § 7 des Sächsischen Beamtenstatusgesetzes findet keine Anwendung, da das frühere Beamtenverhältnis nach der vorrangigen Sonderregelung des § 29

Absatz 6 des Beamtenstatusgesetzes als fortgesetzt gilt.

55. Angemessene Übergangsfrist

Soll eine Ruhestandsbeamtin oder ein Ruhestandsbeamter, die oder der inzwischen in ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis getreten ist oder eine sonstige berufliche Tätigkeit aufgenommen hat, erneut in das Beamtenverhältnis berufen werden, ist ihr oder ihm für den Dienstantritt eine angemessene Frist einzuräumen.

56. Antrag

Ein Antrag gemäß § 29 Absatz 1 des Beamtenstatusgesetzes, § 53 Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes auf erneute Berufung in das Beamtenverhältnis ist von der Ruhestandsbeamtin oder dem Ruhestandsbeamten schriftlich zu stellen. Er darf nicht an Bedingungen geknüpft sein.

57. Nachuntersuchung

a) Liegen Anhaltspunkte für die Wiederherstellung der Dienstfähigkeit der Ruhestandsbeamtin oder des Ruhestandsbeamten vor, kann die Ernennungsbehörde gemäß § 29 Absatz 5 Satz 1 erster Halbsatz des Beamtenstatusgesetzes, § 53 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes ein Gutachten über die Dienstfähigkeit bei einer Ärztin oder einem Arzt nach § 4 Absatz 4 des Sächsischen Beamtengesetzes einholen.

Ein Gutachten soll eingeholt werden, wenn in dem ärztlichen Zeugnis zur Feststellung der Dienstunfähigkeit eine Nachuntersuchung nach Nummer 2.4.3 Satz 8 der VwV Gutachten und Zeugnisse empfohlen wird oder unabhängig von dem ärztlichen Gutachten nach der Versetzung in den Ruhestand andere Anhaltspunkte für die Wiederherstellung der Dienstfähigkeit bekannt werden, die nach Maßgabe des § 29 Absatz 2 des Beamtenstatusgesetzes einen Einsatz in der früheren oder einer anderen Laufbahn ermöglichen. Nummer 46 gilt entsprechend. Liegen tatsächliche Anhaltspunkte vor, kann von der Einholung eines Gutachtens nur in engen Ausnahmefällen abgesehen werden. Eine Nachuntersuchung ist insbesondere bei irreversibler Dienstunfähigkeit oder bei aussagekräftigen privatärztlichen Befunden entbehrlich.

b) Die Beamtin oder der Beamte ist gemäß § 29 Absatz 4 des Beamtenstatusgesetzes verpflichtet, sich geeigneten und zumutbaren Maßnahmen zur Wiederherstellung ihrer oder seiner Dienstfähigkeit zu unterziehen und hat nach § 53 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes bei der Erstellung des Gutachtens mitzuwirken. Die Ruhestandsbeamtin oder der Ruhestandsbeamte begeht gemäß § 75 Nummer 2 und 3 des Sächsischen Beamtengesetzes ein Dienstvergehen, wenn sie oder er schuldhaft entgegen § 29 Absatz 4 des Beamtenstatusgesetzes einer Weisung, sich geeigneten und zumutbaren Maßnahmen zur Wiederherstellung der Dienstfähigkeit zu unterziehen, nicht nachkommt oder entgegen § 53 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes an einem ärztlichen Gutachten über die Dienstfähigkeit nicht mitwirkt.

IX.

Versetzung einer Beamtin oder eines Beamten auf Probe in den Ruhestand (§ 54 des Sächsischen Beamtengesetzes)

58. Entsprechende Geltung von Regelungen

Die Regelungen der Ziffern VI. und VII. gelten entsprechend.

X.

Begrenzte Dienstfähigkeit (§ 27 des Beamtenstatusgesetzes)

59. Begriff der begrenzten Dienstfähigkeit

Eine begrenzte Dienstfähigkeit liegt vor, wenn Beamtinnen und Beamte unter Beibehaltung ihres Amtes ihre Dienstpflichten noch während mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit erfüllen können. Die Beamtin oder der Beamte muss infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung der Dienstpflichten nicht mehr in vollem Umfang, jedoch weiter mindestens zu 50 Prozent auf Dauer fähig sein.

60. Vorrang der anderweitigen Verwendung oder der Übertragung einer geringerwertigen Tätigkeit

Soweit eine uneingeschränkte Verwendung auf dem bisherigen Dienstposten nicht möglich ist, sind vor einer Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit der Beamtin oder des Beamten grundsätzlich zunächst die Möglichkeiten der anderweitigen Verwendung oder der Übertragung einer geringerwertigen Tätigkeit zu prüfen und auszuschöpfen, siehe Nummer 61 Buchstabe d.

61. Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit

- a) Die Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit ist zugleich die Feststellung einer teilweisen Dienstunfähigkeit. Sie ist daher entsprechend dem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand ohne Antrag nach den §§ 50, 52 des Sächsischen Beamtengesetzes zu treffen. Das Verfahren kann auf Antrag der Beamtin oder des Beamten eingeleitet werden.
- b) Wenn die oder der Dienstvorgesezte Anhaltspunkte für eine nicht mehr uneingeschränkte Dienstfähigkeit der Beamtin oder des Beamten hat, ist eine amtsärztliche Untersuchung der Beamtin oder des Beamten zu veranlassen.
- c) Die Herabsetzung der regelmäßigen Arbeitszeit nach § 27 Absatz 2 Satz 1 des Beamtenstatusgesetzes ist notwendiger Bestandteil der abschließenden Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit. Als Zeitpunkt der inneren Wirksamkeit des Verwaltungsakts, durch den die begrenzte Dienstfähigkeit festgestellt und die Arbeitszeit entsprechend herabgesetzt wird, kann entsprechend § 56 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes der Ablauf des Monats bestimmt werden, in dem der Bescheid der Beamtin oder dem Beamten bekannt gegeben worden ist. Auf Antrag oder mit Zustimmung der Beamtin oder des Beamten kann ein früherer Zeitpunkt festgesetzt werden.
- d) Beamtinnen und Beamte verbleiben in ihrem statusrechtlichen Amt und werden grundsätzlich in ihrer bisherigen Tätigkeit verwendet. Die Übertragung einer Tätigkeit, die nicht ihrem Amt entspricht, ist gemäß § 27 Absatz 2 Satz 2 des Beamtenstatusgesetzes an die Zustimmung der Beamtin oder des Beamten gebunden. Auch mit Zustimmung der Beamtin oder des Beamten soll in der Regel nur eine

Funktion übertragen werden, die in ihrer Wertigkeit der bisherigen Tätigkeit entspricht.

- e) Die Herabsetzung der Arbeitszeit aufgrund begrenzter Dienstfähigkeit unterliegt auf Antrag der Beamtin oder des Beamten gemäß § 80 Absatz 1 Satz 1 Nummer 15, Satz 2 des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes der Mitbestimmung des Personalrats. Die Beamtin oder der Beamte ist bei beabsichtigter Herabsetzung der Arbeitszeit aufgrund begrenzter Dienstfähigkeit auf ihr oder sein Antragsrecht hinzuweisen.
- f) Nummer 42 bis 47 und 52 gilt entsprechend.

XI.

Führen der Amtsbezeichnung (§ 85 Absatz 3 des Sächsischen Beamten-gesetzes)

62. Führen der Amtsbezeichnung

Die Erlaubnis, die Amtsbezeichnung sowie die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel mit dem Zusatz „*außer Dienst (a. D.)*“ zu führen, kann entlassenen Beamtinnen und Beamten erteilt werden, die als Beamtinnen und Beamte eine langjährige, in der Regel mindestens zehnjährige, Dienstzeit zurückgelegt oder bei kürzerer Dienstzeit so außergewöhnliche Verdienste erworben haben, dass die Erlaubnis zur Weiterführung der Amtsbezeichnung als besondere Auszeichnung gerechtfertigt erscheint. Es muss ausgeschlossen sein, dass die entlassene Beamtin oder der entlassene Beamte die Amtsbezeichnung missbräuchlich zu Wettbewerbszwecken im Erwerbsleben führt.

XII.

Anwendungsempfehlung für nichtstaatliche Dienstherrn

63. Anwendungsempfehlung für nichtstaatliche Dienstherrn

Den Gemeinden, den Landkreisen und den sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

XIII.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

64. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

65. Außerkrafttreten

Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Begründung und Beendigung eines Beamtenverhältnisses vom 11. November 2019 (SächsABl. S. 1663), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums des Innern vom 24. November 2023 (SächsABl. SDR. S. S 243), außer Kraft.

Dresden, den 18. Juni 2024

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Anlagen

- Anlage 1 Personalbogen
- Anlage 2 Erklärung über wirtschaftliche Verhältnisse und Strafverfahren
- Anlage 3 Erklärung zu früheren Tätigkeiten
- Anlage 4 Belehrung über die Verpflichtung zur Verfassungstreue
- Anlage 5 Erklärung zur Belehrung über die Verpflichtung zur Verfassungstreue in Verbindung mit einer Anfrage nach § 4 Absatz 5 Satz 1 des Sächsischen Beamten-gesetzes
- Anlage 6 Erklärung zur Belehrung über die Verpflichtung zur Verfassungstreue ohne eine Anfrage nach § 4 Absatz 5 Satz 1 des Sächsischen Beamten-gesetzes
- Anlage 7 Muster Urkunden Begründung/Übertragung/Umwandlung/Verleihung
- Anlage 8 Niederschrift Dienst-eid/Dienstgelöb-nis
- Anlage 9 Muster Urkunden Ruhestand

Anlage 1
 (zu Nummer 1)

Personalbogen		1	Personalnummer ¹⁾															
2	Familien- (Geburts-) Name ²⁾ , akademischer Grad		Lichtbild ³⁾															
3	Vornamen (Rufnamen unterstreichen)																	
4	Geburtsdatum, Geburtsort, Kreis, Land																	
			Jahr der Aufnahme des Lichtbildes:															
5	Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Gemeinde)																	
6	Schwerbehinderung Gleichstellung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		7															
			Staatsangehörigkeit															
8	Inhaber/in eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins ⁴⁾ <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		9															
			Religiöses Bekenntnis – nur bei Lehrer/innen und Lehramtsbewerber/innen für das Lehrfach „Religion“															
10	<table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 20%;">Familienstand</td> <td style="width: 40%;">seit dem</td> <td style="width: 40%;">seit dem</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> ledig</td> <td><input type="checkbox"/> verheiratet</td> <td><input type="checkbox"/> geschieden</td> </tr> <tr> <td></td> <td><input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft</td> <td><input type="checkbox"/> verwitwet</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td><input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td><input type="checkbox"/> überlebende/r eingetragene/r Lebenspartner/in</td> </tr> </table>			Familienstand	seit dem	seit dem	<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> geschieden		<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft	<input type="checkbox"/> verwitwet			<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben			<input type="checkbox"/> überlebende/r eingetragene/r Lebenspartner/in
Familienstand	seit dem	seit dem																
<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet	<input type="checkbox"/> geschieden																
	<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft	<input type="checkbox"/> verwitwet																
		<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben																
		<input type="checkbox"/> überlebende/r eingetragene/r Lebenspartner/in																
11	Kinder, die im Haushalt der Beamtin/des Beamten leben und/oder für die eine Unterhaltsverpflichtung besteht ⁵⁾ <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 40%;">Anzahl</td> <td style="width: 60%;">Geburtsjahr(e)</td> </tr> </table>			Anzahl	Geburtsjahr(e)													
Anzahl	Geburtsjahr(e)																	
12	Nur bei minderjährigen Bewerber/innen: Eltern, sonstige gesetzliche Vertreter/innen <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <th style="width: 33%;">Familien- (Geburts-) Name</th> <th style="width: 33%;">Vornamen</th> <th style="width: 33%;">Anschrift (nur wenn von Nummer 5 abweichend)</th> </tr> <tr> <td style="height: 100px;"></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>			Familien- (Geburts-) Name	Vornamen	Anschrift (nur wenn von Nummer 5 abweichend)												
Familien- (Geburts-) Name	Vornamen	Anschrift (nur wenn von Nummer 5 abweichend)																

¹⁾ wird von der Dienststelle ausgefüllt²⁾ ggf. auch frühere Familiennamen angeben³⁾ Das Einfügen eines Lichtbildes ist freigestellt.⁴⁾ § 9 des Soldatenversorgungsgesetzes⁵⁾ Angaben nur erforderlich, sofern Unterhaltspflicht besteht

13	Schulbildung, Studium, Fernstudium			
	Schulart, Studienrichtung Ausbildungsstätte	von / bis	Abschlussprüfungen (auch Promotion usw.)	
			Art	Datum
14	Berufsbezogene Ausbildungs-, Laufbahn-, Weiterbildungs- und sonstige Prüfungen			
	Art		Datum	Ergebnis
15	Besondere Kenntnisse und Fähigkeiten (Sprachkenntnisse, EDV-Kenntnisse usw.)			
16	Wehr-, Zivil-, Jugendfreiwilligen- und Bundesfreiwilligendienst		vom	bis
	vorzeitig beurlaubt		vom	bis

17	Berufliche Tätigkeit (einschließlich Berufsausbildung)		
	Lückenlose Darstellung in zeitlicher Reihenfolge außerhalb und innerhalb des öffentlichen Dienstes (auch Lehrzeiten, Zeiten im Angestellten- und Arbeiterverhältnis, berufliche Lehrgänge, Zeiten ohne Berufstätigkeit); Versetzungen, Abordnungen, Beurlaubungen, Freistellungen, Teilzeitbeschäftigungen		
	vom / bis	Arbeitgeber / Dienststelle / Selbstständige/r	Art / Umfang der Tätigkeit / Maßnahme

18	Laufbahnrechtlicher Werdegang (einschließlich Vorbereitungsdienst)		
	Ernennung / Amtsübertragung	am	mit Wirkung vom
19	Bemerkungen (zum Beispiel ehrenamtliche Tätigkeiten, Nebentätigkeiten im Zeitpunkt der Bewerbung)		
Ort / Datum		Unterschrift	

Anlage 2
(zu Nummer 4 Buchstabe a)

Erklärung

Hiermit erkläre ich¹⁾,

- a) dass ich in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebe,
- b) dass mir nicht bekannt ist, dass gegen mich ein Strafverfahren oder ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren oder ein Disziplinarverfahren anhängig ist, noch gegen mich eine Disziplinarmaßnahme²⁾ verhängt worden ist und
- c) dass mir nicht bekannt ist, dass ein den in Buchstabe b dieser Erklärung genannten Verfahren entsprechendes ausländisches Verfahren anhängig ist oder eine vergleichbare Maßnahme in einem solchen Fall gegen mich verhängt worden ist.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

¹⁾ Soweit die Bewerberin oder der Bewerber sich aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten außerstande sieht, diese Erklärung zu unterschreiben, ist jeweils im Einzelfall zu prüfen, ob die Ernennung vorgenommen werden kann. Hierzu ist die Bewerberin oder der Bewerber aufzufordern, der Einstellungsbehörde ihr oder sein Einverständnis in die Einsichtnahme in die entsprechenden Akten der Staatsanwaltschaft oder Gericht oder der zuständigen Disziplinarbehörde schriftlich zu erteilen.

²⁾ Nicht anzugeben sind Disziplinarmaßnahmen, die im Rahmen eines Wehrdienstverhältnisses verhängt worden sind.

Anlage 3
(zu Nummer 5 Buchstabe a)

Erklärung

Name, Vorname

Wohnanschrift(en) seit dem 18. Lebensjahr, Postleitzahl (alt), Wohnort, Straße, Hausnummer:

.....
.....
.....

1. Haben Sie jemals offiziell oder inoffiziell, hauptamtlich oder sonst wie für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit oder für die Abteilung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR gearbeitet oder deren Tätigkeit in irgendeiner Form unterstützt?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

In welcher Weise?

Wo?

Von wann bis wann?

Aus welchen Gründen wurde die Tätigkeit beendet?

2. Haben Sie Zuwendungen oder Auszeichnungen von einer der in Nummer 1 genannten Stelle erhalten?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

Welcher Art und in welcher Höhe?

3. Sind Sie von den in Nummer 1 genannten Stellen zur Mitarbeit aufgefordert worden?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

In welcher Form?

4. Haben Sie dienstlich, aufgrund gesellschaftlicher Funktionen oder sonst wie Kontakt zu den in Nummer 1 genannten Stellen gehabt?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

In welcher Weise?

Wo?

Von wann bis wann?

Aus welchen Gründen wurden diese Kontakte beendet?

5. Wurden Sie in der ehemaligen DDR in eine Funktion, die der Kadernomenklatur oder Kontrollnomenklatur unterlag, berufen? Waren Sie als Nomenklaturkader oder als Reservekader für Nomenklaturfunktionen verpflichtet?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

Welche Funktion?

Wo?

Von wann bis wann?

6. Hatten Sie vor dem 9. November 1989 Mandate oder herausgehobene Funktionen in oder für politische Parteien oder Massenorganisationen (FDGB, FDJ, DFD, VdGB, KB, GST) der DDR inne? Hatten Sie in dieser Zeit eine sonstige herausgehobene Funktion in der DDR?

Ab folgender Ebene kann in der Regel von einer herausgehobenen Funktion ausgegangen werden:

- Vorsitzende einer Massenorganisation ab Betriebs- oder Behördenebene,
- SED-Parteisekretäre ab Abteilungsparteiorganisation (APO)-Ebene,
- Vorsitzende und Mitglieder der Sekretariate der Nationalen Front ab Ebene der Kreisvorstände,
- Vorsitzende und Sekretäre der Führungsgremien der Parteien ab Kreis- oder Stadtkreisebene,
- Vorsitzende und Sekretäre der Führungsgremien der gesellschaftlichen Organisationen ab Kreis- oder Stadtkreisebene.

Als herausgehobene Funktion ist ferner eine hauptamtliche Lehrtätigkeit an den Bildungseinrichtungen der Parteien oder der Massenorganisationen anzusehen.

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

Welche Funktionen, Mandate, Stellungen?

Wo?

Wann?

7. Waren Sie Angehöriger der bewaffneten Organe oder der Betriebskampfgruppen?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja:

In welcher Funktion?

Bei welcher Einheit?

Anlage 3
(zu Nummer 5 Buchstabe a)

In welchem Zeitraum?

8. Waren Sie in der ehemaligen DDR B-Beauftragter oder als Kader in der B-Struktur integriert?

☐ ja ☐ nein
In welcher Funktion?
Von wann bis wann?

9. Haben Sie eine Parteischule absolviert?

☐ ja ☐ nein
Wenn ja:
Welche?

10. Waren Sie vor dem 9. November 1989 in einer staatlichen oder gemeindlichen Dienststelle, in einem Betrieb oder in einer Institution in der DDR oder für eine solche außerhalb der DDR in herausgehobener Funktion tätig?

Als herausgehobene Funktion gelten insbesondere:

- Vorsitzende der Räte der Bezirke und Kreise einschließlich deren erste Stellvertreter
- Mitglieder der Räte der Bezirke und der Kreise und Stadtbezirke,
- Leiter der Abteilungen der Ministerien und der Räte der Bezirke,
- Leiter der Abteilungen Inneres sowie Kader für Bildung der Räte der Kreise und Stadtbezirke,
- Kombinati-, Instituts- und Betriebsdirektoren,
- Oberbürgermeister und deren erste Stellvertreter,
- leitende Mitarbeiter in Außenhandelsbetrieben,
- Botschaftspersonal und Personal anderer diplomatischer Vertretungen und Handelsvertretungen,
- Mitglieder der Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen.

☐ ja ☐ nein
Wenn ja:
In welchem Betrieb, welcher Dienststelle/Institution?
Welche Tätigkeit?
Wo?
Wann?

Wenn der Raum für Ihre Antworten auf diesem Vordruck nicht ausreicht, fügen Sie bitte ein zusätzliches Blatt bei.

Hinweis:

Die Bejahung einzelner oder mehrerer Fragen führt nicht notwendig zu einer Ablehnung der Verbeamtung/Einstellung. Die umfassende, wahrheitsgemäße Beantwortung vorstehender Fragen ermöglicht dem Dienstherrn eine sachgerechte Einzelfallentscheidung, auf die jede Bewerberin und jeder Bewerber einen Anspruch hat. Eine unvollständige oder unwahre Beantwortung führt im Regelfall zur Rücknahme der Beamtenernennung oder zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Ich erkläre mein Einverständnis mit der Heranziehung und Nutzung etwaiger über mich vorhandener personenbezogener Daten aus

- den Unterlagen der Zentralen Beweis- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (seinerzeit mit der Erfassung von strafrechtlich relevanten Menschenrechtsverletzungen in der DDR beauftragt),
- den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der DDR zum Zweck der Einsichtnahme durch den Freistaat Sachsen gemäß §§ 19 bis 21 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Personalakten/Kaderakten beigezogen werden.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage 4 (zu Nummer 5 Buchstabe b)

Belehrung über die Verpflichtung zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Bewerberinnen und Bewerber müssen nach § 4 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes und § 7 Absatz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne der Sächsischen Verfassung und des Grundgesetzes einzutreten.

Beamteninnen und Beamte müssen sich nach § 33 Absatz 1 Satz 3 des Beamtenstatusgesetzes und § 63 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen bekennen und für ihre Erhaltung eintreten.

1. Freiheitliche demokratische Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vergleiche Urteil vom 23. Oktober 1952 – BverfGE 2 S. 1 ff.) und des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs (vergleiche Beschluss vom 21. Oktober 2022, Vf. 95-IV-21) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Sie ist das Gegenteil des totalen Staates, der – häufig im Gegensatz zu verbalen Beteuerungen – Menschenwürde, Freiheit des Einzelnen und Gleichheit vor dem Gesetz negiert.

Zentrale Grundprinzipien sind die Würde des Menschen, das Demokratieprinzip, der Grundsatz der Volkssouveränität und der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit (Bundesverfassungsgericht, Urteile vom 17. Januar 2017, 2 BvB 1/13, und vom 23. Januar 2024, 2 BvB 1/19). Dem folgend umfasst die Pflicht zur Verfassungstreue nach § 63 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes das Bekenntnis zu den Grundrechten, vor allem der Menschenwürde, das Demokratieprinzip, den Grundsatz der Volkssouveränität, den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit, das Mehrparteiensystem, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Gewaltenteilung (§ 63 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes).

Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind danach insbesondere zu rechnen:

- die Achtung vor den im Grundgesetz und der Sächsischen Verfassung konkretisierten Menschenrechten, vor allem der Menschenwürde, sowie dem Recht der Person auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien und
- das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen diese Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Sächsischen Verfassung richten, ist unvereinbar mit den Pflichten einer oder eines Bediensteten im öffentlichen Dienst. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation, Gruppierung oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Die Menschenwürde ist egalitär; sie gründet ausschließlich auf der Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung, unabhängig von Merkmalen wie Herkunft, Rasse, Lebensalter oder Geschlecht. Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind Bestrebungen, die der Menschenwürde widersprechen, insbesondere weil sie

- Menschen zu bloßen Objekten staatlichen Handelns degradieren,
- Menschen einen rechtlich abwertenden Status unterstellen,
- Menschen einer demütigenden Ungleichbehandlung aussetzen oder
- antisemitische oder rassistische Diskriminierung zielende Konzepte darstellen.

Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind Bestrebungen, die dem Demokratieprinzip widersprechen, insbesondere weil sie

- der gleichberechtigten Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und der Rückbildung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk entgegenstehen oder
- auf eine Verächtlichmachung des Parlaments mit dem Ziel eines Einheitsparteiensystems gerichtet sind.

Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind Bestrebungen, die dem Grundsatz der Volkssouveränität widersprechen, weil sie darauf gerichtet sind, dass nicht alle Akte der Ausübung der Staatsgewalt auf den Willen des Volkes zurückgeführt werden.

Mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind Bestrebungen, die dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit widersprechen, insbesondere weil sie der Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt und der Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie dem Gewaltmonopol des Staates entgegenstehen.

2. Verpflichtung zur Verfassungstreue

Die Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse und die damit verbundenen Eingriffsrechte des Staates sind durch Artikel 33 Absatz 4 des Grundgesetzes einem Personenkreis vorbehalten, dessen Rechtsstellung in besonderer Weise Gewähr für Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit bietet. Beamtinnen und Beamte realisieren die Machtstellung des Staates, sie haben als Repräsentantinnen und Repräsentanten des Rechtsstaats dem ganzen Volk zu dienen und ihre Aufgaben im Interesse des Wohls der Allgemeinheit unparteiisch und gerecht zu erfüllen. Beamtinnen und Beamte stehen daher in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis. Aufgrund dieser Treuepflicht gehört es jedenfalls zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Sinne von Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes, dass sich Beamtinnen und Beamte zu der Verfassungsordnung, auf die sie vereidigt sind, bekennen und für sie eintreten.

Beamtinnen und Beamte müssen sich mit den Prinzipien der verfassungsmäßigen Ordnung ohne innere Distanz identifizieren. Gefordert ist die Bereitschaft, sich mit der freiheitlichen demokratischen, rechts- und sozialstaatlichen Ordnung dieses Staates zu identifizieren und für sie einzutreten (vergleiche Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 17. November 2017, 2 C 25/17).

Mit dieser Verpflichtung ist unvereinbar:

- die Mitgliedschaft in und jede Unterstützung einer Partei, Vereinigung oder Einrichtung, die die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen ablehnt oder bekämpft,
 - die Unterstützung anderer verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder
 - das Infrage stellen der staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder als Teil einer Gruppierung oder als Einzelperson, insbesondere indem die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder abgelehnt wird, die auf dem Grundgesetz und der Sächsischen Verfassung fußende Rechtsordnung generell nicht als verbindlich anerkannt wird, Vertreterinnen und Vertretern des Staates sowie demokratisch gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten die Legitimation abgesprochen wird oder man sich ganz außerhalb der Gesellschaft stehend behauptet.
3. Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter auf Lebenszeit oder auf Zeit, die gegen die ihnen obliegende Pflicht zur Verfassungstreue schuldhaft verstoßen, begehen ein Dienstvergehen. Sie müssen damit rechnen, dass gegen sie ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele ihrer Entfernung aus dem Dienst eingeleitet wird. Beamtinnen und Beamte auf Widerruf oder auf Probe sowie Richterinnen und Richter auf Probe müssen mit ihrer Entlassung rechnen.
 4. Die Gewähr der Verfassungstreue ist eine unverzichtbare Einstellungsvoraussetzung. Sie ist ein wesentliches Kriterium der Eignung für ein öffentliches Amt im Sinne des Artikels 91 Absatz 2 der Sächsischen Verfassung und des Artikels 33 Absatz 2 des Grundgesetzes. Die Ernennungsbehörden haben auf Grundlage aller zulässigen Erkenntnisquellen zu prüfen, ob die Bewerberin oder der Bewerber die Gewähr der Verfassungstreue bietet. Verbleiben bei der Ernennungsbehörde dennoch berechtigte Zweifel an der Gewähr der Verfassungstreue, kann die Eignung für das öffentliche Amt nicht festgestellt werden. Die Berufung in ein Beamtenverhältnis ist nicht möglich.

Erklärung

Ich habe die Belehrung über die Verpflichtung zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst gelesen und hierzu keine Nachfragen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage 5
(zu Nummer 5 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa)

Erklärung

1. Aufgrund der Belehrung über die Verpflichtung zur Verfassungstreue erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen sowie die verfassungsmäßigen staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder ohne innere Distanz bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu ihnen zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.
2. Ich versichere ausdrücklich, dass ich
 - Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation oder Gruppierung bin oder in den letzten fünf Jahren war oder
 - nicht als Teil einer Gruppierung, Organisation oder als Einzelperson die staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Länder in den letzten fünf Jahren insgesamt in Frage gestellt habe.
3. Mir ist bekannt, dass meine Ernennung mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde (§ 12 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes), insbesondere durch eine wahrheitswidrige Erklärung nach Nummer 1 und 2 dieser Erklärung.
4. Mir ist bekannt, dass die Ernennungsbehörde zur Feststellung der Verfassungstreue nach § 4 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes eine Anfrage an das Landesamt für Verfassungsschutz richtet. Die Anfrage ist darauf gerichtet, ob und gegebenenfalls welche Erkenntnisse im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes vorliegen. Das Landesamt für Verfassungsschutz teilt mit, ob Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Verfassungstreue begründen und übermittelt seine Erkenntnisse an die Ernennungsbehörde. Diese Daten werden gelöscht, sobald das Bewerbungsverfahren abgeschlossen ist.

Ich erteile meine Zustimmung zur Beteiligung des Landesamtes für Verfassungsschutz.

5. Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich bei einem Verstoß gegen die Dienst- und Treuepflichten mit einer Entfernung aus dem Dienstverhältnis rechnen muss.
6. Mir ist bekannt, dass ich die Erklärung in geeigneter Weise schriftlich ergänzen kann, wenn ich mich aus tatsächlichen Gründen außerstande sehe, eine oder mehrere der Nummern 1, 2 und 4 dieser Erklärung zu unterschreiben.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage 6
(zu Nummer 5 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb)

Erklärung

1. Aufgrund der Belehrung über die Verpflichtung zur Verfassungstreue erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen sowie die verfassungsmäßigen staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder ohne innere Distanz bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu ihnen zu bekennen und für ihre Erhaltung einzutreten.
2. Ich versichere ausdrücklich, dass ich
 - Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaates Sachsen oder gegen eines ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation oder Gruppierung bin oder in den letzten fünf Jahren war oder
 - nicht als Teil einer Gruppierung, Organisation oder als Einzelperson die staatlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Länder in den letzten fünf Jahren insgesamt in Frage gestellt habe.
3. Mir ist bekannt, dass meine Ernennung mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen ist, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde (§ 12 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes), insbesondere durch eine wahrheitswidrige Erklärung nach Nummer 1 und 2 dieser Erklärung.
4. Ich bin mir darüber im Klaren, dass ich bei einem Verstoß gegen die Dienst- und Treuepflichten mit einer Entfernung aus dem Dienstverhältnis rechnen muss.
5. Mir ist bekannt, dass ich die Erklärung in geeigneter Weise schriftlich ergänzen kann, wenn ich mich aus tatsächlichen Gründen außerstande sehe, eine oder beide Nummern 1 und 2 dieser Erklärung zu unterschreiben.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Anlage 7
(zu Nummer 14 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa)

Muster 1
– Begründung des Beamtenverhältnisses,
§ 8 Absatz 1 Nummer 1 des Beamtenstatusgesetzes –

Im Namen des (Dienstherr)

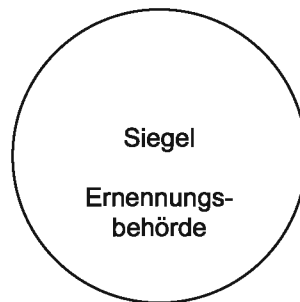
erkenne ich

Frau/Herrn (Name)

unter Berufung in das Beamtenverhältnis ¹⁾

zur/zum (Amts- oder Dienstbezeichnung). ²⁾

Ort, Datum



Unterschrift

Muster 2
– Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe,
§ 8 des Sächsischen Beamtengesetzes –

Im Namen des (Dienstherr)

erkenne ich

Frau/Herrn (bisherige Amtsbezeichnung)

..... (Name)

unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe (§ 8 des Sächsischen Beamtengesetzes)

zur/zum (Amtsbezeichnung). ²⁾

Ort, Datum



Unterschrift

- 2 -

Muster 3
– Umwandlung eines Beamtenverhältnisses in ein solches anderer Art,
§ 8 Absatz 1 Nummer 2 des Beamtenstatusgesetzes –

Im Namen des (Dienstherr)

verleihe ich

Frau/Herrn (bisherige Dienst- oder Amtsbezeichnung)

..... (Name)

die Eigenschaft einer/eines³⁾

Ort, Datum



Unterschrift

- ¹⁾ Nach Bedarf ist einzusetzen:
„auf Lebenszeit“, „auf Probe“, „auf Widerruf“, „als Ehrenbeamtin“, „als Ehrenbeamter“, „auf Zeit bis zum“, „auf Zeit für die Dauer von.....(Angabe der Zeitdauer der Berufung)“
- ²⁾ Nach Bedarf ist einzusetzen:
„in der Besoldungsgruppe ...“ oder „in der Besoldungsgruppe ... mit Amtszulage“
- ³⁾ Nach Bedarf einzusetzen:
„Beamtin/Beamten auf Lebenszeit“, „Beamtin/Beamten auf Probe“

Bleibt bei einer Ernennung die Art des Beamtenverhältnisses unverändert, enthält die Ernennungs-
urkunde keinen die Art des Beamtenverhältnisses bestimmenden Zusatz.

Muster 4**– Verleihung eines anderen Amtes –**

- a) mit anderem Grundgehalt, § 8 Absatz 1 Nummer 3 des Beamtenstatusgesetzes oder
 b) mit gleichem Grundgehalt und anderer Amtsbezeichnung bei Wechsel der Laufbahngruppe, § 8 Absatz 1 Nummer 4 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 10 Absatz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes

Im Namen des (Dienstherr)

ernenne ich

Frau/Herrn (bisherige Dienst- oder Amtsbezeichnung¹⁾)

..... (Name)

zur/zum (Amtsbezeichnung).²⁾

Ort, Datum



Unterschrift

Muster 5**– Umwandlung eines Beamtenverhältnisses und gleichzeitige Beförderung –**

Im Namen des (Dienstherr)

ernenne ich

Frau/Herrn (bisherige Dienst- oder Amtsbezeichnung)

..... (Name)

zur/zum (Amtsbezeichnung)²⁾

und verleihe ihr/ihm die Eigenschaft eines/einer³⁾

Ort, Datum



Unterschrift

¹⁾ Bei der Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion auf Lebenszeit nach erfolgreichem Abschluss der Probezeit ist an dieser Stelle die Amtsbezeichnung einzufügen, die die Beamtin oder der Beamte **vor** der Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Probe nach § 8 des Sächsischen Beamtengesetzes geführt hat.

²⁾ Nach Bedarf ist einzusetzen:
 „in der Besoldungsgruppe ...“ oder „in der Besoldungsgruppe ... mit Amtszulage“

³⁾ Nach Bedarf ist einzusetzen:
 „Beamtin/Beamten auf Lebenszeit“, „Beamtin/Beamten auf Probe“

Anlage 8

(zu Nummer 28 und 30 Buchstabe a)

Niederschrift über die Ablegung des Diensteids/Dienstgelöbnisses.....
(Behörde)Herr/Frau¹⁾
(Amts- oder Dienstbezeichnung, Vorname, Name)

ist vor der Ablegung des Diensteids/des Dienstgelöbnisses¹⁾ mit dessen Inhalt nach § 63 des Sächsischen Beamtengesetzes in Verbindung mit § 38 des Beamtenstatusgesetzes bekannt gemacht und auf dessen Bedeutung hingewiesen worden. Ferner wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, dass der Diensteid/das Dienstgelöbnis¹⁾ mit der religiösen Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden kann. Die vorgeschriebene Beteuerungsformel²⁾ wurde unter Erhebung der rechten Hand wiederholt:

- ☐ „Ich schwöre/gelobe¹⁾, dass ich mein Amt nach bestem Wissen und Können führen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Sachsen und das Recht achten und verteidigen und Gerechtigkeit gegenüber allen üben werde.“
- ☐ „Ich gelobe, meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.“³⁾

Der Diensteid/Das Dienstgelöbnis¹⁾ wurde ordnungsgemäß geleistet.

.....
(Ort, Datum)

Bestätigt:

.....
Unterschrift
Beamter/Beamtin.....
Unterschrift
Behördenleiter/-in oder
dessen/deren Beauftragte/r

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen.

²⁾ Zutreffende Beteuerungsformel ist anzukreuzen.

³⁾ Nur in den Fällen des § 38 Absatz 3 des Beamtenstatusgesetzes i. V. m. § 63 Absatz 5 des Sächsischen Beamtengesetzes.

Anlage 9
(zu Nummer 33 Buchstabe a)

<p>Muster 1 – Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze, §§ 46, 139, 141, 143 Absatz 2 des Sächsischen Beamten-gesetzes –</p> <p>(Dienstherr)</p> <p>Frau/Herr (Name)</p> <p>tritt nach Erreichen der Altersgrenze mit Ablauf des Monats in den Ruhestand.</p> <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center; margin-top: 20px;"><div style="text-align: center;">Ort, Datum</div><div style="text-align: center;"><div style="border: 1px solid black; border-radius: 50%; width: 150px; height: 150px; margin: 0 auto; display: flex; flex-direction: column; justify-content: center; align-items: center;"><div style="margin-bottom: 5px;">Siegel</div><div>Ernennungs- behörde</div></div></div><div style="text-align: center;">Unterschrift</div></div>		
<p>Muster 2 – Versetzung in den Ruhestand auf Antrag, §§ 48, 51, 54 des Sächsischen Beamten-gesetzes –</p> <p>Im Namen des (Dienstherr)</p> <p>versetze ich</p> <p>Frau/Herrn (Name)</p> <p>auf ihren/seinen Antrag*) in den Ruhestand.</p> <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center; margin-top: 20px;"><div style="text-align: center;">Ort, Datum</div><div style="text-align: center;"><div style="border: 1px solid black; border-radius: 50%; width: 150px; height: 150px; margin: 0 auto; display: flex; flex-direction: column; justify-content: center; align-items: center;"><div style="margin-bottom: 5px;">Siegel</div><div>Ernennungs- behörde</div></div></div><div style="text-align: center;">Unterschrift</div></div>		

*) Nach Bedarf kann die Rechtsgrundlage angegeben werden:

„gemäß § des Sächsischen Beamten-gesetzes“.

Im Fall des § 48 des Sächsischen Beamten-gesetzes ist die Rechtsgrundlage folgendermaßen anzugeben:

- „gemäß § 48 Satz 1 Nummer 1 Sächsisches Beamten-gesetz“ oder
- „gemäß § 48 Satz 1 Nummer 2 Sächsisches Beamten-gesetz“.

Muster 3
– Versetzung in den Ruhestand ohne Antrag,
§§ 50, 52 des Sächsischen Beamtengesetzes –

Im Namen des (Dienstherr)

versetze ich

Frau/Herrn (Name)

in den Ruhestand.

Ort, Datum



Unterschrift

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb zur wissenschaftlichen Begleitung regionaler Grundbildungszentren

Vom 19. Juni 2024

I. Hintergrund

Auf Basis der Level-One Studien (LEO-Studie 2010 und 2018) ist davon auszugehen, dass in Sachsen rund 300 000 Menschen im erwerbsfähigen Alter gering literalisiert sind, das heißt nur unzureichend Lesen und Schreiben können, sowie weitere mehr als 400 000 Erwachsene erhebliche Rechtschreibprobleme haben. Geringe Literalität geht oft einher mit Defiziten in weiteren Bereichen der Grundbildung (zum Beispiel Rechenfähigkeit, Medien- und IT-Kompetenz). Für die Betroffenen ist dies mit vielfältigen Einschränkungen der Lebensqualität verbunden und bedeutet Nachteile beim Zugang zu selbstbestimmter, gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Geringe Literalität stellt einen erhöhten Risikofaktor für prekäre Arbeitsverhältnisse, geringe Einkommen sowie Arbeitslosigkeit dar.

Um grundlegende Bildungspotenziale der Betroffenen zu erschließen und deren Partizipation an Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu verbessern, fördert der Freistaat Sachsen mit Mitteln der Europäischen Union aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) und Landesmitteln Vorhaben zur Alphabetisierung und Grundbildung von gering literatisierten Erwachsenen. Dazu gehören einerseits spezifische Kurse für Erwachsene zur Verbesserung der Schriftsprache und Grundbildungskompetenzen sowie die Förderung einer landesweiten Koordinierungsstelle im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung, die der fachlichen Beratung, Vernetzung und Qualitätssicherung dient. Darüber hinaus wird beginnend in 2024 die modellhafte Erprobung von bis zu sieben regionalen Grundbildungszentren (GBZ) auf Grundlage der Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) im Sächsischen Amtsblatt vom 4. Januar 2024 gefördert.

Geringe Literalität ist gesellschaftlich nach wie vor nicht ausreichend bekannt. Zugleich wird ein Großteil der Betroffenen oft von bestehenden Lernangeboten nicht erreicht, sodass mit den regionalen GBZ ein Augenmerk auf einfache, niedrigschwellige Zugänge für die Betroffenen, eine zielgerichtete und vertrauensbasierte Ansprache sowie lebenswelt- und teilnehmerorientierte Lernangebote unter Berücksichtigung der individuellen Lernvoraussetzungen und -ziele gelegt wird.

Gemäß Ziffer II Buchstabe A Nummer 1.4 der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 vom 19. Mai 2022 (SächsABl. S. 631), zuletzt geändert durch die Richtlinie vom 17. November 2023 (SächsABl. S. 1523) soll eine wissenschaftliche Begleitung der geförderten regionalen GBZ erfolgen und Erkenntnisse zu übertragbaren, nachhaltigen Ansätzen für die Zeit nach Beendigung der Förderung der Modellvorhaben erlangt werden.

II. Gegenstand der Bekanntmachung und Ziele der Förderung

Ziel der Bekanntmachung ist es, ein geeignetes Vorhaben zur wissenschaftlichen Begleitung des Aufbaus und Betriebs regionaler GBZ zur Förderung gemäß Ziffer II Buchstabe A Nummer 1.4 der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 vom 19. Mai 2022 (SächsABl. S. 631), zuletzt geändert durch die Richtlinie vom 17. November 2023 (SächsABl. S. 1523) zu identifizieren und auszuwählen.

Gefördert wird ein Vorhaben, gegebenenfalls als ein Verbundvorhaben (mit einem Hauptantragsteller und Untierantragsteller/Unterauftragnehmer mit Unterkalkulation; gemäß Teil II Nummer 2.1 a der Vorgaben der Verwaltungsbehörde ESF zu den „Förderfähigen und nicht förderfähigen Ausgaben und Kosten (FFAK)“, siehe Ziffer VI dieser Bekanntmachung), das Methoden und Ansätze verwendet, um Aufbau und Zielerreichung der GBZ prozessbegleitend nachvollziehen zu können. Die Ziele und Aufgaben der geförderten GBZ sind in der Bekanntmachung über einen Teilnahmewettbewerb zu Vorhaben zur modellhaften Erprobung von regionalen GBZ vom 4. Januar 2024 (SächsABl., 3/2024 S. 57) erläutert.

Die vertiefte Evaluation einzelner Lernangebote oder Fachinhalte ist nicht Gegenstand der Begleitforschung.

Eine Förderung ist für eine Projektlaufzeit von drei Jahren vorgesehen. Bewilligte Vorhaben können jedoch bei Verfügbarkeit entsprechender Haushaltsmittel im Förderzeitraum ohne erneute Förderbekanntmachung nach erfolgter Aufforderung und entsprechender Antragstellung verlängert werden. Hierfür wird ein Zeitraum bis voraussichtlich längstens 30. Juni 2028 geplant.

Die beabsichtigte Förderung umfasst Personalausgaben und Sachausgaben bis zu einem Betrag von insgesamt höchstens 100 000 Euro durchschnittlich pro Jahr. Verwaltungsausgaben werden in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Kosten gefördert.

III. Aufgaben und Zielgruppe

Um die Grundbildungsbeteiligung in der jeweiligen Region erhöhen zu können und gering Literalisierte in ihren Teilhabemöglichkeiten zu unterstützen, soll die wissenschaftliche Begleitung die Träger von Projekten für GBZ wissenschaftlich begleiten. Sie soll in Interaktion mit den Trägern Aufbau und Zielerreichung der GBZ prozessbegleitend nachvollziehen und unter Berücksichtigung wissenschaftsgestützter Aspekte handlungsorientiert unterstützen.

Zudem sollen Erkenntnisse über Ergebnisse der Projekte, insbesondere bezüglich der vom SMK angestrebten Ziele sowie der Gelingensbedingungen, Einflussfaktoren und Übertragbarkeit gesammelt und in einem Transferkonzept zusammengefasst werden.

Die Begleitforschung umfasst somit zwei Aufgabenbereiche:

a) **Formative Evaluation des Aufbauprozesses**

Aufgabe der Begleitforschung ist die Unterstützung des strategisch-konzeptionellen Diskurses zur Zielerreichung. Es ist Steuerungswissen zu generieren, das die Projektverantwortlichen in die Lage versetzt, den Implementationsprozess zu optimieren, das heißt, Probleme der Umsetzung zu vermeiden beziehungsweise auszubessern und dadurch die Wirkungen der Neuerungen in der Praxis zu verbessern.

Forschungsfragen könnten zum Beispiel sein:

- Wie werden regionale Angebots- und Akteursstrukturen erfasst und berücksichtigt, wie effizient erfolgt das Wissensmanagement?
- Wie ist das GBZ in der Region vernetzt, werden regionale Netzwerkstrukturen gestärkt beziehungsweise entwickelt und Kooperationen mit sozialräumlichen, arbeitsweltlichen Partnern angebahnt oder ausgebaut?
- Welche Formate und Kommunikationswege werden genutzt und erweisen sich als effizient?

b) **Bewertung der Zielerreichung und Handlungsempfehlungen für die künftige Praxis**

Die wissenschaftliche Begleitung soll auf der Ebene der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität Aussagen zur Effizienz der Umsetzung der beschriebenen Aufgaben sowie zur Erreichung der Ziele der Vorhaben treffen.

Das Erkenntnisinteresse des SMK liegt insbesondere in der Beantwortung folgender Fragestellungen:

- In welchem Umfang/mit welchem Erfolg wurden die von den Projektträgern gesetzten Ziele erreicht?
- Welche Ergebnisse konnten mit welchen konkreten Angeboten und Maßnahmen erreicht werden?
- Welche der Zielgruppen konnten von welchen Angeboten und Maßnahmen in welcher Weise profitieren?
- Welche Vorschläge für die Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse in der Praxis und die Verstärkung wirksamer Angebote und Maßnahmen in Strukturen der Erwachsenenbildung der jeweiligen Region oder an einem anderen Standort können abgeleitet werden?
- Welche Empfehlungen können für den Transfer der gewonnenen Erkenntnisse gegeben werden?

Darüber hinaus können im Rahmen des Vorhabens weitere Fragestellungen, welche sich aus dem Stand der Wissenschaft im Bereich der Forschung zu niedrigschwelligen Ansätzen zur Alphabetisierung und Grundbildung gering Literalisierter ableiten, mit Blick auf die Aufgaben und Rollen von regionalen GBZ und Mehrwertierungen der Träger der GBZ verfolgt werden.

Die Begleitforschung ist damit eine wichtige Schnittstelle zur strategischen Weiterentwicklung der Grundbildungsangebote in Sachsen.

IV.

Anforderungen an die Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger und damit Projektträger für die wissenschaftliche Begleitung von regionalen GBZ gemäß Ziffer II Buchstabe A Nummer 1.4 der SMK-ESF-Plus-Richt-

linie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 können sein:

- juristische Personen des öffentlichen Rechts,
- juristische Personen des Privatrechts,
- rechtsfähige Personengesellschaften.

Von dem Projektträger wird erwartet, dass er über Erfahrungen im Projektmanagement und bei der Umsetzung von Forschungsvorhaben beziehungsweise wissenschaftlich begleitender Projekte im Bereich der Erwachsenenbildung, vorzugsweise mit den Schwerpunkten Alphabetisierung und Grundbildung, verfügt.

Zuwendungsempfänger von bewilligten Vorhaben zur modellhaften Erprobung von regionalen GBZ auf Grundlage von Ziffer II Buchstabe A Nummer 1.3 der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 dürfen nicht Zuwendungsempfänger (oder Unterantragsteller im Falle eines Verbundvorhabens) des Vorhabens zur wissenschaftlichen Begleitung sein.

V.

Zuwendungsvoraussetzungen

Eine Förderung erfolgt für die wissenschaftliche Begleitung der Erprobung des Aufbaus und Betriebs von GBZ, insbesondere bezüglich der regionalen Netzwerkarbeit im Hinblick auf die Sensibilisierung und Einbindung von lokalen und regionalen Akteuren sowie hinsichtlich der Ansprache und Unterstützung von gering literalisierten Erwachsenen zur Teilnahme am lebenslangen Lernen. Es soll vor allem eruiert werden, welche Ansätze und Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Etablierung sowie Wirksamkeit von GBZ beziehungsweise den ihnen zugewiesenen Rollen und Funktionen in der Erwachsenenbildung beachtet und erfüllt werden sollten.

Es sind alle geförderten Projekte (bis zu 7 GBZ) im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung einzubeziehen. Den Diversitäten regionaler Grundbildungslandschaften ist Rechnung zu tragen. Neben den Trägern der GBZ können auch weitere Forschungspartner wie die Koordinierungsstelle Alphabetisierung und Grundbildung in Sachsen oder Kooperationspartner der GBZ in das Vorhaben eingebunden werden. Die Förderung erfolgt jedoch nur für den Antragsteller.

Die wissenschaftliche Begleitung muss in enger fachlicher Abstimmung mit dem SMK durchgeführt werden.

Die Arbeiten und Ergebnisse sind in einer nachvollziehbaren und anwendungsorientierten Form darzustellen und dem SMK im Ergebnis des Projekts in Form eines Transferkonzepts zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus ist eine Abschlusspräsentation vorzusehen.

Der Zuwendungsempfänger räumt dem Freistaat Sachsen, vertreten durch das SMK, unentgeltliche, unwiderrufliche, nicht ausschließliche Nutzungsrechte an den Ergebnissen des Vorhabens ein.

VI.

Sonstige Hinweise zu den Förderbedingungen der ESF-Plus-Förderung

Die Förderung wird als Projektförderung gewährt. Die Vorhaben werden in Form der Anteilfinanzierung bezuschusst. Gefördert werden bis zu 100 Prozent der förderfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind Personal-, Sachaus-

gaben und Verwaltungsausgaben unter Beachtung der unter Ziffer II dieser Bekanntmachung geregelten Höchstgrenzen der durchschnittlich pro Jahr gewährten Förderung.

Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigungen für das Projektpersonal sind zuwendungsfähig. Diese werden auf Basis einer geeigneten Bezugseinheit (Entfernungskilometer beziehungsweise Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer) entsprechend den auf der Internetseite der Bewilligungsstelle (www.sab.sachsen.de) veröffentlichten Vorgaben der Verwaltungsbehörde ESF (Kosten je Einheit) gewährt.

Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der ESF-Förderung und insbesondere der Förderfähigkeit von Ausgabenpositionen ist die EU-Rahmenrichtlinie vom 9. Mai 2023 (SächsABl. S. 576) zu beachten. Diese umfasst als Anlage 1 die „Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung im Bereich des EFRE, JTF und ESF Plus“ (NBest-EU) sowie als Anlage 2 die Vorgaben der Verwaltungsbehörde ESF zu den „förderfähigen und nicht förderfähigen Ausgaben und Kosten (FFAK)“ im Förderzeitraum 2021–2027 im Freistaat Sachsen. Darüber hinaus sind detaillierte Informationen zu den förderfähigen Ausgaben und Kosten auf der Internetseite der Bewilligungsstelle (www.sab.sachsen.de) veröffentlicht.

Sachausgaben und Ausgaben für Fremdleistungen werden auf Basis der tatsächlichen förderfähigen Ausgaben gefördert.

Die direkten förderfähigen Personal- und Sachausgaben beinhalten Ausgaben/Kosten für Eigenpersonal sowie Fremdpersonal (FFAK, Teil II Nummern 1.1 E und 1.1 P) sowie Sachausgaben (FFAK, Teil II Nummer 2.2–2.6). Die Ausgaben/Kosten für Eigenpersonal können als Stellenförderung oder als Personalkostenpauschale und die Sachausgaben auf Nachweisbasis gefördert werden.

Die Verwaltungsausgaben werden in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Kosten (abzüglich Ausgaben für Fremdleistungen) gefördert. Sie beziehen sich auf die direkten förderfähigen Ausgaben und Kosten nach Nummer 1 und 2 der Anlage 2 der EU-Rahmenrichtlinie. Mit dieser Pauschale sind alle Kosten der Verwaltung (Personalausgaben, Reiseausgaben für Verwaltungspersonal, Sachausgaben für Verwaltung, Gebühren, Versicherungen) abgegolten. Die Verwaltungsausgaben sind nicht nachzuweisen.

Mitwirkung an der Evaluation der ESF-Förderung:

Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, an der Evaluation des geförderten Vorhabens mitzuwirken, auch wenn es bereits beendet ist.

VII.

Gliederung und Inhalte des Projektvorschlages

Die Projektbeschreibung zum Projektvorschlag soll maximal 10 Seiten DIN A4 (Proportionschrift, zum Beispiel Arial, Schriftgröße 11 pt, einfacher Zeilenabstand), gegebenenfalls zuzüglich Anlagen (zum Beispiel bei umfangreichen Tabellen), umfassen.

Der Projektvorschlag muss nachvollziehbar und vollständig sein und die Projektbeschreibung muss in Ergänzung zu den Anforderungen des SAB-Vordruckes 61713

„ESF-Projekte_Anforderungen an Projektbeschreibungen_Infoblatt“ (Download von SAB-Internetseite: <https://fs.egov.sachsen.de/formserv/findform?shortname=sab61713&areashortname=sab>)

mindestens Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

- a) Angaben zum Träger
 - Beschreibung der fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen
 - Darstellung der Kompetenzen im Projektmanagement
 - Darstellung der räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen
 - Darstellung bestehender fachbezogener und sonstiger Netzwerke und/oder Kooperationen
 - Beschreibung der Qualifikationen und Eignung des Personals, das in diesem Projekt tätig werden soll
- b) Angaben zum Projekt
 - ausführliche Darstellung zur Untersetzung und Erreichung der Projektziele
 - Darstellung des Projektverlaufs, der geplanten Maßnahmen und Arbeitsschritte mit Bezug zu den Aufgaben (Meilensteinplan)
 - Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Steuerung der Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren
 - Aussagen zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Verstetigung der Ergebnisse
- c) Angaben zu den Ausgaben des Projekts
 - Personalausgaben
 - Reisekosten
 - Ausgaben für Fremdleistungen externer Partner
 - Ausgaben für Verbrauchsmaterial und die Nutzung von Ausstattungsgegenständen (in der Regel AfA oder Miete/Leasing)
 - Mietkosten für Räume
 - Ausgaben für die Verwaltung: Die Verwaltungsausgaben werden in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Kosten (abzüglich Ausgaben für Fremdleistungen) gefördert. Sie beziehen sich auf die direkten förderfähigen Ausgaben und Kosten nach Nummer 1 und 2 der Anlage 2 der EU-Rahmenrichtlinie. Mit dieser Pauschale sind alle Kosten der Verwaltung (Personalausgaben, Reiseausgaben für Verwaltungspersonal, Sachausgaben für Verwaltung, Gebühren, Versicherungen) abgegolten.
 - Ausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit
 - Darstellung der Gesamtausgaben (Kostenschätzung) bezogen auf die gesamte Projektlaufzeit und die Verteilung auf die einzelnen Jahresscheiben

Die bereichsübergreifenden Grundsätze aus Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 zur Achtung der Grundrechte und Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zur durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und Einbeziehung einer Geschlechterperspektive, zur Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sind bei der Umsetzung der Vorhaben zu beachten.

Zudem ist dem im Artikel 11 AEUV verankerten Ziel der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Berücksichtigung der VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, des Übereinkommens von Paris sowie des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“, Rechnung zu tragen.

Kurze Ausführungen zu den Grundsätzen sind in die Vorhabenbeschreibung aufzunehmen.

VIII. Verfahrensablauf

Es ist folgender Verfahrensablauf vorgesehen:

Phase 1:

Erarbeitung und Einreichung der Projektvorschläge spätestens bis zum 23. August 2024 im Förderportal der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank (<https://portal.sab.sachsen.de>). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist, verspätet eingegangene Projektvorschläge werden nicht berücksichtigt.

Phase 2:

Fachlich-inhaltliche Bewertung und Auswahl des besten Projektvorschlages durch ein fachkundiges Auswahlgremium bis voraussichtlich 4. Oktober 2024.

Phase 3:

Mitteilung der Auswahlentscheidung durch die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – an alle Bewerber. Der Bewerber des ausgewählten Projektvorschlags erhält die Aufforderung zur Einreichung eines formgebundenen Antrages.

Phase 4:

Einreichung des Projektantrages bis 15. November 2024. Anschließend: Prüfung des Antrages und Entscheidung über die Bewilligung durch die SAB.

Phase 5:

Der Projektbeginn ist frühestens nach erfolgter Antragstellung (auf eigenes Risiko) möglich.

Ein förderunschädlicher Beginn vor der Bewilligung ist gemäß Nummer 5.1 der EU-Rahmenrichtlinie nach dem Eingang des Antrags bei der Sächsischen Aufbaubank möglich. Der Antragsteller trägt jedoch das Risiko, die Zuwendung nicht, nicht in der beantragten Höhe oder nicht zu dem beantragten Zeitpunkt zu erhalten.

IX. Auswahl und Bewertungskriterien

Die Auswahl wird durch eine Jury vorgenommen, die insbesondere folgende Schwerpunkte mit der angegebenen Gewichtung beurteilt:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)

Dresden, den 19. Juni 2024

Sächsisches Staatsministerium für Kultus
Fohmann
Referatsleiter

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb zur Unterstützung von Vorhaben zur Erhöhung der Abschlussquote von Schülerinnen und Schülern durch eine „Koordinierungsstelle für Alternative Lernangebote“ und eine wissenschaftliche Begleitung

Vom 19. Juni 2024

I. Hintergrund

Das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) fördert im Rahmen des Programms des Freistaates Sachsen für den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) auf Grundlage der Bekanntmachung vom 18. Januar 2024 (SächsABl. S. 138) die Entwicklung und Durchführung von „Alternativen Lernangeboten“ zur Erhöhung der Abschlussquote von Schülerinnen und Schülern, welche aufgrund von sozialen oder emotionalen Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen nicht im Klassenverbund unterrichtet werden können. Die Umsetzungsvorhaben werden in drei Projektbereichen (A: Primarstufe, B: Sekundarstufe I, C: Schulverweigerung) gefördert und sollen ab dem Schuljahr 2024/2025 beginnen.

Zur Koordinierung der etablierten Angebote und deren fachlicher Unterstützung einerseits sowie zur wissenschaftlichen Begleitung andererseits wird mit dieser Förderbekanntmachung zur Einreichung von Projektvorschlägen aufgerufen. Projektvorschläge können entweder sowohl für die Koordinierung als auch für die wissenschaftliche Begleitung oder nur für einen der beiden Teilbereiche eingereicht werden (siehe Ziffer VII dieser Bekanntmachung).

II. Gegenstand der Bekanntmachung und Ziele der Förderung

Ziel der Bekanntmachung ist es, jeweils ein geeignetes Vorhaben für eine „Koordinierungsstelle für Alternative Lernangebote“ und eine wissenschaftliche Begleitung auf der Grundlage von Ziffer II Buchstabe C Nummer 1.3 der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 vom 19. Mai 2022 (SächsABl. S. 631), zuletzt geändert durch die Dritte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 vom 17. November 2023 (SächsABl. S. 1523), zu identifizieren und auszuwählen. Es können aufgrund dieser Bekanntmachung folglich höchstens zwei Vorhaben, welche die Bereiche Koordinierung und wissenschaftliche Begleitung abdecken, gefördert werden.

Zur fachlichen Unterstützung der Umsetzungsvorhaben in den Projektbereichen A (Primarstufe), B (Sekundarstufe I) und C (Schulverweigerung) gemäß Ziffer II Buchstabe C Nummer 1.2 der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 werden eine „Koordinierungsstelle für Alternative Lernangebote“ und eine wissenschaftliche Begleitung gefördert, welche die Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Akteure unterstützen sollen, indem die Erfahrungen und Erkenntnisse der einzelnen Umsetzungsvorhaben gebündelt, erfolgreiche Ansätze

identifiziert und sowohl kurzfristig projektübergreifend genutzt als auch langfristig für die Übertragung in den Regelbetrieb vorbereitet werden.

Die „**Koordinierungsstelle für Alternative Lernangebote**“ soll hierzu

- a) die Erprobung der Konzepte der Träger mit dem Ziel einer Überführung bewährter Modelle beziehungsweise von Ansätzen und Methoden in den Regelbetrieb fachlich unterstützen,
- b) einen Austausch und die Vernetzung der Einzelprojekte in den Projektbereichen A, B und C sowie dieser zu bereits bestehenden Vorhaben ermöglichen sowie
- c) als Kontakt- und Beratungsstelle zur Vermittlung in geeignete Einzelprojekte für Schulen, Schulaufsicht, Personensorgeberechtigte und die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Verfügung stehen.

Die **wissenschaftliche Begleitung der „Alternativen Lernangebote“** soll hierzu

- a) die Umsetzung der „Alternativen Lernangebote“ mit Blick auf deren Erfolg, Herausforderungen und Umsetzungshürden analysieren und
- b) im Rahmen einer wissenschaftlichen Einordnung mögliche Transfer- und Weiterführungsmöglichkeiten von alternativen Beschulungsformen für sozial-emotional oder psychisch beeinträchtigte und schulverweigernde Schülerinnen und Schülern zu bewerten.

Die Ergebnisse der im Fördergegenstand geplanten Maßnahmen sollen zu einer Verstetigung der Angebote durch die planmäßige Vernetzung von Bildungsangeboten mit Leistungen der Jugendhilfe beitragen.

Die Projektlaufzeit soll zunächst 30 Monate betragen. Bewilligte Vorhaben können nach Aufforderung des Fördermittelgebers und entsprechender Antragstellung ohne erneute Förderbekanntmachung verlängert werden. Der Zeitraum der Verlängerung ist abhängig von den geplanten Projektlaufzeiten der Vorhaben gemäß Ziffer II Buchstabe C Nummer 1.2 (Umsetzungsvorhaben der „Alternativen Lernangebote“) und der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln. Die Förderung der Umsetzungsvorhaben der „Alternativen Lernangebote“ ist voraussichtlich längstens bis zum 30. Juli 2028 möglich.

Die personelle Ausstattung der Koordinierungsstelle für die Erfüllung der vorgegebenen Aufgaben soll so veranschlagt werden, dass eine Person (bis zu 1,0 VZÄ) die Projektleitung und gemeinsam mit einer weiteren Person (bis zu 1,0 VZÄ) die Aufgaben der Koordinierung und Beratung sowie Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung ausübt. Eine Projektassistenz (bis zu 0,75 VZÄ) kann zur Unterstützung der Koordinierung gefördert werden. Weiterhin sind Sach- und Verwaltungsausgaben förderfähig (siehe Ziffer VI dieser Bekanntmachung).

Die personelle Ausstattung der wissenschaftlichen Begleitung soll so veranschlagt werden, dass Personal im Umfang von bis zu insgesamt 1,0 VZÄ als wissenschaftliche Fachkraft beziehungsweise Fachkräfte (Mindestqualifikation: Master-Abschluss oder gleichwertig) kalkuliert wird. Weiterhin sind Sach- und Verwaltungsausgaben förderfähig (siehe Ziffer VI dieser Bekanntmachung).

III.

Aufgaben der „Koordinierungsstelle für Alternative Lernangebote“ und der wissenschaftlichen Begleitung

In den Bereichen Koordinierung und wissenschaftliche Begleitung ist jeweils nachfolgend dargestelltes Aufgabenspektrum abzudecken.

Aufgaben für den Bereich **Koordinierung** sind insbesondere:

- Externe Prozessbegleitung der Umsetzungsvorhaben,
- Kontakt- und Beratungsstelle für Multiplikatoren, Schulen, Schulträger sowie weitere Professionen und betroffene Personensorgeberechtigte,
- Information (Transparenz) über Angebote und Träger von Angeboten,
- Organisation und Durchführung von Vernetzungs- und Qualifizierungsangeboten für das in den Umsetzungsvorhaben tätige Projektpersonal,
- Information zum Themenfeld durch Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung von Schlüsselpersonen in der Gesellschaft,
- Bildung und Steuerung eines Projektbeirats bestehend aus Vertretern der obersten und der nachgeordneten Schulaufsicht, des Sächsischen Landkreistags sowie des Sächsischen Städte- und Gemeindetags, der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und der Koordinierungsstelle sowie des vorgesehenen Vorhabens zur wissenschaftlichen Begleitung.

Aufgaben der **wissenschaftlichen Begleitung** sind insbesondere:

- Generierung von Aussagen auf der Ebene der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität zur Effizienz der Umsetzung der „Alternativen Lernangebote“ sowie zur Erreichung der Ziele der Vorhaben,
- Ableitung von Empfehlungen für die Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse und die Verstetigung wirksamer Angebote und Maßnahmen im Freistaat Sachsen, in der jeweiligen Region der Modellvorhaben oder an einem anderen Standort,
- Einbezug von weiteren Fragestellungen, welche sich aus dem Stand der Wissenschaft im Bereich der Förderung der Zielgruppen der „Alternativen Lernangebote“ ableiten.

IV.

Anforderungen an den Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger und damit Projektträger der „Koordinierungsstelle für Alternative Lernangebote“ und der wissenschaftlichen Begleitung gemäß Ziffer II Buchstabe C Nummer 1.3 der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 können sein:

- juristische Personen des öffentlichen Rechts,
- juristische Personen des Privatrechts,
- rechtsfähige Personengesellschaften.

Von den Projektträgern wird erwartet, dass sie über Erfahrungen im Projektmanagement und der Umsetzung koordinierender beziehungsweise wissenschaftlich begleitender

Projekte im schulischen Bereich und in der Bildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen mit komplexen Problem- und Bedarfslagen sowie bei der Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren (beispielsweise Jugendhilfe, Schulverwaltung) verfügen.

Zuwendungsempfänger von bewilligten Vorhaben zur Umsetzung von „Alternativen Lernangeboten“ auf Grundlage von Ziffer II Buchstabe C Nummer 1.2 der SMK-ESF-Plus-Richtlinie Bildungspotenziale lebenslanges Lernen 2021–2027 dürfen nicht Zuwendungsempfänger (oder Unterantragsteller im Falle eines Verbundvorhabens) der Vorhaben zur Koordinierung oder zur wissenschaftlichen Begleitung sein.

V.

Zuwendungsvoraussetzungen

Das Vorhaben der Koordinierungsstelle dient der fachlichen Unterstützung sowie dem Austausch und der Vernetzung der Umsetzungsvorhaben mit den relevanten Akteuren der Jugendhilfe und Schulen. Die Koordinierungsstelle dient darüber hinaus als Kontakt- und Beratungsstelle zur Vermittlung in geeignete Umsetzungsvorhaben. Das Vorhaben zur wissenschaftlichen Begleitung der „Alternativen Lernangebote“ soll Aufschluss über erfolgreiche Ansätze im Rahmen der Erprobung der „Alternativen Lernangebote“ und deren Überführung in den Regelbetrieb geben.

Die Umsetzung muss in enger Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus, dem Landesamt für Schule und Bildung, den beteiligten und gegebenenfalls weiteren örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und den an den Umsetzungsvorhaben in den Projektbereichen A, B und C gemäß Ziffer II Buchstabe C Nummer 1.2 beteiligten Schulen und freien Trägern der Jugendhilfe erfolgen.

Der Zuwendungsempfänger des Vorhabens zur wissenschaftlichen Begleitung der „Alternativen Lernangebote“ räumt dem Freistaat Sachsen, vertreten durch das SMK, unentgeltliche, unwiderrufliche, nicht ausschließliche Nutzungsrechte an den Ergebnissen des Vorhabens ein. Für das Vorhaben der wissenschaftlichen Begleitung ist eine Abschlusspräsentation vorzusehen.

VI.

Sonstige Hinweise zu den Förderbedingungen der ESF-Plus-Förderung

Die Förderung wird als Projektförderung in Form der Anteilfinanzierung gewährt. Gefördert werden bis zu 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zuwendungsfähig sind Personal-, Sach- und Verwaltungsausgaben.

Hinsichtlich der Rahmenbedingungen der ESF-Förderung und insbesondere der Förderfähigkeit von Ausgabenpositionen ist die EU-Rahmenrichtlinie vom 9. Mai 2023 (SächsABl. S. 576) zu beachten. Diese umfasst als Anlage 1 die „Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung im Bereich des EFRE, JTF und ESF Plus“ (NBest-EU) sowie als Anlage 2 die Vorgaben der Verwaltungsbehörde ESF zu den „förderfähigen und nicht förderfähigen Ausgaben und Kosten (FFAK)“ im Förderzeitraum 2021–2027 im Freistaat Sachsen. Darüber hinaus sind detaillierte Informationen zu den förderfähigen Ausgaben und Kosten sind auf der Internetseite der Bewilligungsstelle (www.sab.sachsen.de) veröffentlicht.

Die direkten förderfähigen Personal- und Sachausgaben beinhalten Ausgaben/Kosten für Eigenpersonal sowie Fremdpersonal (FFAK, Teil II Nrn. 1.1. E und 1.1. P) sowie Sachausgaben (FFAK, Teil II Nr. 2.2–2.6). Die Ausgaben/Kosten für Eigenpersonal können als Stellenförderung oder als Personalkostenpauschale und die Sachausgaben auf Nachweisbasis gefördert werden. Sachausgaben und Ausgaben für Fremdleistungen werden auf Basis der tatsächlich förderfähigen Ausgaben gefördert.

Die Verwaltungsausgaben werden in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Kosten (abzüglich Ausgaben für Fremdleistungen) gefördert. Sie beziehen sich auf die direkten förderfähigen Ausgaben und Kosten nach Nummer 1 und 2 der Anlage 2 der EU-Rahmenrichtlinie. Mit dieser Pauschale sind alle Kosten der Verwaltung (Personalausgaben, Reiseausgaben für Verwaltungspersonal, Sachausgaben für Verwaltung, Gebühren, Versicherungen) abgegolten.

Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigungen sind für das Projektpersonal zuwendungsfähig. Diese werden auf Basis einer geeigneten Bezugseinheit (Entfernungskilometer beziehungsweise Mitnahmeentschädigung je mitgenommener Person und Entfernungskilometer) entsprechend den auf der Internetseite der Bewilligungsstelle (www.sab.sachsen.de) veröffentlichten Vorgaben der Verwaltungsbehörde ESF (Kosten je Einheit) gewährt.

Mitwirkung an der Evaluation der ESF-Förderung:

Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, an der Evaluation des geförderten Vorhabens mitzuwirken, auch wenn es bereits beendet ist.

VII.

Gliederung und Inhalte des Projektvorschlages

Die ausführliche Projektbeschreibung zum Projektvorschlag soll maximal 15 Seiten DIN A4 (Proportionalischrift, zum Beispiel Arial, Schriftgröße 11 pt, einfacher Zeilenabstand), gegebenenfalls zuzüglich Anlagen (zum Beispiel bei umfangreichen Tabellen), umfassen.

Sofern ein Träger für beide Teilbereiche (Koordinierungsstelle und wissenschaftliche Begleitung) einen Vorschlag einreichen möchte, müssen im Förderportal (siehe Ziffer VIII/ Phase 1 dieser Bekanntmachung) zwei separate Projektvorschläge angelegt und jeweils mit einem Projektkonzept eingereicht werden.

Der Projektvorschlag muss nachvollziehbar und vollständig sein und die Projektbeschreibung muss in Ergänzung zu den Anforderungen des SAB-Vordruckes 61713 „ESF-Projekte_Anforderungen an Projektbeschreibungen_Infoblatt“ (Download von SAB-Internetseite:

<https://fs.egov.sachsen.de/formserv/findform?shortname=sab61713&areashortname=sab>)

mindestens Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

- a) Angaben zum Träger
 - Beschreibung der fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen
 - Darstellung der Kompetenzen im Projektmanagement
 - Darstellung der räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen

- kurze Darstellung bestehender fachbezogener und sonstiger Netzwerke und/oder Kooperationen
- Beschreibung der Qualifikationen und Eignung des Personals, das in diesem Projekt tätig werden soll
- b) Angaben zum Projekt
 - ausführliche Darstellung zur Untersetzung und Erreichung der Projektziele
 - Darstellung des Projektverlaufs, der geplanten Maßnahmen und Arbeitsschritte mit Bezug zu den Aufgaben (Meilensteinplan)
 - Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Steuerung der Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren
 - Beschreibung der inhaltlichen Abgrenzung und möglicher Schnittstellen zum gemäß vorliegender Bekanntmachung parallel zu fördernden Vorhaben (zur Koordinierungsstelle oder zur wissenschaftlichen Begleitung)
 - Aussagen zur Sicherung der Nachhaltigkeit und Verstetigung der Ergebnisse über den Förderzeitraum hinaus
- c) Angaben zu den Ausgaben des Projekts
 - Personalausgaben, einschließlich Personalausgaben des Projektmanagements
 - Reisekosten
 - Ausgaben für Fremdleistungen externer Partner
 - Ausgaben für Verbrauchsmaterial und die Nutzung von Ausstattungsgegenständen (in der Regel AfA oder Miete/Leasing)
 - Mietkosten für Räume
 - Ausgaben für die Verwaltung: Die Verwaltungsausgaben werden in Höhe von 7 Prozent der förderfähigen direkten Kosten gefördert. Sie beziehen sich auf die direkten förderfähigen Ausgaben und Kosten nach Nummer 1 und 2 der Anlage 2 der EU-Rahmenrichtlinie. Mit dieser Pauschale sind alle Kosten der Verwaltung (Personalausgaben, Reiseausgaben für Verwaltungspersonal, Sachausgaben für Verwaltung, Gebühren, Versicherungen) abgegolten.
 - Ausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen (zum Beispiel zur Vernetzung, projektbezogenen Qualifizierung und Sensibilisierung) sowie Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit
 - Darstellung der Gesamtausgaben (Kostenschätzung) bezogen auf die gesamte Projektlaufzeit und die Verteilung auf die einzelnen Jahresscheiben

Die bereichsübergreifenden Grundsätze aus Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 zur Achtung der Grundrechte und Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zur durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und Einbeziehung einer Geschlechterperspektive, zur Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sind bei der Umsetzung der Vorhaben zu beachten.

Zudem ist dem im Artikel 11 AEUV verankerten Ziel der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und Berücksichtigung der VN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, des Übereinkommens von Paris sowie des Grundsatzes der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“, Rechnung zu tragen.

Ausführungen zu den Grundsätzen sind in die Vorhabenbeschreibung aufzunehmen.

VIII. Verfahrensablauf

Es ist folgender Verfahrensablauf vorgesehen:

Phase 1:

Erarbeitung und Einreichung der Projektvorschläge (getrennt nach Koordinierung und wissenschaftlicher Begleitung) bis zum 23. August 2024 im Förderportal der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank (<https://portal.sab.sachsen.de>). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist, verspätet eingegangene Projektvorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Phase 2:

Fachlich-inhaltliche Bewertung eingereicherter Projektvorschläge und Auswahlentscheidung durch ein fachkundiges Gremium bis voraussichtlich 4. Oktober 2024.

Phase 3:

Mitteilung der Auswahlentscheidungen durch die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – an alle Bewerber. Der Bewerber des jeweils ausgewählten Projektvorschlags erhält die Aufforderung zur Einreichung eines formgebundenen Antrages.

Phase 4:

Einreichung des Projektantrages bis 15. November 2024. Anschließend: Prüfung des Antrages und Entscheidung über die Bewilligung durch die SAB.

Phase 5:

Der Projektbeginn ist frühestens nach erfolgter Antragstellung (auf eigenes Risiko) möglich.

Ein förderunschädlicher Beginn vor der Bewilligung ist gemäß Nummer 5.1 der EU-Rahmenrichtlinie nach dem Eingang des Antrags bei der Sächsischen Aufbaubank möglich. Der Antragsteller trägt jedoch das Risiko, die Zuwendung nicht, nicht in der beantragten Höhe oder nicht zu dem beantragten Zeitpunkt zu erhalten.

IX. Auswahl und Bewertungskriterien

Die Auswahl wird durch eine Jury vorgenommen, die insbesondere folgende Schwerpunkte mit der angegebenen Gewichtung beurteilt:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)

Dresden, den 19. Juni 2024

Sächsisches Staatsministerium für Kultus
Carsten Ender
in Vertretung des Referatsleiters

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Achte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Änderung der Richtlinie Landes-Technologieförderung

Vom 19. Juni 2024

I.

Die Richtlinie Landes-Technologieförderung vom 27. Juni 2017 (SächsABl. S. 956), die zuletzt durch die Richtlinie vom 30. Juni 2023 (SächsABl. S. 988) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 21. November 2023 (SächsABl. SDR. S. S 300), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I Nummer 2 wird die Angabe „§§ 23 und 44 der Sächsischen Haushaltsordnung“ durch die Angabe „§§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung“ ersetzt.
2. Ziffer I Nummer 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe a wird die Angabe „vom 26.6.2014, S. 1, L 283 vom 27.9.2014, S. 65), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2021/1237 der Kommission vom 23. Juli 2021 (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 39) geändert worden ist“ durch die Angabe „vom 26.6.2014, S. 1) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 der Kommission vom 23. Juni 2023 (ABl. L 167 vom 30.6.2023, S. 1)“ ersetzt.
 - b) Buchstabe b wird wie folgt gefasst:
„b) Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L, 2023/2831 vom 15.12.2023, S. 1 ff.),“
 - c) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:
„c) Verordnung (EU) Nr. 2023/2832 der Kommission vom 23. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen (ABl. L, 2023/2832 vom 15.12.2023, S. 1 ff.),“
3. Ziffer I Nummer 4 wird wie folgt gefasst: „Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.“
4. In Ziffer II Großbuchstabe B Nummer 7 wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 360/2012“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 2023/2832“ ersetzt.
5. In Ziffer II Großbuchstabe C Nummer 7 wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 360/2012“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 2023/2832“ ersetzt.

6. Ziffer II Großbuchstabe D wird wie folgt neu gefasst:
„D. Patentverwertung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen
1. **Zuwendungszweck**
Die Förderung soll die Durchführung von Maßnahmen zur Bewertung, schutzrechtlichen Sicherung und wirtschaftlichen Verwertung von Forschungsergebnissen (vertraglich nicht gebundenes Know-how) aus sächsischen Wissenschaftseinrichtungen ermöglichen. Auf diese Weise werden Hochschulen und öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen bei der Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers unterstützt.
Adressat der Förderung ist der Verbund Sachsen-Patent, zu dem sich sächsische Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen haben. Der Verbund ermöglicht Synergieeffekte bei der Erschließung von Verwertungswegen.
Ziele der Förderung sind die Erhöhung der Transparenz von Wissensressourcen und die Verbesserung des Transfers in die Wirtschaft.
2. **Gegenstand der Förderung**
Der Freistaat Sachsen unterstützt Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei der Bewertung, der schutzrechtlichen Sicherung sowie der Vermarktung von Forschungsergebnissen. Gegenstand der Förderung ist der gesamte Prozess der Schutzrechtsanmeldung, von der Überprüfung bis zur Verwertung der Idee. Schutzrechte im Sinne dieser Richtlinie sind Patente und Gebrauchsmuster. Die Förderung ist in vier Leistungspakete (LP) unterteilt:
 - a) **Leistungspaket 1: Bewertung von Forschungsergebnissen**
Ausführliche Prüfung der Erfindung gegenüber dem Stand der Technik, Prüfung auf wirtschaftliche Verwertbarkeit (beispielsweise Wirtschaftsrecherchen, Marktanalyse, Kosten-Nutzen-Analyse) und Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung einer Schutzrechtsstrategie,
 - b) **Leistungspaket 2: Schutzrechtsanmeldungen und Schutzrechtsnachanmeldungen** (Amtsgebühren und Ausgaben für Patentanwalt), zusätzlich optional Patentanwaltsleistungen für Marken- und Designanmeldung,
 - c) **Leistungspaket 3: Aktivitäten zur Verwertung**
Beratung und Prüfung der Verwertungsmöglichkeiten, Erarbeitung einer schutzrechtsbezogenen Verwertungsstrategie, Vorbereitung, Begleitung und Abschluss einer Geheimhaltungsvereinbarung und Verwertungsvereinbarung, Exposé-Erstellung für Veröffentlichung, Unterstützung bei der Identifikation und Ansprache potenzieller Verwerter, Unterstützung

- bei Vertragsverhandlungen, Durchführung von ersten Verwertungs- und Marketingmaßnahmen, aktive Messteilnahmen zur Verwertung,
- d) Leistungspaket 4: Portfolioverwaltung und weitere Verwertung
- Unterstützung bei der Pflege des Schutzrechtssportfolios, Weiterführung der Verwertungsaktivitäten.

Leistungspaket 1 kann nur gefördert werden, wenn alle hier aufgeführten Leistungsbestandteile realisiert wurden.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger ist der jeweilige Koordinator des Verbunds SachsenPatent. Koordinator kann eine Universität, Hochschule für angewandte Wissenschaften oder außeruniversitäre Forschungseinrichtung mit Sitz in Sachsen sein.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Jedes Verbundmitglied (Hochschulen gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Hochschulgesetzes vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83) geändert worden ist, oder Forschungszentren gemäß § 101 des Sächsischen Hochschulgesetzes oder durch Bund und/oder Land institutionell geförderte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit einer Forschungsstätte im Freistaat Sachsen) muss zum Zeitpunkt der Antragstellung über den Verbundkoordinator SachsenPatent über eine intern implementierte Strategie zum Umgang mit und zur Verwertung von seinem geistigen Eigentum verfügen und zu deren Umsetzung mit einem oder mehreren qualifizierten Dienstleistern zusammenarbeiten.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

- a) Der Freistaat gewährt im Rahmen einer Projektförderung eine Zuwendung als Zuschuss in Form einer Festbetragsfinanzierung für die Leistungspakete 1, 3 und 4 sowie in Form einer Anteilfinanzierung für das Leistungspaket 2.
- Für das Leistungspaket 1 wird eine Festbetragsfinanzierung in Höhe von 1 800 Euro pro Erfindungsmeldung gewährt. Für das Leistungspaket 2 wird ein Zuschuss als Anteilfinanzierung in Höhe von 40 Prozent bezogen auf die zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt, die im Förderzeitraum anfallen. Für das Leistungspaket 3 wird eine Festbetragsfinanzierung in Höhe von 2 500 Euro pro Erfindungsmeldung gewährt. Für das Leistungspaket 4 wird ab dem dritten Jahr nach Einreichung der prioritätsbegründenden Erstanmeldung eine Festbetragsfinanzierung in Höhe von 400 Euro pro Bewertungsfall und Jahr für die zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt, die im Förderzeitraum anfallen. Bewertungsfall ist ein Erfindungsgegenstand, der im Rahmen des Leistungspakets 1 bewertet wurde und für den Schutzrechte angemeldet wurden. Die Förderung in Leistungspaket 4 bezieht sich auf erteilte Schutzrechte, deren Anmeldung auf der Grundlage der Richtlinie „WIPANO – Wissens- und Technologietransfer durch Patente und Normen“ des BMWK vom 27. November 2015 sowie vom 16. Dezember 2019 im Zeitraum 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2023 gefördert wurde. Im Rahmen der vorliegenden Neufassung des Vorhabenbereichs D. Patentverwertung durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird aufgrund der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die maximal mögliche Ge-

samthöhe aller Zuwendungen für den Patentverbund SachsenPatent auf 900 000 Euro pro Jahr beschränkt.

- b) Zuwendungsfähig sind in allen Leistungspaketen nur Ausgaben für Leistungen, die von einem qualifizierten externen Dienstleister durchgeführt werden. Wenn die antragstellende Einrichtung über qualifizierte Kapazitäten (zum Beispiel ein Patentinformationszentrum) verfügt, muss für die Durchführung von Leistungspaket 1 nicht zwingend ein externer Dienstleister beauftragt werden. Sofern die Durchführung von einzelnen Bewertungsgegenständen in Leistungspaket 1 durch die intern qualifizierte Stelle erfolgt, sind die Ausgaben nicht zuwendungsfähig. Zuwendungsfähig in Leistungspaket 2 sind Ausgaben nur für die Leistungen, die von einem Patentanwalt durchgeführt werden.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- a) Rechte und Pflichten des Koordinators sowie der Verbundmitglieder werden im Zuwendungsbescheid unter Zugrundelegung der Kooperationsvereinbarung des Patentverbunds festgelegt.
- b) Das Verfahren muss grundsätzlich mit Leistungspaket 1 beginnen und kann im Fall guter Erfolgsaussichten mit dem jeweils folgenden Leistungspaket fortgeführt werden. Ein Beginn des Verfahrens mit Leistungspaket 2 oder Leistungspaket 3 oder Leistungspaket 4 ist auch dann möglich, wenn die vorgelagerten Schritte im Rahmen eines durch die Förderrichtlinie „WIPANO – Wissens- und Technologietransfer durch Patente und Normen“ des BMWK vom 27. November 2015 sowie vom 16. Dezember 2019 (Förderschwerpunkt Nummer 2.1.2 „Öffentliche Forschung – Verwertungsförderung“) geförderten Vorhabens durchgeführt wurden.
- c) Der Förderzeitraum beträgt maximal 24 Monate.

7. Verfahren

- a) Für die Leistungspakete 1, 3 und 4 (Festbetragsfinanzierung) und Leistungspaket 2 (Anteilfinanzierung) ist jeweils ein gesonderter Antrag zu stellen. Dem Förderantrag für den Verbund SachsenPatent sind grundsätzlich für jeden Verbundpartner beizufügen:
- Vorlage der in der Hochschule oder Forschungseinrichtung implementierten Strategie zum Umgang mit und Verwertung von geistigem Eigentum,
 - Konzept zur Erfolgskontrolle und weiteren Optimierung der Verwertung von Erfindungen aus der jeweiligen Hochschule bzw. Forschungseinrichtung aufgrund der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen (Anzahl der verwerteten Patente, Höhe der Einnahmen aus Lizenzierung, Anzahl an Forschungsk Kooperationen, Anzahl an Ausgründungen) und
 - Erklärung, dass die beantragende Hochschule oder Forschungseinrichtung die in Nummer 2.1.1 im Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (2022/C 414/01) vom 28. Oktober 2022 (ABl. C 414 S. 1) festgelegten Kriterien erfüllt,
- b) Der Verbundkoordinator erfasst die erfahrungsbasiert prognostizierte Anzahl der Leistungspakete der Verbundpartner für den Förderzeit-

raum, übermittelt diese Zahlen an die SAB und beantragt die Zuwendung für den gesamten Patentverbund auf dieser Basis.

- c) Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt bei Vorlage von Teilverwendungsnachweisen in mehreren Teilbeträgen im Erstattungsverfahren gemäß Nummer 7.6 der VwV zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung abweichend von den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) quartalsweise nachschüssig auf Basis einer durch den Verbundkoordinator vorgelegten formalen Zahlungsanforderung, die als Anlage eine Übersicht aller in den vergangenen drei Monaten realisierten Leistungspakete der Verbundpartner enthält. Vor der Auszahlung prüft die Bewilligungsbehörde den Teilverwendungsnachweis auf Vollständigkeit der Unterlagen und Plausibilität der Angaben und überprüft ihn darauf, dass Hindernisse gegen die Auszahlung offensichtlich nicht bestehen. Der Verbundkoordinator leitet die Zuwendung gemäß Nummer 12 der VwV zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung unverzüglich an die Verbundpartner weiter.
8. Beihilferechtliche Bestimmungen
Der Koordinator stellt sicher, dass er und die Verbundmitglieder die Voraussetzungen der Mitteilung der Kommission – Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (2022/C 414/01) vom 28. Oktober 2022 (ABl. C 414 S. 1) im Hinblick darauf erfüllen, dass die Zuwendung nicht als Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu qualifizieren ist. Nach Nummer 2.1.1 Rz 20 des Unionsrahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation gelten Tätigkeiten des Wissenstransfers nicht als wirtschaftliche Tätigkeiten und sind damit keine Beihilfe, soweit sie entweder durch die Forschungseinrichtung oder in deren Auftrag durchgeführt werden und die Gewinne aus

diesen Tätigkeiten in die primären Tätigkeiten der Forschungseinrichtung reinvestiert werden. Der nichtwirtschaftliche Charakter bleibt durch die im Wege einer öffentlichen Ausschreibung erfolgende Vergabe entsprechender Dienstleistungen an Dritte unberührt."

7. In Ziffer II Großbuchstabe E Nummer 7 wird die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 1407/2013“ durch die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 2023/2831“ ersetzt.
8. In Ziffer III wird die Angabe „31. Dezember 2024“ durch die Angabe „31. Dezember 2025“ ersetzt.
9. Die Anlage wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 wird die Angabe „die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2021/1237 der Kommission vom 23. Juli 2021 (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S. 39) geändert worden ist,“ durch die Angabe „in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 der Kommission vom 23. Juni 2023 (ABl. L 167 vom 30.6.2023, S. 1)“ ersetzt.
- b) In Nummer 1 wird die Angabe „und 26 bis 29“ durch die Angabe „26 und 27 bis 29“ ersetzt.
- c) In Nummer 19 wird die Angabe „200 000 Euro pro Unternehmen“ durch die Angabe „220 000 Euro pro Unternehmen“ ersetzt.
- d) Nummer 22 wird wie folgt neu gefasst:
„Veröffentlichung und Information (Artikel 9 AGVO)
Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 100 000 Euro werden in der Regel binnen sechs Monaten nach dem Tag der Gewährung der Beihilfe in der Beihilfentransparenzdatenbank der Europäischen Kommission oder auf einer umfassenden nationalen oder regionalen Beihilfe-Website veröffentlicht.“

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 19. Juni 2024

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung Städtebauförderung im Freistaat Sachsen Programmaufruf 2025

Vom 14. Juni 2024

Inhaltsverzeichnis

- I. Allgemeine Grundsätze**
 1. Die Programme der Städtebauförderung
 2. Rechtsgrundlagen der Förderung
 3. Strategische Zielstellungen des Freistaates Sachsen in der Städtebauförderung
- II. Programmschwerpunkte, Maßgaben und Bewertung**
 1. Grundsätzlich förderfähige Maßnahmen im Rahmen von städtebaulichen Gesamtmaßnahmen
 2. Bund-Länder-Programm: Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP)
 3. Bund-Länder-Programm: Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP)
 4. Bund-Länder-Programm: Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)
 5. Anträge auf Neuaufnahmen in die Städtebauförderung
 - 5.1 Allgemeine Hinweise
 - 5.2 Voraussetzungen für eine Programmaufnahme
 - 5.3 Bewertungskriterien für Neuaufnahmen
 6. Fortsetzungsanträge
 - 6.1 Allgemeine Hinweise
 - 6.2 Voraussetzungen für die Gewährung von Finanzhilfen für Fortsetzungsanträge
 - 6.3 Bewertungskriterien für Fortsetzungsanträge
 7. Fortsetzungsberichte
- III. Verfahren**
- IV. Begleitinformationen zu den Teilprogrammen der Städtebauförderung und Evaluierung**
 1. Begleitinformation
 2. Evaluierung

I.

Allgemeine Grundsätze

1. Die Programme der Städtebauförderung

Mit der Ausschreibung Städtebauförderung 2025 werden Zielstellungen, Voraussetzungen und Bewertungskriterien für eine Programmaufnahme oder Programmförderung bekanntgemacht und verbindliche Fristen für Neu- und Fortsetzungsanträge/-berichte in den Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung festgelegt. Als

Programme in der Städtebauförderung 2025 stehen unverändert zum Vorjahr zur Verfügung:

- Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP)
- Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP)
- Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)

2. Rechtsgrundlagen der Förderung

(1) Die jährlichen Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung dienen auf Grundlage des Artikels 104b Grundgesetz in Verbindung mit § 164a und § 164b des Baugesetzbuchs in der jeweils geltenden Fassung, dem Abbau von städtebaulichen Missständen oder Funktionsverlusten in den Städten und Gemeinden. Die nachfolgenden Regelungen gelten vorbehaltlich der zwischen dem Bund und den Ländern noch abzuschließenden „Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2025/2026“. Die Bundes- und Landesmittel sind für Fördergebiete bestimmt, die durch Beschluss der Gemeinde oder durch Satzung nach Maßgabe der drei städtebaulichen Förderprogramme räumlich abzugrenzen sind (Gebietskulisse).

(2) Die Bekanntmachung beruht auf Abschnitt C Nummer 10 der FRL Städtebauliche Erneuerung vom 7. März 2022 (SächsABl. S. 361), die in den Zuständigkeitsbereich des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung (SMR) fällt.

3. Strategische Zielstellungen des Freistaates Sachsen in der Städtebauförderung

(1) Die Städte und Gemeinden für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert, attraktiv und anpassungsfähig für künftige Aufgaben zu erhalten ist eine dauernde Aufgabe der Städtebauförderung. Aufgabe der Städtebauförderung ist die Behebung städtebaulicher Missstände oder Funktionsverluste innerhalb einer Gebietskulisse.

(2) Die Städtebauförderung verfolgt vorrangig das Ziel der Innen- vor Außenentwicklung. Die konkreten Maßnahmenplanungen sind auf Grundlage bestehender städtebaulicher Strukturen auszurichten und die Flächeninanspruchnahme zu minimieren. Die Stärkung und Entwicklung innerörtlicher Zentren und Innenstädte zu attraktiven, identitätsstiftenden und multifunktionalen Standorten für Wohnen, Arbeit, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Bildung steht im Fokus. Eine Nutzungsvielfalt wird insbesondere für Erdschossflächen der Innenstädte angestrebt.

(3) Beantragte Gesamtmaßnahmen sollen sich durch ein hohes Maß an Gemeinwohlorientierung auszeichnen. Die im

Maßnahmenkonzept benannten Vorhaben sollen insbesondere durch eine in das Quartier oder in die Nachbarschaft ausstrahlende Wirkung und durch eine allgemeine Verfügbarkeit und Nutzung geprägt sein. Auf die Zielstellungen der Neuen Leipzig Charta 2020 wird verwiesen. Gesellschaftliche Teilhabe und die Integration aller Bevölkerungsgruppen sowie die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den Quartieren sind wesentliche Ziele der Städtebauförderung. Die durch die Städtebauförderung angestoßenen Instrumente des Quartiersmanagements und des Verfügungsfonds sollen über den Abschluss der Gesamtmaßnahme hinaus durch die Kommune selbst verstetigt werden.

(4) Neben der Förderung von Gemeinbedarfseinrichtungen im Hinblick auf ihre Funktion der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung sollen Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe aller einen wichtigen Schwerpunkt der Städtebauförderung in den nächsten Jahren im Freistaat Sachsen kennzeichnen.

(5) Maßnahmen zum Klimaschutz sowie zur Anpassung an den Klimawandel in urbanen Räumen haben eine hohe Bedeutung und sind daher über alle Maßnahmen der Städtebauförderung hinweg als Querschnittsaufgabe zu betrachten. Der Fokus liegt dabei auf der Entwicklung von energetischen Quartierslösungen sowie im Ausbau und in der Qualifizierung der grünen und blauen Infrastruktur, wie zum Beispiel der Speicherung von Niederschlagswasser vor Ort (Schwammstadt). Diese multifunktionalen beziehungsweise komplementären Maßnahmen tragen ebenfalls zur Erreichung weiterer Zielstellungen (unter anderem Schaffung öffentlicher Räume und Verbesserung der Lebensqualität) bei.

(6) In Sachsen besteht eine besondere Herausforderung, brach gefallene Flächen sowie leerstehende Gebäude zu revitalisieren und für neue Entwicklungsimpulse zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Neu- und Wiedernutzung brachliegender Industrie-, Konversions- oder Eisenbahnflächen, leer gefallener Immobilien und nicht hinreichend genutzter Areale, um die Revitalisierung der Stadt- und Ortskerne zu stärken.

(7) Durch die Städtebauförderung soll der integrierte und gebietsbezogene Handlungsansatz in Planung und Umsetzung auch innerhalb der Kommunalverwaltung gestärkt werden. Beantragte Gesamtmaßnahmen sollen sich durch ein hohes Maß an ressortübergreifender Abstimmung innerhalb der Kommunalverwaltung sowohl in der Gesamtkonzeption als auch in den Maßnahmenplanungen auszeichnen. Nach bestehenden Möglichkeiten sollen Fachförderprogramme (unter anderem KfW 444, FRL Orte des Gemeinwesens, Schulinfrastrukturverordnung oder FRL KitaBau) genutzt werden.

(8) Neben der notwendigen verwaltungsinternen gebietsbezogenen und integrierten Abstimmung hat die Einbeziehung von vor Ort vertretenen Akteuren (Bewohner, Zivilgesellschaft, Wohnungswirtschaft, Lokalökonomie) einen hohen Stellenwert.

II.

Programmschwerpunkte, Maßgaben und Bewertung

1. Grundsätzlich förderfähige Maßnahmen im Rahmen von städtebaulichen Gesamtmaßnahmen

(1) Die Finanzhilfen im Rahmen städtebaulicher Gesamtmaßnahmen können gemäß der Bund-Länder-Ver-

tungsvereinbarung Städtebauförderung eingesetzt werden für:

- die Vorbereitung der Gesamtmaßnahme einschließlich vorbereitender Untersuchungen nach § 141 des Baugesetzbuchs sowie Erarbeitung und Fortschreibung integrierter städtebaulicher Entwicklungskonzepte,
- Maßnahmen des Klimaschutzes, zur Anpassung an den Klimawandel, zur Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur,
- Bau- und Ordnungsmaßnahmen,
- Maßnahmen zur Aufwertung des öffentlichen Raumes (Straßen, Wege, Plätze), zur Erneuerung des baulichen Bestandes,
- Maßnahmen der Revitalisierung von Brachflächen einschließlich Nachnutzung beziehungsweise Zwischenutzung,
- Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, zum Erhalt und zur Sicherung des bau- und gartenkulturellen Erbes sowie stadtbildprägender Gebäude,
- Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge,
- Maßnahmen der Barrierearmut beziehungsweise -freiheit,
- Maßnahmen zum Einsatz digitaler Technologien (städtebauliche Vernetzung von Infrastrukturen, Daten, Netzen),
- Maßnahmen zum Umgang mit Gebäudeleerstand (zum Beispiel Zwischenerwerb),
- Quartiersmanagement, Leistungen von Beauftragten, Beratung von Eigentümern/Eigentümerinnen,
- interkommunale Maßnahmen, insbesondere von kleineren Städten und Gemeinden, sowie Stadt-Umland-Kooperationen einschließlich Maßnahmen zur Bildung interkommunaler Netzwerke und Kooperationsmanagement,
- Maßnahmen zur Steigerung der Baukultur, insbesondere der Planungs- und Prozessqualität,
- Maßnahmen mit hohem Innovations- und Experimentiercharakter in außerordentlichen Stadtentwicklungsformaten und
- Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern.

(2) Der Einsatz von Finanzhilfen erfolgt nur für Maßnahmen, die den nachfolgend aufgeführten Zielstellungen und Schwerpunkten der einzelnen Programme zugeordnet werden können und mit den festgestellten städtebaulichen Missständen und Funktionsverlusten sowie den formulierten Entwicklungszielen des Fördergebietskonzeptes im Einklang stehen.

2. Bund-Länder-Programm: Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne (LZP)

(1) Ziel des LZP ist die Stärkung und Belebung von Stadt- und Ortskernen als Mittelpunkt des städtischen Lebens. Im LZP können städtebauliche Gesamtmaßnahmen gefördert werden, deren Zielsetzung in der Anpassung, Stärkung, Revitalisierung und dem Erhalt von Stadt- und Ortskernen, historischer Altstädte, Stadtteilzentren und Zentren in Ortsteilen besteht.

(2) Die räumliche Festlegung des Städtebaufördergebiets kann als Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuchs, Erhaltungsgebiet nach § 172 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs, als Maßnahmengbiet nach § 171b oder § 171e des Baugesetzbuchs erfolgen.

(3) Die Höhe der Finanzhilfen (Bund und Land) beträgt 66 2/3 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

- (4) Schwerpunkte der Förderung sind insbesondere:
- a) Maßnahmen zur Förderung der Standortaufwertung, der Nutzungsvielfalt und Funktionsmischung sowie zur Sicherung der Versorgungsstruktur,
 - b) Erhalt und Weiterentwicklung des innerstädtischen öffentlichen Raumes, insbesondere von Grünräumen,
 - c) Maßnahmen zum Erhalt des baukulturellen Erbes,
 - d) Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung,
 - e) zukunftsorientierte Mobilität und Erreichbarkeit der Zentren und
 - f) City- und Leerstandsmanagement.

3. Bund-Länder-Programm: Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten (SZP)

(1) Ziel des SZP ist eine sozial gerechte, nachhaltige und auf Gemeinwohl ausgerichtete Quartiersentwicklung. Mit der Erhöhung der Nutzungsvielfalt und der Generationengerechtigkeit sowie der Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts aller Bevölkerungsgruppen sollen die Quartiere lebenswerter gestaltet werden. Im SZP können städtebauliche Gesamtmaßnahmen gefördert werden, deren integrierter Ansatz dazu führt, dass eine an den Bedarfen der Bevölkerungsgruppen ausgerichteten Gestaltung des öffentlichen Raumes, der Verbesserung der Daseinsfürsorge sowie der Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements erfolgt.

(2) Die räumliche Festlegung des Städtebaufördergebiets kann als Maßnahmengbiet nach § 171e Absatz 3 des Baugesetzbuchs, als Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuchs oder als Erhaltungsgebiet nach § 172 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs erfolgen.

(3) Die Höhe der Finanzhilfen (Bund und Land) beträgt 66 2/3 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

- (4) Schwerpunkte der Förderung sind insbesondere:
- a) Aufwertung und Anpassung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raums,
 - b) Verbesserung des Angebots der sozialen und kulturellen Infrastruktur für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen,
 - c) Verbesserung der Bildungsangebote, einschließlich Gesundheit und Sport,
 - d) Maßnahmen zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge,
 - e) Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung und
 - f) Quartiersmanagement.

4. Bund-Länder-Programm: Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten (WEP)

(1) Ziel des WEP ist die Schaffung resilienter städtebaulicher Strukturen in wachsenden oder in schrumpfenden Städten und Gemeinden. Im WEP können städtebauliche Gesamtmaßnahmen gefördert werden, die auf die Beseitigung von erheblichen Funktionsverlusten und Strukturveränderungen und die Schaffung von nachhaltigen Quartieren abzielen.

(2) Die räumliche Festlegung des Städtebaufördergebiets kann als Stadtumbaugebiet nach § 171b des Baugesetzbuchs, Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuchs, städtebaulicher Entwicklungsbereich nach § 165 des Baugesetzbuchs oder Erhaltungsgebiet nach § 172 Absatz 1 Nummer 1 des Baugesetzbuchs erfolgen.

(3) Die Höhe der Finanzhilfen beträgt 66 2/3 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten. Die Absätze 6 bis 9 bleiben unberührt.

(4) Die städtebauliche Gesamtmaßnahme kann Einzelmaßnahmen aus einem oder mehreren Programmteilen gemäß Absatz 6 bis 9 beinhalten.

(5) Schwerpunkte der Förderung im Programmteil „Aufwertung“ sind insbesondere:

- a) Maßnahmen zur Stärkung der Innenentwicklung,
- b) Maßnahmen zur Gestaltung lebenswerter Stadtquartiere,
- c) Verbesserung des öffentlichen Raums und des Wohnumfeldes,
- d) städtebauliche Neuordnung sowie die Revitalisierung von Brachflächen durch Umnutzung von brachgefallenen Gebäuden,
- e) Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung und
- f) Quartiers- beziehungsweise Stadtumbaumanager.

(6) Im Programmteil „Rückbau“ können Finanzhilfen für den Rückbau leerstehender, dauerhaft nicht mehr benötigter Gebäude oder Gebäudeteile eingesetzt werden. Das beinhaltet Aufwendungen für die Freimachung von Wohnungen, den Rückbau unmittelbar (Abrisskosten) und eine einfache Herrichtung des Grundstücks zur Wiedernutzung, dazu zählt insbesondere die Begrünung. Der Zuschuss je Quadratmeter rückgebauter Wohnfläche beträgt bis zu 110 Euro der nachgewiesenen Ausgaben. Der Rückbau von vor 1919 errichteten Gebäuden in straßenparalleler Blockrandbebauung oder anderen das Stadtbild prägenden Gebäuden ist nicht zuwendungsfähig.

(7) Im Programmteil „Rückführung der städtischen Infrastruktur“ können Finanzhilfen für Maßnahmen der stadtumbaubedingten Rückführung der städtischen Infrastruktur sowohl im Bereich der sozialen als auch der technischen Infrastruktur eingesetzt werden. Das beinhaltet auch Vorhaben, die auf Grund des Stadtumbaus erforderlich sind, um die Funktionsfähigkeit zu sichern. Die Höhe der Finanzhilfen beträgt bei technischen Infrastrukturmaßnahmen 50 Prozent und bei sozialer Infrastruktur 90 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

(8) Im Programmteil „Sicherung“ können Finanzhilfen für die Sicherung von Gebäuden eingesetzt werden, die vor 1949 errichtet wurden. Die Höhe der Finanzhilfen beträgt 100 Prozent der nach der FRL Städtebauliche Erneuerung zuwendungsfähigen Ausgaben und Kosten.

(9) Im Programmteil „Sanierung“ können – auch im Rahmen von interkommunalen Kooperationen – Finanzhilfen für eine Einzelmaßnahme auf 100 Prozent der förderfähigen Ausgaben und Kosten für eine Sanierung erhöht werden. Dies gilt für vor 1949 errichtete, unter Denkmalschutz stehende beziehungsweise stadtbildprägende Gebäude, welche sich im Eigentum der Gemeinde befinden und für das ein tragfähiges Nutzungskonzept als Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtung vorhanden ist.

5. Anträge auf Neuaufnahmen in die Städtebauförderung
5.1 Allgemeine Hinweise

(1) Im LZP, SZP sowie WEP können jeweils eine begrenzte Anzahl neuer städtebaulicher Gesamtmaßnahmen durch das SMR mit Zustimmung des Bundes gemäß Abschnitt C Nummer 12.4 der RL Städtebauliche Erneuerung

in der jeweils geltenden Fassung aufgenommen werden. Ein Rechtsanspruch auf Programmaufnahme besteht nicht.

(2) Die Gemeinden, die einen Antrag auf Programmaufnahme stellen wollen, müssen frühzeitig mit der SAB in Kontakt treten und sich hinsichtlich der Wahl des Förderprogramms und des Umfangs der Gesamtmaßnahme beraten lassen.

(3) Zur Vorbereitung der Anträge können auch die Sächsische Energieagentur (saena) oder die durch das SMR geförderten Netzwerke und Beratungsstellen genutzt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind dies unter anderem: Dezentrale – Netz für gemeinschaftliches Wohnen in Sachsen, Denkmalnetz Sachsen, Kreativlandtransfer, Servicestelle Gemeinwesenarbeit, Fachstelle Integrierte Gemeindeentwicklung.

(4) Die Ausgestaltung des Umfangs der Gesamtmaßnahme soll so erfolgen, dass dieser in einem angemessenen Verhältnis zur Größe der Gemeinde und des Fördergebietes, zum Umfang der städtebaulichen Missstände sowie dem beabsichtigten Durchführungszeitraum und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune steht. Der Umfang der beantragten Finanzhilfen soll 10 Mio. Euro nicht überschreiten. Die Gemeinde bestätigt mit ihrem Grundsatzbeschluss (vgl. Abschnitt B Ziffer III Nummer 3 VwV Kommunale Haushaltswirtschaft), dass

- a) sie die Höhe der Gesamtausgaben in der Kosten- und Finanzierungsübersicht sorgfältig ermittelt hat,
- b) die Bereitstellung der Eigenanteile im Antragsjahr und in den folgenden Haushaltsjahren des Durchführungszeitraumes voraussichtlich gesichert ist und
- c) die Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme auch unter Berücksichtigung der Folgekosten ihrer Leistungskraft entspricht.

(5) Gesamtmaßnahmen mit einem Maßnahmenswerpunkt im Handlungsfeld Brachflächenrevitalisierung sind dem WEP zu beantragen.

(6) Bei Antragstellung im WEP sind alle Programmteile, die im Laufe der Durchführung der Gesamtmaßnahme in Anspruch genommen werden sollen, im Fördergebietskonzept darzustellen und mit dem Maßnahmenkonzept zu beantragen. Die Beantragung der Programmteile „Rückbau“ beziehungsweise „Rückführung der städtischen Infrastruktur“ kann nur in Kombination mit dem Programmteil „Aufwertung“ erfolgen.

(7) Sofern eine Kofinanzierung von EFRE-Maßnahmen beabsichtigt ist, müssen diese der Zielstellung des beantragten Programms entsprechen und sind entsprechend zu begründen.

(8) Nur in den Bund-Länder-Programmen SZP und WEP ist eine Förderung von interkommunalen Kooperationen möglich. Diese Förderung stellt auf Einzelmaßnahmen ab, die der gemeindeübergreifenden Daseinsvorsorge von kleineren Städten und Gemeinden im ländlichen Raum dienen. Hierbei müssen Einzelmaßnahmen eine Funktionsteilung im Hinblick auf die nachhaltige Sicherung von Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge bewirken.

5.2 Voraussetzungen für eine Programmaufnahme

(1) Voraussetzungen für eine Programmaufnahme sind:

- a) Die beantragende Gemeinde verfügt über mindestens 2.000 Einwohner. Bei interkommunalen Kooperationen muss dies von der antragstellenden Kommune erfüllt sein.

- b) Die Förderdauer einer Gesamtmaßnahme ist auf 15 Jahre begrenzt.
- c) Gebietsteile, die bereits Gegenstand einer Gesamtmaßnahme waren, können nur dann in eine neue Gebietskulisse einbezogen werden, wenn die alte Gesamtmaßnahme vorher abgerechnet worden ist. Bei Gebietsüberlagerungen ist im Antrag die erneute Beantragung zu begründen.
- d) Die Ableitung der beantragten Gesamtmaßnahme aus einem aktuellen (nicht älter als 10 Jahre) Integrierten Stadtentwicklungskonzept und den damit vernetzten Fachplanungen als eine für die gesamte Stadt beziehungsweise Gemeindeentwicklung ausgerichtete Rahmenplanung.
- e) Die Erstellung eines Fördergebietskonzepts zur Gesamtmaßnahme, welches die städtebaulichen Missstände und Funktionsverluste nach § 136 sowie § 171e des Baugesetzbuchs beschreibt, Entwicklungsziele definiert und daraus Maßnahmen ableitet und deren Beitrag zur Beseitigung beziehungsweise Abmilderung der festgestellten Missstände und Funktionsverluste begründet. Darüber hinaus ist die Wahl des Förderprogramms und des Fördergebietsbeschlusses in Bezug auf die Zielsetzungen des LZP, SZP oder des WEP, vergleiche Abschnitt II. Ziffer 2–4 dieser Bekanntmachung, zu begründen. Die Akteure vor Ort sind bei der Entwicklung des Fördergebietskonzepts einzubeziehen. Das Fördergebietskonzept sollte einen Umfang von 50 Seiten nicht überschreiten. Für dessen Erstellung wird auf die Arbeitshilfe des BMWSB zur Erstellung von Fördergebietskonzepten (Arbeitshilfe ISEK, www.staedtebaufoerderung.info oder www.bauen-wohnen.de/Staedtebaufoerderung) verwiesen. Die in der Arbeitshilfe unter Nummer 3.1 aufgeführten zentralen Inhalte müssen zwingender Bestandteil des Fördergebietskonzeptes sein.
- f) Eine aus dem Fördergebietskonzept und dessen Zielstellungen abgeleitete Maßnahme- und Umsetzungsplanung.
- g) Mindestens eine Maßnahme des Klimaschutzes beziehungsweise zur Anpassung an den Klimawandel pro Programmjahr (in Abhängigkeit des beantragten Durchführungszeitraums bis zu 15 Einzelmaßnahmen). Diese Maßnahmen sind im Antrag als Klimamaßnahmen zu kennzeichnen.
- h) Die dem Antrag beizufügenden Übersichtspläne müssen folgende Anforderungen erfüllen:
 - aa) die flurstückscharfe Abgrenzung und Lage mit lesbaren Straßennamen des vorgesehenen Fördergebietes innerhalb der Gemeinde,
 - bb) die aussagekräftige Darstellung der vorgesehenen Einzelmaßnahmen innerhalb des Fördergebietes und
 - cc) bei mehreren Gesamtmaßnahmen in einer Stadt oder Gemeinde eine Übersichtskarte über alle Gebiete.
 Bei Neuaufnahme in die Städtebauförderung sind mit Erhalt des Zuwendungsbescheides dem SMR digitale Karten zu den Fördergebietsumrissen als georeferenzierte Shapefile zu übersenden.
- i) Erklärung zur Finanzierbarkeit des Eigenanteils der Gemeinde.

(2) Für interkommunale Kooperationen gelten abweichend folgende Voraussetzungen:

- a) Anstelle des INSEK tritt ein unter Beteiligung der Akteure vor Ort überörtlich abgestimmtes integriertes Kooperationskonzept zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Grundlage dafür soll ein durch die Richtlinie zur Förderung der Regionalentwicklung (FR-Regio) initiiertes Kooperationsprozess sein. Die jewei-

lige LEADER-Aktionsgruppe ist über die beabsichtigte Städtebauförderung zu informieren. Das Kooperationskonzept muss Aussagen zur demografischen Entwicklung, den gemeinsamen Entwicklungszielen und zur kooperativen Verantwortungswahrnehmung sowie den erforderlichen Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der Daseinsvorsorge in den beteiligten Kooperationsgemeinden enthalten.

- b) Anstelle des Fördergebietskonzeptes tritt ein aus dem Kooperationskonzept abzuleitendes Umsetzungskonzept. In diesem sind für jede beantragte Maßnahme zur Sicherung der Daseinsvorsorge neben den Kosten auch die interkommunal synergetischen Wirkungen sowie der Aufbau nachhaltiger Kooperationsstrukturen konkret zu erläutern. Das Umsetzungskonzept sollte einen Umfang von 15 Seiten nicht überschreiten.
- c) Aus der aus dem Umsetzungskonzept abzuleitenden Maßnahme- und Umsetzungsplanung sind nur solche Einzelmaßnahmen förderfähig, die der Sicherung der Daseinsvorsorge dienen und bei denen jeweils mindestens zwei der beteiligten Gemeinden kooperieren, was zu einer synergetischen Wirkung für diese Gemeinden führen muss. Eine mögliche überörtliche Wirkung von Einzelmaßnahmen ist nicht ausreichend.
- d) Maßnahmen zur Stärkung der touristischen Infrastruktur sind nicht förderfähig.

5.3 Bewertungskriterien für Neuaufnahmen

Die Entscheidung über die Neuaufnahme von Gesamtmaßnahmen erfolgt im Wettbewerbsverfahren. Die Bewertung erfolgt nach folgenden Kriterien:

- a) Qualität des Fördergebietskonzepts: strategische Einbettung in gesamtstädtische Entwicklungen, Ableitung aus einem INSEK, Benennung Missstände und/oder Funktionsverluste, Definition von Entwicklungszielen und daraus abgeleiteter geeigneter Maßnahmen, Akteursbeteiligung.
- b) Qualität des Maßnahmen- und Umsetzungsplans: Ableitung und Ausgewogenheit in Bezug auf das Förderkonzept, die geplante Laufzeit sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit und die Gebietsabgrenzung.
- c) Qualität der Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung: Vielfalt und Multifunktionalität von Maßnahmen, insbesondere zur Verbesserung der grünen und blauen Infrastruktur (unter anderem Bodenentsiegelung, Flächenrecycling, Renaturierung von Gewässern, Schaffung/Erhalt oder Erweiterung von Grünflächen und Freiräumen, Vernetzung von Grün- und Freiflächen, Begrünung von Bauwerksflächen, Erhöhung der Biodiversität) oder zur Schaffung einer klimafreundlichen Mobilität oder zur Realisierung von energetischen Quartierslösungen.

6. Fortsetzungsanträge

6.1 Allgemeine Hinweise

(1) Für die Berücksichtigung von Fortsetzungsanträgen stehen in allen drei Programmen nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

(2) Die beantragten Finanzhilfen sollen in einem angemessenen Verhältnis zum noch verbleibenden Durchführungszeitraum, der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune und der Realisierbarkeit der Maßnahmen im beantragten Zeitraum stehen und über ein erhebliches Maß an Planungsreife verfügen.

(3) Im Maßnahmen- und Umsetzungsplan sind die in 2024 vorgenommenen Nummerierungen sowie die Maßnahmebezeichnungen beizubehalten und EFRE-Kofinanzie-

rungsmaßnahmen sowie die Fachförderungen zu kennzeichnen. Auf die Übereinstimmung mit der Höhe der beantragten Zuwendung sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht ist zu achten. Die Klimamaßnahmen sind ebenfalls mit der beizubehaltenden Nummerierung im Maßnahmen- und Umsetzungsplan anzugeben.

(4) Der Sachbericht muss konkrete Aussagen zum Stand der Umsetzung der Einzelmaßnahmen sowie der Zielerreichung enthalten. Die Angaben in der Anlage 3 ersetzen diesen nicht.

6.2. Voraussetzungen für die Gewährung von Finanzhilfen für Fortsetzungsanträge

Voraussetzungen für Fortsetzungsanträge sind:

- a) Die Übereinstimmung des Maßnahme- und Umsetzungsplans mit dem Fördergebietskonzept und unter Berücksichtigung des vorhandenen Finanzrahmens. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen:
 - aa) Gesamtmaßnahmen mit noch vorhandenem Finanzrahmen können innerhalb des noch bestehenden Volumens neue Einzelmaßnahmen in das Maßnahmenkonzept aufnehmen, sofern diese den Fördergebietszielen entsprechen. Gegebenenfalls sind im Gegenzug andere Einzelmaßnahmen dafür zu streichen. Eine Kürzung von Gesamtkosten geplanter Maßnahmen zugunsten neuer Einzelmaßnahmen ohne den Nachweis tatsächlich gesunkener Kosten ist nicht zulässig.
 - bb) Bei ausgeschöpftem Finanzrahmen können nur letzte, bereits begonnene Vorhaben aus dem Maßnahmen- und Umsetzungsplan, die für die Erreichung der städtebaulichen Zielstellungen unerlässlich sind, beantragt werden. Im Programmjahr 2025 neu beziehungsweise nach vorheriger Streichung erneut aufgenommene Einzelmaßnahmen können keine Berücksichtigung finden.
- b) Gesamtmaßnahmen, die nur noch über einen Durchführungszeitraum von zwei Jahren verfügen, haben dem Antrag ein detailliertes Ausstiegsszenario beizufügen. Diese Gesamtmaßnahmen sind im dafür festgelegten Durchführungszeitraum zu beenden. Einer Verlängerung des Durchführungszeitraumes wird nur in Ausnahmefällen zur Fertigstellung begonnener Einzelmaßnahmen stattgegeben.
- c) Gesamtmaßnahmen, die nur noch über einen Durchführungszeitraum von zwei Jahren verfügen sollen Aussagen zur langfristigen Verstetigung von Quartiersmanagement über den Förderzeitraum hinaus treffen.
- d) Mindestens eine Maßnahme des Klimaschutzes beziehungsweise zur Anpassung an den Klimawandel im Programmjahr. Diese Maßnahmen sind im Antrag als Klimamaßnahmen zu kennzeichnen.
- e) Erklärung zur Finanzierbarkeit des Eigenanteils der Gemeinde.

6.3 Bewertungskriterien für Fortsetzungsanträge

(1) Die Bewertung der Fortsetzungsanträge erfolgt nach folgenden Kriterien:

- a) Plausibilität des beantragten Finanzhilfebedarfes im Zusammenhang mit dem Maßnahme- und Umsetzungsplan,
- b) Einhaltung des Finanzrahmens und
- c) Fortschritt der Gesamtmaßnahme im geplanten Zeitrahmen sowie erreichter Umsetzungsstand.

(2) Im Ergebnis der Bewertung wird die Einteilung der Fortsetzungsanträge in drei Kategorien nach den folgenden Maßgaben vorgenommen:

- a) In Kategorie I werden Fortsetzungsanträge für die Abfinanzierung von Einzelmaßnahmen innerhalb des mitgeteilten Finanzrahmens beziehungsweise der bei Programmaufnahme für die Gesamtmaßnahmen kalkulierten Gesamtausgaben priorisiert. Diese Anträge werden grundsätzlich vorrangig berücksichtigt.
- b) In Kategorie II werden Fortsetzungsanträge eingeordnet, deren Gesamtmaßnahmen über keinen Finanzrahmen mehr verfügen sowie solche, die im Wesentlichen wegen unvorhersehbarer Erhöhungen der Kosten bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen gestellt werden. Erhöhungen sind in der Regel unvorhersehbar, wenn sie aus Preissteigerungen herrühren oder sich aus im Vorfeld nicht absehbaren, zusätzlich notwendigen Arbeiten ergeben. Diese Anträge werden grundsätzlich nach denen der Kategorie I berücksichtigt.
- c) In Kategorie III werden Fortsetzungsanträge eingeordnet, die wegen einer Erhöhung von Kosten gestellt werden, die auf einer wesentlichen Änderung der bei Programmaufnahme zu Grunde gelegten Schwerpunktsetzung in Bezug auf die ursprünglich vorgesehenen Einzelmaßnahmen beruhen. Diese können nicht berücksichtigt werden.

7. Fortsetzungsberichte

(1) Städte und Gemeinden, deren laufende Gesamtmaßnahmen bereits in die Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung aufgenommen sind und keine Fortsetzungsanträge stellen, berichten über den Durchführungsstand ihrer städtebaulichen Gesamtmaßnahme.

(2) Die Fortsetzungsberichte müssen die für eine sachgerechte Prüfung notwendigen Angaben und Dokumentationen und insbesondere folgende Angaben mit Erläuterungen enthalten:

- a) Abarbeitungsstand der Fördergebietsziele,
- b) Überprüfung des Zeithorizonts für die Schließung des Gebiets,
- c) Darstellung laufender, begonnener und abgeschlossener Einzelmaßnahmen,
- d) Benennung von Hindernissen für den weiteren Verlauf der Gesamtmaßnahme und
- e) gegebenenfalls Darstellung des Stands zur Erhebung von Ausgleichsbeträgen.

III.

Verfahren

(1) Die Formulare für die Anträge auf Neuaufnahme und Anträge für Fortsetzungsmaßnahmen in den Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung sowie die Einreichung von Fortsetzungsberichten und deren Bestandteile sind bei der SAB (www.sab.sachsen.de) abzurufen. Die SAB berät zu fachlichen und formalen Anforderungen an einen Antrag und

zum sachlichen und finanziellen Umfang der Vorbereitung sowie zur Abstimmung des weiteren Verfahrens.

(2) Anträge auf Neuaufnahme, Fortsetzungsanträge für bereits in Förderprogramme aufgenommene Gesamtmaßnahmen und Fortsetzungsberichte, sind bis zum

31. Januar 2025

bei der SAB einzureichen. Die Einreichung von Fortsetzungsberichten ist nicht erforderlich, wenn die Gemeinde schriftlich den Abschluss der Gesamtmaßnahme gegenüber der SAB erklärt hat. In diesem Fall ist ein Sachbericht als Abschlussbericht zur Abrechnung der Gesamtmaßnahme bei der SAB abzugeben.

(3) Die Anträge sind fristgerecht und vollständig nach Maßgabe der vorstehenden Regelungen einzureichen (formelle Ausschlussfrist).

IV.

Begleitinformationen zu den Teilprogrammen der Städtebauförderung und Evaluierung

1. Begleitinformation

Die Formulare der Begleitinformationen sind innerhalb von vier Wochen nach der Bereitstellung durch den Bund elektronisch (<https://stbauf.bund.de/stbaufbi>) auszufüllen. Die Gemeinden werden über den Zeitpunkt der Bereitstellung durch das SMR über die Internetseite der SAB informiert. Den Gemeinden vergebene Zugangsdaten gelten weiter. Anträge auf neue Zugangsdaten oder Fragen zu den Begleitinformationen können an das SMR (staedtebaufoerderung@smr.sachsen.de) adressiert werden.

2. Evaluierung

(1) Die Städtebauförderung und ihre Programme werden nach Artikel 104b des Grundgesetzes regelmäßig durch den Bund im Zusammenwirken mit den Ländern evaluiert. Wesentliche Grundlagen der Evaluierung sind neben den Begleitinformationen zum Antrag die Daten des elektronischen Monitorings des Bundes. Die Monitoringdaten des jeweils laufenden Programmjahres sind zeitversetzt immer zum 30. September des darauffolgenden Jahres vom Land an den Bund zu übermitteln. Zuvor sind diese von den Gemeinden in die elektronisch vom Bund bereitgestellten Formblätter (<http://stbauf.bund.de/stbaufbi>) einzutragen.

(2) Im Kalenderjahr 2025 sind für laufende Gesamtmaßnahmen die Daten des Kalenderjahres 2024 zu erfassen. Für 2024 in das Landes- und Bundesprogramm neu aufgenommene Gesamtmaßnahmen sind die Daten erstmals 2025 von den Gemeinden für das Kalenderjahr 2024 zu erfassen. Das Datum der notwendigen Freischaltung der erfassten Daten durch die Gemeinden wird vom SMR den Programmgemeinden im jeweiligen Kalenderjahr bekannt gegeben.

Dresden, den 14. Juni 2024

Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung
Annette Rothenberger-Temme

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über Anträge auf Erteilung von Leitungs-
und Anlagenrechtsbescheinigungen
Gemarkungen Collmen, Canitz, Klitzschen und Audenhain
Vom 15. Mai 2024

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Naundorfer Straße 46 in 04860 Torgau, Anträge auf Erteilung von Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Die Anträge (Az.: 32-0552/33/12 und 13) betreffen die vorhandenen Anodenkabel mit Anodenfeld zum Korrosionsschutz der Trinkwasserleitung einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von den Anlagen betroffenen Grundstückseigentümer der Gemeinde Thallwitz (Gemarkungen Collmen und Canitz) und die Gemeinde Mockrehna (Gemarkungen Klitzschen und Audenhain) können die eingereichten Anträge sowie die beigelegten Unterlagen in der Zeit

vom 30. Juli bis einschließlich 27. August 2024

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0341/977-3203.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 15. Mai 2024

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Sächsischen Oberbergamtes über die Veröffentlichung der Antragsunterlagen des Sonderbetriebsplans zum Vorhaben „Abraumhalde Glockenpöhl zum Metabasalttagebau Bösenbrunn“ auf den Gemarkungen Bösenbrunn und Schönbrunn, des Landkreises Vogtlandkreis

Vom 17. Juni 2024

I.

Das Sächsische Oberbergamt führt als für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des oben genannten Vorhabens zuständige Behörde auf Antrag der Hartsteinwerke Vogtland GmbH & Co. KG mit Sitz Zum Lauterbacher Steinbruch 9a in 08606 Oelsnitz vom 15. April 2024 unter dem Geschäftszeichen 22-4141/4875/1 ein bergrechtliches Zulassungsverfahren gemäß § 52 Absatz 2 Nummer 2 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert, in Verbindung mit § 22a Absatz 3 Allgemeine Bundesbergverordnung vom 23. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1466), zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 18. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3584) geändert, und in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83) geändert, durch.

II.

Die Hartsteinwerke Vogtland GmbH & Co. KG betreiben am Standort Bösenbrunn, südwestlich von Oelsnitz/Vogtland, die Tagebaue Hohe Hut und Glockenpöhl zur Gewinnung von Metabasalt (Diabas) als Straßenbau- und Zuschlagstoff. Beide Steinbrüche wurden bereits in den 1980-er Jahren aufgeschlossen. Bis heute laufen sie im wechselseitigen Regelbetrieb. Es wird eine gemeinsame Aufbereitung genutzt.

Am Standort befindet sich auch die Halde Glockenpöhl. Sie dient der Ablagerung von nicht verwertbaren Lagerstättenbestandteilen („bergbaulicher Abfall“) und stellt eine Abfallentsorgungseinrichtung (AEE) nach § 22a der Allgemeinen Bundesbergverordnung dar.

Aufgrund von Auslaugungserscheinungen von Bestandteilen der Halde wurden eine Neuklassifizierung der bergbaulichen Abfälle und eine Überarbeitung des bestehenden Abfallbewirtschaftungsplanes nach § 22a Absatz 2 der Allgemeinen Bundesbergverordnung erforderlich. Für den Fortbetrieb und die spätere Stilllegung der AEE sind zudem Sicherungsmaßnahmen (im Wesentlichen aus einer Teilabdeckung bestehend) notwendig. Infolgedessen wurde vorliegender Sonderbetriebsplan „Abraumhalde Glockenpöhl“ nach § 52 Absatz 2 Nummer 2 des Bundesberggesetzes aufgestellt und beim Oberbergamt zur Zulassung eingereicht.

Das Vorhaben beziehungsweise dessen Auswirkungsbereich befindet sich im Landkreis Vogtlandkreis, auf den Gemarkungen Bösenbrunn und Schönbrunn, innerhalb der Gemeinde Bösenbrunn/Vogtland.

III.

Das Sächsische Oberbergamt hat gemäß § 22 Absatz 3 der Allgemeinen Bundesbergverordnung den vorliegenden Betriebsplan (Sonderbetriebsplan) für die Zulassung der AEE auszulegen. Die Vorschriften des § 48 Absatz 2 Satz 3 bis 5 des Bundesberggesetzes gelten in diesem Fall entsprechend.

Gemäß § 48 Absatz 2 Satz 3 tritt in diesem Falle das Sächsische Oberbergamt an die Stelle der Gemeinde. Die Antragsunterlagen können in der Zeit vom

**Montag, dem 8. Juli 2024 bis einschließlich
Mittwoch, den 7. August 2024,**

im Internet unter <https://mitdenken.sachsen.de/1042652>



sowie unter <https://www.oba.sachsen.de/692.htm> abgerufen werden (Auslegungsfrist).

IV.

In den Räumlichkeiten des **Sächsischen Oberbergamtes, Kirchgasse 11 in 09599 Freiberg, Raum 192** können innerhalb der Dienstzeiten die Antragsunterlagen an einem hierfür separat eingerichteten PC eingesehen werden. Um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, bitten wir mindestens einen Tag vor der gewünschten Einsichtnahme um telefonische Ankündigung (03731-372 0).

In begründeten Einzelfällen, etwa, wenn Personen eine Einsichtnahme in den Räumlichkeiten des Sächsischen Oberbergamtes und im Internet unzumutbar ist, kann auf Antrag ausnahmsweise auch eine postalische Versendung der Antragsunterlagen erfolgen. In diesem Fall bitten wir um

telefonische Meldung unter der oben angegebenen Telefonnummer.

V.

1. Die betroffene Öffentlichkeit kann gemäß § 48 Absatz 2 Satz 3 des Bundesberggesetzes in Verbindung mit § 73 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bis 2 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das heißt

bis einschließlich Mittwoch, den 21. August 2024

bei dem Sächsischen Oberbergamt, Kirchgasse 11, 09599 Freiberg

Einwendungen gegen den Plan erheben.

Die Einwendungen und Äußerungen können schriftlich oder zur Niederschrift erhoben werden. Für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente besteht kein Zugang.

Die Einwendungen und Äußerungen müssen zumindest den Namen sowie die volle Anschrift der jeweiligen Person enthalten. Sie sollten den geltend gemachten Belang und das Maß der Beeinträchtigung erkennen lassen. Es wäre wünschenswert, wenn bei Eigentumsbeeinträchtigungen in den Einwendungen oder Äußerungen möglichst die Flurstücknummern und Gemarkungen der betroffenen Grundstücke angegeben werden.

Unberücksichtigt bleiben vor Beginn der Auslegung erhobene Einwendungen.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleich-

förmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen, soweit nicht ein Bevollmächtigter bestellt ist. Anderenfalls können diese Einwendungen oder Äußerungen unberücksichtigt bleiben (§ 17 des Verwaltungsverfahrensgesetzes). Es können ferner gleichförmige Eingaben insoweit unberücksichtigt bleiben, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht, unvollständig oder unleserlich angegeben haben. Es wird darauf hingewiesen, dass keine Eingangsbestätigung erfolgt.

2. Mit Ablauf der oben genannten Äußerungsfrist sind für das Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 57a Absatz 1 Satz 4 des Bundesberggesetzes in Verbindung mit § 21 Absatz 4 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung).
3. Kosten, die durch Einsichtnahme in die Antragsunterlagen, für die Erhebung von Einwendungen oder Vertreterbestellung entstehen, werden nicht erstattet.
4. Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch das Sächsische Oberbergamt als Genehmigungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn außer an den Träger des Vorhabens mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

Freiberg, den 17. Juni 2024

Sächsisches Oberbergamt
Dr. Falk Ebersbach
Referatsleiter

Satzung der Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM) über die Erhebung von Gebühren und Auslagen (Gebührensatzung)

Vom 7. Mai 2024

Der Medienrat der SLM hat gemäß den §§ 32 Absatz 7 Nr. 7, 35 Absatz 2, 28 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes (SächsPRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.01.2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), das zuletzt durch Gesetz vom 20.03.2024 (SächsGVBl. S. 282) geändert worden ist, die nachfolgende Gebührensatzung beschlossen:

§ 1 Grundsatz

(1) Für Amtshandlungen erhebt die SLM Verwaltungsgebühren und Auslagen nach Maßgabe dieser Satzung, soweit nicht die Satzung zur Erhebung von Kosten im Bereich der Aufsicht über bundesweit ausgerichtete Medien einschlägig ist.

(2) Soweit darüber hinaus diese Satzung keine Regelung enthält, ist das Verwaltungskostengesetz des Freistaates Sachsen in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem jeweils geltenden Kostenverzeichnis entsprechend anzuwenden, insbesondere die Vorschriften in

- § 8 (Kosten im Widerspruchsverfahren)
- § 9 (Kostenschuldner)
- § 15 (Entstehung des Anspruchs)
- § 16 (Vorschuss)
- § 18 (Fälligkeit)
- § 21 (Stundung, Niederschlagung und Erlass).

§ 2 Gebühren

(1) Gebühren werden nach dem in der Anlage beigefügten Gebührenverzeichnis erhoben. Dieses Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung.

(2) Für Amtshandlungen, die nicht im Gebührenverzeichnis enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die nach den im Gebührenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist.

(3) Bei der Festlegung einer Gebühr, für die in dem Gebührenverzeichnis ein Rahmen festgelegt ist, sind zu berücksichtigen:

- a) der Nutzen der Amtshandlung für den Gebührenschuldner sowie
- b) das Maß des mit der Amtshandlung verbundenen Verwaltungsaufwandes.

§ 3 Auslagen

Unabhängig von einer möglicherweise erhobenen Gebühr sind insbesondere folgende in Zusammenhang mit der

Vornahme der Amtshandlung entstehenden Auslagen in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten:

- a) Vergütungen und Entschädigungen, die Sachverständigen, Dolmetschern, Übersetzern, Zeugen und sonstigen Personen zustehen,
- b) Aufwendungen für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen,
- c) Schreibauslagen für auf besonderen Antrag erteilte Ausfertigungen und Abschriften,
- d) Reisekosten im Sinne der Reisekostenvorschriften und sonstige Aufwendungen bei der Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststelle,
- e) Aufwendungen anderer Behörden oder Personen.

§ 4 Absehen von einer Gebührenerhebung

Gebühren werden nicht erhoben,

- a) wenn deren Erhebung unbillig wäre,
- b) in Verfahren über Anträge auf Förderungen und ähnliche Unterstützung,
- c) bei Auskünften einfacher Art sowie
- d) in Verfahren über die Anordnung der sofortigen Vollziehung und über die Aussetzung der Vollziehung nach §§ 80 und 80a VwGO.

§ 5 Kostenregelung in besonderen Fällen

(1) Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Gleiches gilt bei der Rücknahme eines Antrags, mit dessen sachlicher Bearbeitung noch nicht begonnen wurde.

(2) Wird ein Antrag, mit dessen Bearbeitung bereits begonnen wurde, vor einer abschließenden Entscheidung zurückgenommen oder erledigt er sich auf andere Weise, wird eine Gebühr in Höhe eines Zehntels bis zur Hälfte der für die beantragte Amtshandlung vorgesehenen Gebühr je nach Fortgang der Sachbehandlung erhoben. Von einer Gebührenerhebung kann vollständig abgesehen werden, wenn durch die Zurücknahme des Antrags oder seine Erledigung auf andere Art und Weise das Verfahren besonders schnell und mit geringem Verwaltungsaufwand abgeschlossen werden kann und dies der Billigkeit nicht widerspricht.

(3) Für die Ablehnung eines Antrags kann die Gebühr bis auf ein Viertel der für die beantragte Amtshandlung vorgesehenen Gebühr reduziert werden.

(4) Für die Rücknahme oder den Widerruf eines Verwaltungsaktes ist eine Gebühr bis zur Höhe der für den zurückgenommenen oder widerrufenen Verwaltungsakt im Zeitpunkt der Rücknahme oder des Widerrufs festzusetzenden Gebühr zu erheben. Ist für den zurückgenommenen oder widerrufenen Verwaltungsakt keine Gebühr angefallen, ist eine Gebühr von bis zu 3 000 Euro zu erheben.

§ 6
Inkrafttreten, Außerkrafttreten,
Übergangsbestimmung

(1) Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

(2) Die bislang für die Erhebung von Gebühren und Auslagen geltende Satzung der SLM vom 20. Oktober 2008

(SächsABl. S. 1636) wird mit Inkrafttreten dieser Satzung aufgehoben.

(3) Für Amtshandlungen, die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung veranlasst wurden, werden die Kosten nach der Gebührensatzung vom 20. Oktober 2008 (SächsABl. S. 1636) erhoben.

Leipzig, den 7. Mai 2024

Sächsische Landesmedienanstalt
Prof. Dr. Markus Heinker
Präsident des Medienrates der SLM

Anlage

Lfd. Nr.	Gebührenggegenstand (Gesetzesangaben betreffen das SächsPRG, soweit nicht anders angegeben)	Gebührensatz in Euro (die angegebenen Bruchteile beziehen sich auf die jeweilige Gebühr nach Punkt I. bzw. II. dieser Satzung)
I.	Erteilung einer Rundfunkzulassung	
1.	landesweit ausgerichtetes – Voll-, Spartenprogramm – Fensterprogramm – nichtkommerzielles Programm	1.000 bis 10.000 500 bis 5.000 250 bis 2.500
2.	regional oder lokal ausgerichtetes – Voll-, Spartenprogramm – Fensterprogramm – nichtkommerzielles Programm	400 bis 4.000 200 bis 2.000 100 bis 1.000
3.	Zulassung zu Zwecken der Rundfunkerprobung (§ 26 Abs. 2)	1/10
4.	Vereinfachtes Zulassungsverfahren – Veranstaltungsrundfunk (§ 5 Abs. 3)	100 bis 1.000
5.	Unbedenklichkeitsbescheinigung für zulassungsfreien Rundfunk (§ 5 Abs. 4)	100 bis 2.000
II.	Zuweisung von digitalen drahtlosen Übertragungskapazitäten (§ 5a)	
1.	landesweite Übertragungskapazitäten	500 bis 5.000
2.	regionale und lokale Übertragungskapazitäten	200 bis 2.000
3.	Zuweisung ohne Ausschreibung (§ 5a Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Satz 2)	100 bis 2.500
III.	Änderungen der Zulassung oder Zuweisung	
1.	Verlängerung	1/2
2.	Änderung der Beteiligungsverhältnisse	1/4
3.	Änderung der gesetzlichen Vertretung	1/6
4.	sonstige Änderungen	1/4
IV.	Aufsicht gegenüber Rundfunkveranstaltern	
1.	Feststellung eines Verstoßes und Anordnung der Beseitigung (§ 39 Abs. 2 Satz 1 und 4)	100 bis 2.500
2.	Aufforderung zur Vorlage eines Gutachtens (§ 39 Abs. 2 Satz 2)	50 bis 500
3.	Aufforderung zur Ausstrahlung einer Beanstandung (§ 39 Abs. 2 Satz 5)	50 bis 500
4.	Anordnung der zeitweisen Einstellung der Veranstaltung (§ 39 Abs. 3)	100 bis 1.000
5.	Anordnung der Einstellung der Veranstaltung von Rundfunk ohne Zulassung (§ 39 Abs. 4)	200 bis 2.000
V.	Aufsicht über Anbieter von Medienplattformen nach SächsPRG	
1.	Auskunftsersuchen (§ 38 Abs. 5 Satz 5)	50 bis 500
2.	Erlass einer Einspeisungsverfügung (§ 38 Abs. 3 und Abs. 6 Satz 3)	100 bis 2.000
3.	Untersagung der (Weiter-)Verbreitung (§ 38 Abs. 6 Satz 3, § 39 Abs. 4, § 42)	100 bis 2.000
4.	Genehmigung der analogen Hörfunkverbreitung (§ 4 Abs. 6)	50 bis 500
VI.	Aufsicht über Anbieter von Medienplattformen und Benutzeroberflächen nach MStV bei nicht bundesweit ausgerichteten Angeboten	
1.	Entgegennahme der Anzeige einer nicht unter § 78 S. 2 MStV fallenden Medienplattform oder Benutzeroberfläche gemäß § 79 Abs. 2 MStV	100 bis 10.000
2.	Bestätigung der Unbedenklichkeit gegenüber Anbietern von Medienplattformen oder Benutzeroberflächen nach § 87 MStV	500 bis 10.000
3.	Sonstige Aufsichtsmaßnahmen in Bezug auf Anbieter von Medienplattformen und Benutzeroberflächen	500 bis 10.000
VII.	Aufsichtsmaßnahmen gegenüber Anbietern von lokalen, regionalen und landesweiten Telemedien	
1.	Aufsichtsmaßnahmen nach § 109 Abs. 1 i. V. m. §§ 18 bis 22 sowie §§ 74 bis 77 MStV	50 bis 1.000
VIII.	Sonstige Maßnahmen	
1.	Versorgungsplanung (§ 28 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9)	100 bis 5.000
2.	Betrauung eines Rundfunkveranstalters	20 bis 200

**Bekanntmachung
der Stadt Leipzig
zur Ungültigkeitserklärung
eines in Verlust geratenen Dienstsiegels**

Vom 14. Juni 2024

Wegen Verlusts wird das nachfolgend dargestellte
Dienstsiegel der Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen,
ab dem 8. Juni 2024 für ungültig erklärt.



Leipzig, den 14. Juni 2024

Stadt Leipzig
Jung
Oberbürgermeister

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

27. Juni 2024

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 55,88 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 12,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 